

Preußische Allgemeine



Nr. 38 · 23. September 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Bedrohliche Leere

Egal, ob AdBlue, Kohlensäure oder Papier. Der Mangel an Energie und Rohstoffen erfasst immer weitere Bereiche der deutschen Wirtschaft – und den Einzelhandel **Seite 2**



Kanal Der Durchstich durch die Frische Nehrung ist fertig **Seite 13**



Wiederentdeckung Ilse Molzahn und die Freiheit des Ostens **Seite 23**

AUFGEFALLEN

Habeck contra Murphy

„Wenn beim Gassparen alles gut geht und wir Glück mit dem Wetter haben, dann haben wir eine Chance, gut durch den Winter zu kommen.“ Das sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mehreren Medienberichten zu Folge dieser Tage in Lubmin.

Wohlgemerkt: Die Aussage stammt von dem für die Energie zuständigen Minister eines Landes, in dem sowohl auf dem Gebiet der Grundlagenforschung als auch der industriellen Produktion maßgebliche Schritte zur Entwicklung aller gängigen Energiegewinnungsarten geleistet wurden. Wo einst Nicolaus Otto und Rudolf Diesel Verbrennermotoren erfanden, wo Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und andere die Nutzung der Kernkraft vorantrieben, wo Werner von Siemens die moderne Elektrotechnik begründete, und wo der Erfinder des Heizkörpers, Franz San-Galli (der später nach St. Petersburg ging), aufwuchs, in einem solchen Land herrscht nun mit Blick auf den nächsten Winter das Prinzip Hoffnung. So etwas kann man sich eigentlich nicht ausdenken.

Ein wesentlicher Grund für die deutsche Notlage ist die grüne Verachtung aller herkömmlichen Energiearten und der Irrglaube an die Erneuerbaren Energien. In der Folge bleibt Habeck auch nicht viel mehr, als auf einen milden Winter zu hoffen. Der US-amerikanische Ingenieur Edward A. Murphy prägte freilich den Satz: „Anything that can go wrong will go wrong.“ – „Alles, was schiefgehen kann, wird auch schiefgehen.“ Die Deutschen dürfen gespannt sein, wer Recht behält: Habeck oder Murphy. *neh*

SICHERHEITSPOLITIK

Ein Ruf zu mehr Realismus von höchster Stelle

In einem Interview hinterfragt der Generalinspekteur der Bundeswehr gängige Erzählungen zum Ukrainekrieg – und bewegt damit die internationalen Gemüter

VON BODO BOST

berhard Zorn hat der Ukraine auch nach deren erfolgreicher Offensive bei Charkiw keine großen Erfolgsaussichten im Kampf gegen Russland prognostiziert. Russland verfüge noch über freie Kapazitäten, um eine zweite Front im Krieg gegen Deutschlands NATO-Verbündete zu eröffnen, und die Bundesrepublik habe der Ukraine bereits jede erdenkliche militärische Hilfe geleistet, sagte der Generalinspekteur der Bundeswehr in einem Interview mit dem Magazin „Focus“.

Diese Aussagen haben eine internationale Lawine der Kritik ausgelöst. Der ehemalige Befehlshaber der US-amerikanischen Streitkräfte in Europa, General a.D. Ben Hodges, nannte die Aussagen des Bundeswehrchefs eine „erschütternd schlechte“ Analyse der Fähigkeiten der russischen Armee, die leider einen Großteil des Denkens der deutschen „Elite“ widerspiegeln. Dabei setzte er Elite bewusst in Anführungszeichen.

„Obwohl 60 Prozent der russischen Streitkräfte gegen die Ukraine eingesetzt werden, verfügt Russland noch über freie Kapazitäten vor allem in der Luftwaffe und Marine“, so Zorn. „Wenn Putin eine Generalmobilisierung anordnet, hat er keinen Personalmangel mehr“, so der deutsche Generalinspekteur weiter. Ein Entlastungsangriff Putins könnte in der

Nähe von Königsberg, an der Ostsee oder an der finnischen Grenze stattfinden.

„Finnland allein könnte die derzeitigen russischen konventionellen Streitkräfte vernichten, (...) Litauen/Polen würden Königsberg in einer Woche erwürgen“, twitterte und konterte Hodges. Tatsächlich hatte Finnland zu Beginn des Winterkriegs von 1939/40 ohne ausländische Unterstützung einem Angriff der Roten Armee monatelang standgehalten, ehe es im Friedensvertrag von Moskau erhebliche territoriale Zugeständnisse machen, vor allem große Teile Kareliens abtreten musste.

Zweifel an „Gegenoffensive“

In demselben Interview sagte Zorn, er sei „vorsichtig“, den ukrainischen Vorstoß als Gegenoffensive zu bezeichnen, denn die ukrainischen Gegenangriffe „können dazu dienen, Gebiete oder eingedrungene Sektoren der Front zurückzuerobern, aber nicht, Russland auf breiter Front zurückzuschlagen“. Er bezweifelte auch, dass die Ukraine in der Lage sein würde, eine Gegenoffensive aufrechtzuerhalten, da es dem Land an Personal mangeln könnte. Die ukrainische Armee agiere zwar „klug, bietet selten eine Breitseite und führt souverän und sehr beweglich die Operationen“. Noch vor zwei Wochen habe er geglaubt, dass der gesamte Donbass in sechs Monaten in russischer Hand sein werde. „Heute sage ich: Das werden sie nicht schaffen.“ Aber ob die Ukrainer wirklich

die Kraft für eine umfassende Gegenoffensive hätten, bezweifelt der ranghöchste Soldat der Bundeswehr: „Sie bräuchten eine Überlegenheit von mindestens 3 zu 1“.

Zorn erklärte auch, dass Deutschland bereits alle möglichen Waffen an die Ukraine übergeben habe und hoffe, sie zurückzubekommen, da sie zur Abschreckung benötigt würden. „Alles, was wir gegeben haben, werden wir zurückbekommen müssen (...) Wir brauchen die richtigen Kräfte für eine wirksame Abschreckung. Unsere Partner erwarten das von uns“, so der General gegenüber „Focus“.

Deutschland wird zunehmend von der NATO-Führungsmacht USA schleppende Lieferung von Militärhilfe an die Ukraine vorgeworfen, obwohl Bundeskanzler Olaf Scholz versprochen hat, dass moderne Luftabwehrsysteme an die Ukrainer geliefert würden. Von denen könnten zwei jedoch erst Ende dieses Jahres und zwei weitere im nächsten Jahr eintreffen.

Gustav Gressel vom European Council on Foreign Relations (ECFR) erklärte gegenüber „The Telegraph“, dass die Äußerungen des deutschen Generals „ein Versuch waren, Deutschlands eigene Ängste zu beruhigen“. „Die Sozialdemokraten wollen nicht“ mehr Waffen „liefern und ziehen jetzt alle Register“, so der Analyst. Rob Lee, ein Forscher in der Abteilung für Kriegsstudien am King's College London, nannte die Behauptungen des deutschen Generals „bizarr“.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Belgische Warnungen zur Energiepolitik der Europäischen Union **Seite 7**

Kultur

Mit der Eröffnung des Ostflügels ist das Humboldt-Forum fertiggestellt **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Im ermländischen Guttstadt kehrte für einen Tag die Zeit der Ritter zurück **Seite 13**

Lebensstil

Patrick Hamilton und die ausgebrannte Seebrücke von Brighton vor 60 Jahren **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Mangelwirtschaft Schon bald wird es einfacher sein zu sagen, woran es in Deutschland nicht mangelt. So gibt es inzwischen zahlreiche Engpässe bei Lebensmitteln, Medikamenten und Konsumgütern aller Art

Dieselmotoren droht der Stillstand

Es mangelt an AdBlue – Produktionsstopp bei den Stickstoffwerken Piesteritz wegen Gaspreisexplosion

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mittlerweile wird von Tag zu Tag deutlicher, welche ruinösen Folgen die gezielt herbeigeführte Energieverknappung und -verteuerung in Deutschland hat. Dabei gibt es immer wieder einzelne Hiobsbotschaften, die das Ausmaß der Katastrophe, auf die unser Land zusteuert, besonders deutlich illustrieren. Dazu gehört die Nachricht vom Produktionsstopp in den Stickstoffwerken Piesteritz (SKWP) in der Lutherstadt Wittenberg im Osten von Sachsen-Anhalt.

Das Unternehmen, das zum tschechischen Agrofert-Konzern gehört, ist der größte Ammoniak- und Harnstoffproduzent der Bundesrepublik und benötigt im Jahr 14 Terawattstunden Gas. Deshalb hätte es jetzt monatlich 30 Millionen Euro Gasumlage zahlen müssen. In dieser Höhe bewegte sich bislang allerdings der Gewinn pro Jahr. Daher gab es keine Alternative zum Herunterfahren der Anlagen vor rund drei Wochen. Und das hat nicht nur fatale Konsequenzen für die eigentlich grundsätzliche Firma SKWP, sondern für das gesamte Land.

Denn das Werk stellt rund vier Zehntel des in der Bundesrepublik benötigten Abgasreinigers AdBlue her, einer 32-prozentigen wässrigen Harnstofflösung, die in den Katalysatoren der neueren Dieselmotoren von Straßen- und Schienenfahrzeugen zum Einsatz kommt, um schädliche Stickoxide in harmlosen Wasserstoff und Stickstoff zu spalten. AdBlue, das in Deutschland auch noch von BASF und Yara produziert wird, kann weder durch eine andere Substanz ersetzt noch weggelassen werden. Wenn der Abgassensor im Motor signalisiert, dass der Stickoxid-Anteil zu hoch ist, wird die Leistung automatisch stark gedrosselt oder das Fahrzeug bleibt komplett stehen.

Kein AdBlue – keine Brummis

Derzeit benötigen schon über neun Zehntel der Lastkraftwagen auf deutschen Straßen zwingend AdBlue. Schon vor dem Produktionsstillstand in den SKWP war der Zusatzstoff bereits knapp und teuer geworden. Nach Angaben des Bundesverbandes Gütertransport und Logistik (BGL) hat sich der Preis für AdBlue zwischen Januar 2021 und August 2022 ver-

vierfacht. Ab Anfang September wurde aufgrund der Nachrichten aus Wittenberg sogar das Fünf- bis Siebenfache fällig. Viele AdBlue-Händler beliefern keine Neukunden mehr, und die Bestandskunden müssen sich mit limitierten Mengen zufriedengeben.

Zwar halten die SKWP noch eine Notfallreserve von einer Million Litern vor, doch die ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Immerhin verbraucht die Logistikbranche in der Bundesrepublik 2,5 Millionen Liter AdBlue am Tag; dazu kommen weitere fünf Millionen für die Diesel-Pkw.

Es drohen also massive Einschränkungen für Firmen und private Autofahrer, im Nah- und Fernverkehr, in der Landwirtschaft sowie vor allem bei Transporten aller Art per Lkw. „Kein AdBlue bedeutet keine Brummis. Und das bedeutet keine Versorgung für Deutschland“, warnte der

BGL-Hauptgeschäftsführer Dirk Engelhardt und fügte hinzu, der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck fahre mit seiner Gaspreis-Politik „Deutschland sehenden Auges an die Wand“.

Gas ist vorhanden, aber zu teuer

Die offizielle Reaktion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz hierauf bestand bislang lediglich in der Erklärung, man sehe derzeit „keinen akuten Mangel an AdBlue“. Dennoch laufen mittlerweile vertrauliche Gespräche zwischen dem Ministerium und den SKWP.

Vor deren Hintergrund wurde am 12. September zwar eine der beiden Anlagen in Wittenberg wieder angefahren, aber nicht die Produktion wieder aufgenommen. Hierzu sagte der Unternehmenssprecher Christopher Profitlich: „Gas ist zwar verfügbar. Aber es ist zu teuer. Man kann auch sagen: Es gibt genug

Gas, weil das Gas einfach so teuer ist.“ Die SKWP hoffen nun auf eine Deckelung des Gaspreises sowie eine Ausnahme von der Gasumlage.

Ansonsten fällt ein wichtiger Produzent des Abgas-Reinigungsstoffes unter Umständen für immer aus. Und dann könnten momentan noch bitterböse, satirisch gemeinte Vorschläge wie der, doch bitte Urin-Sammelstellen für natürlichen Harnstoff als Ersatz für die synthetisch erzeugte Verbindung einzurichten, tatsächlich Realität werden.

Zwar dürften die Ausscheidungen aller in Deutschland lebenden Menschen ausreichen, um den Bedarf zu decken, doch wären auch in diesem Falle bürokratische Vorschriften zu beachten. So erfüllen Bemühungen, AdBlue einfach in Selbsthilfe aus Urin und demineralisiertem Wasser herzustellen, hierzulande den Tatbestand des Steuerbetruges.



Die Energieverknappung und -verteuerung hat zum Produktionsstopp geführt: Stickstoffwerke Piesteritz

Foto: pa

SALZMANGEL

Arbeit der Kläranlagen gestört

Eisen- und Aluminiumsalze werden für die chemische Wasserreinigung benötigt. Sie sorgen für die Ausfällung von Schmutz und schädlichen Substanzen, die möglichst nicht mit dem behandelten Abwasser in Flüsse oder Seen gelangen sollen. Dazu zählen insbesondere Phosphate. Schließlich sind die Salze und Ester der Orthophosphorsäure de facto Düngemittel und erhöhen den Nährstoffgehalt von Gewässern.

Durch eine derartige Eutrophierung nimmt insbesondere das Wachstum von Algen zu. Letzteres ist höchst unerwünscht, denn bei einer starken Algenblüte oder auch Algenpest sinkt der Sauerstoffgehalt im Wasser, und das führt zum Absterben vieler Lebewesen. Im schlimmsten Fall bilden sich sogar Cyanobakterien, fälschlich auch Blaualgen genannt. Diese sondern eine Vielzahl von Sekundärmetaboliten ab, von denen etliche toxisch wirken. Das verursacht noch größere Umweltschäden.

Deshalb ist jeglicher Mangel an Eisen- und Aluminiumsalzen in Kläranlagen fatal. Doch genau der herrscht nun. Grund hierfür ist die Drosselung der chemischen Produktion aufgrund der hohen Energiekosten im Land, denn bei vielen nun zurückgeführten Prozessen fielen die Fällmittel als Nebenprodukt an.

Wegen des Fehlens der Eisen- und Aluminiumsalze können etliche Kläranlagen die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte nicht mehr einhalten. Darum haben die Umweltministerien der norddeutschen Flächenländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern bereits Ausnahmegenehmigungen erteilt, die es den Entsorgungsbetrieben erlauben, auch stärker phosphathaltige Abwässer in die Umwelt zu leiten.

Sollte die Misere beim Nachschub an Fällmitteln anhalten, werden bald wohl nolens volens andere Bundesländer folgen. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) warnt bereits vor den daraus resultierenden Schäden. Manche Experten sprechen gar von einer „verordneten Eutrophierung“. W.K.

ÜBERBLICK

Vieles, wenn auch nicht alles hängt am Gas

Mangel droht oder herrscht bereits an Dünger, Viehfutter, Verpackungsmaterial, Zahnpasta, Kosmetika, Papier, Holz und Medizin

Die Mangelwirtschaft in Deutschland nimmt immer dramatischere Formen an. Schon bald wird es einfacher sein zu sagen, was noch ausreichend vorhanden ist, als die knappen oder ganz fehlenden Güter aufzuzählen. So gibt es inzwischen zahlreiche Engpässe bei Lebensmitteln, Medikamenten und Konsumgütern aller Art.

Wegen fehlenden Kohlendioxids mussten einige Brauereien ihre Produktion unterbrechen. CO₂ ist ein Nebenprodukt bei der Düngemittelherstellung, und die wurde aufgrund der hohen Gaspreise in diesem Jahr um sieben Zehntel zurückgefahren. Deshalb könnten bald

weitere Getränkefirmen Probleme bekommen, zumal die Sudhäuser in den Brauereien ebenfalls viel Gas benötigen.

Weniger Dünger bedeutet auch weniger Pflanzenwachstum und weniger Viehfutter. Das dürfte künftig zu noch mehr Lücken in den Lebensmittelregalen führen. Genauso wie der gleichermaßen aus dem Gas-Notstand resultierende Mangel an Verpackungsmaterial aus Glas und Plastik. Hiervon betroffen ist auch die Chemieindustrie. All die Zahnpasten, Waschmittel und Kosmetika können kaum lose an den Endverbraucher verkauft werden. Auch die Herstellung der Produkte selbst steht inzwischen auf tö-

nernen Füßen, wie erste Firmenschließungen zeigen.

Knapp ist des Weiteren Papier geworden. Hier schlagen neben den Energiepreisen die Kosten für die Beschaffung der benötigten Holzfasern immer kräftiger zu Buche. Deshalb droht wie schon zu Beginn der Corona-Pandemie ein Mangel an Toilettenpapier, der diesmal aber keine Folge panischen Hamsterns wäre.

Fehlendes Holz wird auch immer mehr zum Problem der Möbelbauer. Das führt zu Lieferschwierigkeiten oder gar Produktionsausfällen. Hier sind die Ursache allerdings eher die Holzverkäufe ins Ausland als die Energiepreise.

Die Mangelwirtschaft in Deutschland nimmt immer dramatischere Formen an

Gleich mehrere Ursachen haben die wachsenden Schwierigkeiten, die Bevölkerung mit Medikamenten zu versorgen. Die Pharmaindustrie benötigt viele Vorprodukte aus dem Ausland und deutschen Chemiefirmen, die zunehmend knapper werden.

Außerdem führt der stockende Nachschub an Verpackungsmaterialien auch in diesem Wirtschaftssektor zu wachsenden Turbulenzen. Weiterhin fehlen die Antibiotika, Schmerzmittel und Fiebersäfte, die normalerweise aus der Volksrepublik China kommen, wegen der dortigen rigiden Null-Covid-Politik aber derzeit nicht produziert werden. W.K.

„Der Ideologe kommt geistig nicht vom Fleck“

In seinem neuen Buch positioniert sich Thilo Sarrazin gegen die „Vernunft und ihre Feinde“. Ein Gespräch über die schlichten Weltbilder von Ideologen und deren Mitläufern – und die Notwendigkeit eines „evidenzbasierten Erkenntnisfortschritts“

IM GESPRÄCH MIT THILO SARRAZIN

Seit seinem 2010 veröffentlichten Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ ist Thilo Sarrazin aus den Debatten über strategische Fehlentwicklungen in unserem Land nicht mehr wegzudenken. Ob Euro-Desaster, Tugendterror, Islamisierung, Migration oder Demographie, der Erfolgsschriftsteller und ehemalige SPD-Politiker hält der politisch-medialen Funktionselite unseres Landes den Spiegel ihres Versagens vor. Vor wenigen Tagen hat er in Berlin sein neues Buch „Die Vernunft und ihre Feinde“ vorgestellt. In ihm rechnet Thilo Sarrazin mit den „Irrtümern und Illusionen ideologischen Denkens“ sachkundig ab.

Herr Sarrazin, Altkanzler Gerhard Schröder darf trotz seiner allseits kritisierten Nähe zu Wladimir Putin in der SPD bleiben, während Sie wegen angeblich „rassistischer Ansichten“ aus der Partei flogen, der Sie 1973 beigetreten waren. Das hat Sie besonders empört ...

... Gerhard Schröder lässt sich von einem Männerfreund, der im Hauptberuf Diktator ist, seit vielen Jahren mit Millionen Euro aushalten. Zum Lohn dafür relativiert er den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine. Ich dagegen habe ein faktengeprägtes kritisches Sachbuch über den Islam geschrieben, in dem ich niemanden beleidigt habe und dem kein einziger sachlicher Fehler nachgewiesen wurde. Wenn das eine ein Ausschlussgrund ist, das andere aber nicht, so zeigt dies, dass die Führung der SPD ihren moralischen Kompass, aber auch den Sinn für Relevanz und Proportionen verloren hat. Darüber wird der Wähler urteilen. Ich habe mit dieser Partei nichts mehr zu schaffen und bin allenfalls noch konsterniert.

Sie wuchsen in einem linken evangelischen Umfeld auf, hätten also leicht zum radikalen 68er werden können, positionierten sich aber schon früh pro Marktwirtschaft und NATO, dienten in der Bundeswehr, während viele Ihrer Altersgenossen den Wehrdienst verweigerten. „Isolationstiefe“ im Sinne der „Schweigespirale“ (Noelle-Neumann) hatten Sie also von Anfang an keine. Etwa getreu dem Motto: Wer zu den Quellen will, muss gegen den Strom schwimmen?

Wer zu Erkenntnissen über die Wirklichkeit kommen will, muss sich für die Fakten und kausalen Zusammenhänge in der realen Welt interessieren. Dabei darf er an Neugier und eigener geistiger Anstrengung nicht sparen und muss fortwährend bereit sein, sein eigenes Wissen und schon gewonnene Überzeugungen zu hinterfragen. Das erfordert Anstrengungsbereitschaft, geistige Bescheidenheit und gelegentlich auch Mut. Letzteres vor allem dann, wenn man mit den eigenen Überzeugungen in eine Minderheitenposition gerät. Dann muss man auch bereit sein, gegen den Strom zu schwimmen.

Aber das Dagegensein als solches hat natürlich keinen Eigenwert, und eine Minderheitsposition ist auch kein Adelsprädikat, es kommt auf die Qualität ihres Inhalts und ihrer Begründung an.

Gerade ist Ihr jüngstes Werk erschienen, in dem Sie – quasi in Titel-Umkehr – mit der „Unvernunft und ihren Freunden“ abrechnen. Dabei stützen Sie sich auf Karl Popper „Kritischen Rationalismus“, operieren mit evidenzbasierten Fakten und positionieren sich damit gegen ein heute dominierendes ideologisches Denken, vornehmlich im linken Milieu, aber nicht nur dort. Warum sind Ideologien so verführerisch? Eine Ideologie ist eine Engführung des Denkens, die einen bestimmten sachlichen As-



Kritisiert ideologisches Denken und Handeln in Politik und Wissenschaft: Thilo Sarrazin, hier bei der Vorstellung seines neuen Buches vor wenigen Tagen in Berlin

Foto: pa

pekt, eine bestimmte scheinbare Erkenntnis oder eine bestimmte a-priori-gesetzte Behauptung verabsolutiert und zum Dreh- und Angelpunkt des eigenen Weltbildes macht. Man sucht dann in der Wirklichkeit nicht mehr nach Wahrheit, sondern nur noch nach der Bestätigung der eigenen Sichtweise. So schirmt man sich gleichzeitig gegen die Kontrolle und mögliche Widerlegung der eigenen Position durch die Wirklichkeit ab.

Das ist für Menschen, die nach einem Lebensinn oder nach einer Welterklärung suchen, sehr verführerisch. Besonders anfällig dafür sind jene Menschen, die intelligent genug sind, eine bisweilen komplexe Ideologie auch zu verstehen, aber gleichzeitig zu denkfaul, um sich mit der Widerspenstigkeit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Die fahren mit Ideologien unabhängig von ihrem Inhalt sehr gut. Sie entlasten von der eigenen Verstandestätigkeit und geben gleichzeitig ein Gefühl der Überlegenheit, weil man sich im Besitz einer umfassenden Weltformel wähnt.

Aber ist Ihre Vorgehensweise nicht auch ideologisch? Zum Beispiel im Sinne des Soziologen Eugen Lemberg, der Ideologien als notwendige Denk- und Orientierungssysteme beschrieb, die für Großgruppen unabdingbar seien. Allerdings müsste man einer „Sarrazin-Ideologie“ zugestehen, dass sie anthropologisch von „evidenzbasierten Fakten“, das heißt von realistischen Prämissen ausgeht. Einverstanden?

Jeder, der nach Erkenntnis sucht, stellt Fragen an die Wirklichkeit und entwickelt dazu Arbeitshypothesen. Auch kann das Erkenntnisinteresse in ganz unterschiedliche Richtungen gehen. Wenn ich aber nach Wahrheit suche, bin ich ständig bereit und bestrebt, meine Arbeitshypothesen an der Wirklichkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. So entsteht evidenzbasierter Erkenntnisfortschritt, und das ist das Gegenteil von Ideologie. Der wissenschaftliche Wahrheitsucher entwickelt seine Hypothesen stetig an neu gewonnenen Erkenntnissen fort. Der Ideologe dagegen sucht sich nur jene Fakten heraus, die zu seiner Ideologie zu passen scheinen, und vernachlässigt den Rest. So

schmort er im eigenen Saft und kommt geistig nicht vom Fleck. Das gilt auch für ganze Kulturen und Gesellschaften, wenn sie in Ideologien gefangen sind.

Zu Ihrer wachsenden Entfremdung vom linken Milieu trug offenbar auch Ihr Interesse an den Ergebnissen der Intelligenzforschung des Psychologen Hans-Jürgen Eysenck bei. Die zustimmende Einlassung auf ihn wurde von Ihren Gegnern als „Tabubruch“ gewertet, weil offenkundige Intelligenz-Differenzen angeblich gegen das Gleichheitsprinzip aller Menschen verstießen. Wie sehen Sie den Sachverhalt?

Meine politischen und publizistischen Gegner kamen gar nicht so weit, dass sie sich auf den Erkenntnisstand der Intelligenzforschung sowie die Rolle und Bedeutung einzelner bedeutender Intelligenzforscher wie Hans-Jürgen Eysenck eingelassen hätten. Sie hingen und hängen einfach der kruden und völlig wissenschaftsfernen These an, dass angeborene Begabungen und Neigungen für die Unterschiede menschlicher Leistungen praktisch keine Rolle spielen, sodass alles nur an der Gesellschaft und der Erziehung hängt. Daher rührt ja der verderbliche Gleichheitswahn in der Bildungspolitik.

Als weiteren Tabubruch haben Ideologie-Wächter Ihre Weigerung zur Kenntnis genommen, dass Sie Massenmigration aus kulturfremden Ländern nicht primär als Bereicherung für die autochthone Bevölkerung werten, sondern die damit einhergehenden Dauerkonflikte kritisch und faktenbasiert aufzeigen und auch auf deren Kosten verweisen. Wie erklären Sie sich die Wegschau-Mentalität Ihrer Gegner?

Wenn man den einzelnen Menschen als eine leere Schiefertafel ansieht, die man unabhängig von seinen angeborenen Fähigkeiten und Neigungen und unabhängig von seiner Herkunftskultur praktisch mit beliebigen Inhalten beschreiben kann, dann – aber auch nur dann – ist es tatsächlich egal, woher die Menschen kommen. Man kann aus allen durch entsprechende gesellschaftliche Erziehung genau jene Künstler, Facharbeiter, Ärzte und

Ingenieure machen, die wir für unsere Zukunft brauchen. Das ist die Entmachtung von Kultur, Biologie und Genetik zugunsten einer ideologisch getriebenen gesellschaftlichen Wunschvorstellung. Von dieser Wunschvorstellung wollen meine Gegner keinen Abschied nehmen, deshalb wird gleichzeitig aktiv der Blick auf die Wirklichkeit vermieden und Leute wie ich, die diesen Blick wagen und auch darüber schreiben, diffamiert.

„Fast nichts mehr funktioniert in Deutschland“, so wurden Sie unlängst im österreichischen „Express“ zitiert und weiter: „Ob Schule, Bahnverkehr, Corona-Management oder Energiepolitik“, vieles klappt einfach nicht. Greifen wir das Corona-Management heraus. Warum funktioniert das nach bald drei Jahren Pandemie – Ideologie hin oder her – immer noch nicht?

Das müssen sie jene fragen, die Verantwortung tragen. Aus meinen 38 Jahren in der öffentlichen Verwaltung, in staatlichen Unternehmen und in der Politik kann ich sagen, dass es nach einiger Zeit dort, wo ich hinkam, immer funktionierte. Selbst meine größten Gegner haben nie etwas anderes behauptet. Dazu muss man bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Dazu braucht man allerdings auch Chefs, die wissen, was sie wollen, und die selbst bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Schauen Sie sich an, wie Helmut Schmidt als Hamburger Innensenator 1962 die Flutkatastrophe gemeistert hat, und vergleichen Sie damit, in wie peinlicher Weise Politik und Behörden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im letzten Jahr bei der Flutkatastrophe erst ihre Aufgaben verschlafen und sich danach die Verantwortung dafür wie eine heiße Kartoffel gegenseitig zugeschoben haben.

Konrad Adenauer hatte in den frühen Jahren der Bundesrepublik im Bundeskanzleramt 18 Beamte des Höheren Dienstes. Das reichte für die Koordination der damaligen gewaltigen Aufbauleistung. Heute beschäftigt das Bundeskanzleramt unter Olaf Scholz 600 Mitarbeiter, größtenteils im Höheren Dienst. Macht das Scholz zu einem besseren Bundeskanzler als Adenauer? Leider ist wohl eher das Gegenteil der Fall.

Zum allgegenwärtigen „Kampf gegen den Klimawandel“: Sie äußern Vorbehalte gegenüber einer hier zu beobachtenden „Politik der großen Schritte“ und warnen davor, dass man sich dabei leicht verstopfeln könnte. Was meinen Sie mit „verstopfeln“ in diesem Zusammenhang?

Ich gehöre nicht zu den sogenannten Klimawandelleugnern und nehme die Befunde der Wissenschaft sehr ernst. Gleichwohl müssen wir realistisch sehen, dass die politisch vereinbarte Zeitachse zur globalen Reduktion von CO₂-Emission so nicht umsetzbar sein wird und dass der Beitrag Deutschlands mit nur zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen sowieso minimal ist. Am deutschen Wesen wird die Welt in diesem Punkt mit Sicherheit nicht genesen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht im Prozess der Klimaanpassung leichtfertig die energetische und kostenmäßige Basis unserer Industrie und unseres Wohlstands zerstören. Damit wäre weder Deutschland noch der Welt geholfen.

Das Interview führte Bernd Kallina

● **Prof. Dr. Thilo Sarrazin** war u.a. von 2002 bis 2009 für die SPD Finanzsenator im Berliner Senat sowie bis Ende September 2010 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank. Sein Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ (DVA 2010) wurde eines der erfolgreichsten deutschen Sachbücher der Nachkriegszeit. Soeben erschien „Die Vernunft und ihre Feinde. Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens“ (Langen Müller 2022).

www.thilo-sarrazin.de

● MELDUNGEN

Abfuhr für Steffi Lemke

Berlin – Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) ist mit ihrem Vorhaben gescheitert, bei ihrer polnischen Kollegin Anna Moskwa die laufenden Ausbaumaßnahmen an der Oder zumindest vorübergehend zu stoppen. Eine entsprechende Forderung lehnte Polens Umweltministerin kategorisch ab. „Es gibt keine rationale Grundlage, diese Maßnahmen zu stoppen“, so Moskwa zum Abschluss deutsch-polnischer Umweltkonsultationen in Bad Saarow. Lemke betonte dagegen, dass nach dem Fisch- und Muschelsterben in der Oder die Unterstützung einer natürlichen Erholung des Ökosystems Priorität haben müsse. Obwohl von polnischer Seite der Oderausbau fortgesetzt wird, bezeichnete die Grünen-Politikerin Lemke es als „entscheidenden Fortschritt“, dass mit Warschau Expertentreffen vereinbart wurden, bei denen über Möglichkeiten der ökologischen Revitalisierung des Flusses beraten werden soll. N.H.

IHK fordert Öffnung

Magdeburg – Das Präsidium der Industrie- und Handelskammer (IHK) Halle-Dessau fordert einen Strategiewechsel Deutschlands im Umgang mit dem russischen Lieferanten Gazprom. Zur Sicherung einer bezahlbaren Gasversorgung für die energieintensiven Unternehmen in Sachsen-Anhalt sprach sich die Kammer für die Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 aus. Kammerpräsident Steffen Keitel sagte: „Wenn Nord Stream 2 angeblich so anfällig ist, dann soll Gazprom doch über die nagelneue Pipeline Nord Stream 2 liefern.“ Laut dem IHK-Chef fielen dann technische Anfälligkeiten als Begründung für reduzierte oder gar gestoppte Lieferungen aus. Regelmäßige Gaslieferungen über Nord Stream 2 hätten laut Keitel zudem den Vorteil, dass der Gaspreis weltweit deutlich fallen dürfte. „Bisher profitiert Gazprom vermutlich sogar von den Sanktionen des Westens“, so der IHK-Chef. N.H.

Weitere Zunahme

Magdeburg – Zu Beginn des neuen Schuljahres ist die Zahl der ukrainischen Schüler in Sachsen-Anhalt weiter gestiegen. Wie das Bildungsministerium in Magdeburg mitteilte, werden derzeit 5182 Jungen und Mädchen aus der Ukraine an den allgemein- und berufsbildenden Schulen des Bundeslandes unterrichtet. Zum ersten Schultag am 25. August wurden laut dem Ministerium an den allgemeinbildenden Schulen rund 4700 und an den berufsbildenden Schulen knapp 230 ukrainische Schüler gezählt. In Sachsen-Anhalt sind mittlerweile auch 168 ukrainische Lehrkräfte und weitere 53 Lehrkräfte für Deutsch als Zielsprache tätig. Nach Angaben des Innenministeriums sind in Sachsen-Anhalt mit Stand vom 1. September bisher etwa 27.700 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine direkt in den Landkreisen und kreisfreien Städten aufgenommen worden. Darunter seien mindestens 2780 Kinder im Kindergarten- und 6850 im schulpflichtigen Alter. N.H.

COMIRNATY

Erste Klagen wegen Impfschäden

Die Düsseldorfer Kanzlei Rogert & Ulbrich vertritt rund 350 Bürger gegen BioNTech vor Gericht



Gefragte Anwälte: Tobias Ulbrich und Marco Rogert (von links)

Foto: Kanzlei Rogert & Ulbrich

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nachdem die Hersteller der Corona-Impfstoffe wie auch sämtliche verantwortlichen Politiker lange Zeit unisono behaupteten, dass die Vakzine sowohl wirksam als auch weitestgehend frei von Nebenwirkungen seien, zeigt sich mittlerweile immer deutlicher, mit welcher falschen Versprechungen hier operiert wurde. So melden sich nun neuerdings zahlreiche Personen mit oftmals sehr schwerwiegenden Impfschäden in den Medien zu Wort und verlangen ärztliche Hilfe beziehungsweise auch staatliche Unterstützung.

Manche der Betroffenen sehen allerdings auch die Firmen in der Pflicht, welche die Impfstoffe entwickelt, produziert

und verkauft haben. Hierzu gehört nicht zuletzt das Mainzer Unternehmen BioNTech, das mit seinem Impfstoff Comirnaty alias Tozinameran alleine im Jahre 2021 einen Gewinn von 10,3 Milliarden Euro erwirtschaftete.

Schon etliche Geschädigte im Diesel-Abgasskandal vertreten

Gegen diese Pharmafirma haben nun rund 350 Impfgeschädigte Klagen bei den Gerichten mehrerer deutscher Städte eingereicht, um Schadensersatz oder Schmerzensgeld zu erstreiten. Als Prozessvertreter fungiert dabei die auf Verbraucherschutzrechtsangelegenheiten spezialisierte Düsseldorfer Kanzlei Rogert & Ulbrich, die auch schon etliche Geschädigte im Diesel-Abgasskandal vertreten hat. Nach Auskunft des Rechtsanwal-

tes Tobias Ulbrich sind die negativen gesundheitlichen Folgen der Impfungen mit Comirnaty in der Mehrzahl der vertretenen Fälle „extrem und aus unserer Sicht auch gut belegt“.

Wenn die Schäden „über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen“ oder nachgewiesene Nebenwirkungen auftreten, die nicht auf dem Beipackzettel aufgelistet sind, ergeben sich laut dem Arzneimittelgesetz Haftungsansprüche gegenüber dem Hersteller.

Die Kanzlei hatte diesen Mai bekanntgegeben, dass sie Comirnaty-Impfopfern aus ganz Deutschland zu ihrem Recht verhelfen wolle, und ist seither von potentiellen Klienten überrannt worden. Hierzu sagte Ulbrich gegenüber der Presse: „Ich hätte nicht damit gerechnet, dass es der-

art viele Reaktionen gibt. Die Impfreaktionen scheinen ein viel größeres Ausmaß zu haben als erwartet wurde.“

Zunächst um eine außergerichtliche Einigung bemüht

Zunächst versuchten die Anwälte, eine außergerichtliche Einigung herbeizuführen, und verlangten von BioNTech in diesem Zusammenhang eine offizielle Sachverhaltsdarstellung zu den erhobenen Vorwürfen. Die Antwort des Impfstoffherstellers hierauf bestand in der Aufforderung, etwaige Ansprüche auf einem Formular des BioNTech-Partners Pfizer geltend zu machen.

Das bezeichnete Marco Rogert als juristisch unübliche sowie auch „herabwürdigende, respektlose und ehrverletzende“ Reaktion: „Die Geschädigten fühlen sich nicht ernst genommen. Es plagen sie nicht nur erhebliche, lebens einschränkende gesundheitliche Probleme seit der Impfung. Nun zeigt das verantwortliche Unternehmen ihnen auch noch arrogant die kalte Schulter, statt seiner Verantwortung nachzukommen.“

Insofern gebe es keine andere Alternative, als den Klageweg zu beschreiten, zumal auch Aufsichtsbehörden wie die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) sowie auch das deutsche Paul-Ehrlich-Institut (PEI) in weitgehender Passivität verharren.

Zum PEI meinte Rogert: „Gerade in Fällen, in denen es um erhebliche gesundheitliche Schäden geht, wäre das Mindeste, was die Opfer erwarten können, dass man sich dort ernsthaft mit den Sachverhalten auseinandersetzt.“

Möglicherweise fühlt sich BioNTech durch die Haltung der EMA und des PEI in seinem Auftreten bestärkt. Auf jeden Fall fiel die Reaktion des Unternehmenschefs, des Multimilliardärs Uğur Şahin, kürzlich ganz ähnlich aus, als fünf renommierte Wissenschaftler einen detaillierten Fragenkatalog zu Verfärbungen und Inhaltsstoffen sowie Nebenwirkungen des Comirnaty-Vakzins überreichten.

Die Kanzlei Rogert & Ulbrich rechnet nun mit weiteren Klagen gegen BioNTech und andere Impfstoff-Hersteller: „Weltweit treten immer mehr Impfschäden ans Tageslicht, und viele Geimpfte beginnen erst jetzt zu realisieren, dass ihre derzeitigen Erkrankungen im Zusammenhang mit der mRNA-Injektion stehen.“

KATASTROPHENSCHUTZ

Rheingau-Taunus-Kreis simuliert Blackout

Das Planspiel ergab unter anderem, dass mit 400 Toten in den ersten acht Tagen zu rechnen wäre

Noch im Juli behauptete Wirtschaftsminister Robert Habeck: „Wir haben aktuell ein Gasproblem, kein Stromproblem.“ Damit wollte er die Kritik an der geplanten Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke abwürgen.

Die Folge war, dass sich rund 650.000 Bürger zum Kauf von elektrischen Heizlüftern entschlossen, um bei Heizungsausfällen im Winter nicht im Kalten zu sitzen. Daraufhin wurde die Befürchtung laut, der Betrieb der Geräte könnte das ohnehin störanfällige Stromnetz überfordern. Nicht zuletzt deshalb veranstaltete der Rheingau-Taunus-Kreis im hessischen Regierungsbezirk Darmstadt als erster von insgesamt 401 Kreisen und kreisfreien Städten eine Simulation der Folgen eines längeren Blackouts. Dabei trat Dramatisches zutage.

Wie das Planspiel ergab, käme es zuerst zum Ausfall des Internets sowie der Festnetztelefone und Heizungsanlagen, dicht gefolgt vom Zusammenbruch des Mobilfunknetzes. Tankstellen und Supermärkte hätten keine Möglichkeit mehr, die Bürger zu versorgen, weil die Kraftstoffpumpen, Kühlanlagen und Bezahlssysteme ausfallen.

Spätestens nach 24 Stunden würden dann auch viele Nutztiere in ihren unbelüfteten Ställen sterben und die Wasserversorgung kollabieren. Dahingegen könnten Kliniken und Pflegeeinrichtungen eine Zeit lang von den vorhandenen Notstromaggregaten profitieren, wobei deren Kraftstoffvorräte jedoch stark begrenzt sind.

Angesichts all dessen sowie auch der vermuteten Zunahme von Gewalttaten

rechnen die Verantwortlichen im Rheingau-Taunus-Kreis mit rund 400 Toten in den ersten 96 Stunden eines Blackouts. Auf die gesamte Bundesrepublik hochgerechnet wären dies 180.000 Opfer.

Schockieren muss allerdings nicht nur diese Zahl. Laut Auskunft des Kreisbrandinspektors in Bad Schwalbach, Christian Rossel, ist auch die „Betriebsmittelsicherheit“ des Katastrophenschutzes momentan nicht gewährleistet. So bräuchten die Krisenstäbe Strom für Server und satellitengestützte Kommunikationssysteme.

Das Notstromaggregat im Keller des Kreishauses könne aber nur 16 Stunden laufen, für mehr reiche der Inhalt des vorhandenen 1000-Liter-Tanks nicht. Darüber hinaus bezifferte Rossel den Bedarf von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten auf weitere 10.000 Liter Kraft-

stoff pro Tag. Hieraus zog er den Schluss, dass es eine deutlich bessere Bevorratung geben müsse als bisher, was naheliegenderweise Geld koste.

Den finanziellen Mehrbedarf will Landrat Frank Kilian (parteilos) nun bei den Beratungen zum Haushalt 2023 anmelden. Insofern können die Bürger des Rheingau-Taunus-Kreises nur hoffen, dass ein Blackout bis zum Jahresende ausbleibt oder kurz und glimpflich ausfällt.

Jedenfalls nahm der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Gerd Landsberg, die Simulation in Hessen zum Anlass, um die Bundesbürger nochmals eindringlich daran zu erinnern, Wasser- und Lebensmittelvorräte für 14 Tage anzulegen, denn die Situation dürfte anderswo in Deutschland kaum besser aussehen. W.K.

PCK RAFFINERIE

Eine „wirkliche Fehlentscheidung“

Das Abschneiden Schwedts von russischem Öl durch Berlin bereitet Potsdam und Dresden Sorgen

VON NORMAN HANERT

O bwohl Sozialdemokraten und Grüne sowohl in Brandenburg als auch im Bund in der Regierungsverantwortung stehen, ist der Umgangston zwischen Potsdam und Berlin in letzter Zeit zunehmend schärfer geworden. Ziemlich regelmäßig ist Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck der Adressat von Kritik der märkischen Landesregierung. Häufiger Streitpunkt ist dabei die Zukunft der PCK Raffinerie in Schwedt, die Berlin und Brandenburg mit Benzin, Diesel, Heizöl und Flugkerosin versorgt.

Zuletzt hatten Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach und Finanzministerin Katrin Lange (beide SPD) sogar in einem Brandbrief angedroht, aus Habecks „Task Force Schwedt“ auszusteigen. Die Arbeitsgruppe wird von Habecks Staatssekretär Michael Kellner (Grüne) geleitet und soll Lösungen entwickeln, wie die Raffinerie ohne russische Öllieferungen betrieben werden kann. Offenbar sehr unzufrieden, weil die seit Mai arbeitenden Task Force noch immer keine konkreten Ergebnisse vorweisen kann, schrieben die beiden Minister aus Brandenburg an Habeck: „Ohne konkrete Zusagen in der Sache, einen verbindlichen Fahrplan und eine bessere Transparenz wird für uns eine weitere Mitwirkung in der Task Force Schwedt und in den Arbeitsgruppen nicht mehr zielführend sein.“

Die Brandenburger kritisierte in dem Brief das Fehlen verlässlicher und schriftlich fixierter Aussagen der Bundesregierung, wie der Industriestandort Schwedt gesichert und die Folgen des Öl-Embargos abgefangen werden könnten. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) fordert vom Bund ganz konkret eine Arbeitsplatzgarantie für alle 1200 Beschäftigten der Raffinerie bis mindestens Ende 2024 und den Ausschluss von Kurzarbeit und eine verbindliche Zusage für einen Pipelinebau zum Rostocker Hafen ein. In ungeduldigem Ton hatte Woidke zuletzt von Habeck auch noch „mehr Tempo“ angemahnt.

Brandbrief aus Brandenburg

Mittlerweile hat die Bundesregierung mit einem Schritt reagiert, der schon länger als Option diskutiert wurde. Am 16. Sep-



Verarbeitete bislang russisches Öl im großen Stil: Die PCK Raffinerie in Schwedt

Foto: imago/Jochen Eckel

tember teilte die Bundesregierung mit, sie werde die Rosneft Deutschland GmbH und die RN Refining & Marketing GmbH unter die Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur stellen. Rosneft ist in Deutschland Mehrheitseigner des PCK und ist auch an den Raffinerien Miro in Karlsruhe und Bayernoil in Vohburg in Bayern beteiligt. Faktisch entzieht das von Habeck geführte Bundeswirtschaftsministerium mit der Treuhänderschaft über Rosneft Deutschland die Grundlagen für einen Weiterbetrieb der Raffinerie in Schwedt mit russischem Rohöl.

Und dabei wäre ein derartiger Weiterbetrieb durchaus im Einklang mit den beschlossenen EU-Sanktionen möglich, denn Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hatte im Mai auf einem EU-Gipfel durchgesetzt, dass sich der EU-Boykott nur auf russisches Öl bezieht, das auf dem Seeweg transportiert wird, nicht aber auf Pipelinelieferungen. Die Bundesregierung und die polnische Regierung haben allerdings freiwillig einen Verzicht auf die Pipelineoption erklärt.

Mit der Übernahme der Treuhänderschaft kommt die Bundesregierung einer Forderung der polnischen Regierung nach. Polens Umwelt- und Energieministerin Anna Moskwa hatte im Mai bereits mit Blick auf Öllieferungen für Schwedt über den Danziger Hafen ganz offen erklärt: „Unsere Grundvoraussetzung für die Umsetzung einer Lösung ist das Ende der russischen Beteiligung der Schwedter Raffinerie.“

Mittlerweile ist allerdings auch deutlich geworden, dass eine Vollversorgung von Schwedt über den Danziger Hafen derzeit ebenso unmöglich ist wie über die bestehende Pipeline vom Rostocker Seehafen.

Verzicht ohne Alternativen

Als Reaktion auf das Vorgehen der Bundesregierung sprach der Mehrheitseigentümer Rosneft von einem „illegalen“ Zugriff auf sein Vermögen und kündigte an, zum Schutz seiner Aktiva juristisch gegen die Aktion der Bundesregierung vorzugehen. Die Treuhandverwaltung seiner Fir-

menanteile bezeichnete das Unternehmen als „Verletzung aller grundlegenden Prinzipien der Marktwirtschaft, der zivilisierten Grundlagen einer modernen Gesellschaft, die auf dem Prinzip der Unantastbarkeit von Privateigentum aufbaut“.

Auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) bezeichnete die treuhänderische Übernahme der deutschen Rosneft-Tochter als eine „wirkliche Fehlentscheidung“. Kretschmer warf der Bundesregierung in diesem Zusammenhang auch vor, „Ideologie über die Interessen des Landes zu stellen“. Aus der Sicht des sächsischen Regierungschefs kann das russische Öl zum Betrieb der PCK Raffinerie nicht kurzfristig ersetzt werden.

Als Folgen sieht Kretschmer das Entstehen einer weiteren Mangellage und damit weiter steigende Energiepreise, nun aber im Bereich Benzin. Gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) sagte Kretschmer: „Diesen Schritt werden die deutschen Bürger und Unternehmen teuer bezahlen müssen.“

LAUCHHAMMER

Batterien statt Rotorblättern?

Svolt will nach eigenen Angaben aufgegebenes Vestas-Werksgebiet als Produktionsstandort nutzen

Der dänische Windradhersteller Vestas hat erst vor Kurzem die Produktion von Rotorblättern im südbrandenburgischen Lauchhammer eingestellt. Überraschend teilte der chinesische Batteriehersteller Svolt nun mit, das aufgegebenes Vestas-Werksgebiet als Produktionsstandort nutzen zu wollen. Nach Angaben des Unternehmens, sollen in Lauchhammer Batteriezellen hergestellt werden, die am künftigen Svolt-Standort im saarländischen Heusweiler weiterverarbeitet werden sollen.

Die Wahl des Standortes Lauchhammer durch die Chinesen hatte im Saarland zunächst für Irritationen gesorgt. Die „Lausitzer Rundschau“ hatte nämlich berichtet, Svolt könnte wegen der neuen Pläne in Brandenburg möglicherweise Abstand nehmen von einer geplanten Batteriefertigung im Saarland. Svolt teilte

als Reaktion allerdings mit, es sei nicht auf der Suche nach einem Alternativstandort zu den geplanten Fabriken in den saarländischen Orten Heusweiler und Überherrn.

Schon seit Längerem zeichnet sich jedoch ab, dass sich der von Svolt anvisierte Produktionsstart im Saarland massiv verzögert. Wie der Saarländische Rundfunk (SR) berichtet, rechnet Svolt damit, in Überherrn erst ab 2028 die Batterie-Serienproduktion für Elektroautos starten zu können. Angepeilt war ursprünglich ein Produktionsstart ab Ende 2023.

Laut dem SR-Bericht steht das Bauleitplanverfahren für die Fabrikansiedlung noch immer im Anfangsstadium. Zudem gibt es Widerstand von zwei Bürgerinitiativen. Svolt hat jedoch Verträge mit Autobauern wie Stellantis zur Lieferung von Batterien abgeschlossen. Bei der Su-

che nach schneller verfügbaren Alternativen, zur Erfüllung dieser Liefervereinbarungen, hat sich Svolt nun für das ehemalige Vestas-Werksgebiet in Lauchhammer entschieden.

In Brandenburg wird die Freude über diese Standortentscheidung getrübt durch Befürchtungen um die Pläne des Autobauers Tesla. Im November 2020 hatte Tesla-Chef Elon Musk angekündigt, neben seinem Autowerk in Grünheide bei Berlin die größte Batteriefabrik der Welt aufbauen zu wollen.

Das „Wall Street Journal“ berichtete nun allerdings unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen, Tesla wolle seinen Plan zur Herstellung von Batterien in Deutschland aussetzen. Laut dem Bericht will Tesla seine Batterie-Strategie ändern, um von Steueranreizen in den USA zu profitieren. US-Präsident

Joe Biden hatte im August ein Gesetz namens „Inflation Reduction Act“ (IRA) unterzeichnet. Neben Subventionen für den Kauf bestimmter Elektroauto-Modelle bringt das Gesetz ab 2023 auch hohe Steuer-Gutschriften für Batterie-Produktion in den USA.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach erklärte inzwischen mit Blick auf die künftige Tesla-Batteriefabrik in Grünheide, es sei „nicht auszuschließen, dass sich an den Zeitplänen etwas ändern kann“. Den milliardenschweren Inflation Reduction Act in den USA bezeichnete der märkische Wirtschaftsminister als einen ganz klaren „Angriff auf den europäischen Markt“. Mit enormen Zuschüssen werde versucht, US-Unternehmen zurück in die Heimat zu holen, so Steinbach.

Hermann Müller

KOLUMNE

Cottbus ist nicht Schweden

VON THEO MAASS

Am vergangenen Sonntag fanden in Cottbus und Schweden Wahlen statt. Die brandenburgische Stadt suchte einen neuen Oberbürgermeister, Schweden wählte ein neues Landesparlament. In Cottbus erreichte der CDU-Kandidat 24,7 Prozent und kam auf den dritten Platz. Die der CDU vergleichbare schwedische Partei der Moderaten Sammlungspartei erzielte 19,1 Prozent und kam gleichfalls auf den dritten Platz. Der CDU-Kandidat kommt nicht in die Stichwahl, weil nur die beiden Erstplatzierten das unter sich ausmachen.

Ulf Hjalmar Kristersson von den Moderaten hat jedoch gute Aussichten Ministerpräsident Schwedens zu werden. Er hatte sich zusammen mit den Schwedendemokraten, den Kristdemokraten und Liberalen zu einem Bürgerblock zusammengeschlossen, der in der Summe die Wahl gewann (176 zu 173 Parlamentssitze).

In Cottbus wurde der AfD-Kandidat zweiter und steht nun in der Stichwahl gegen den von den drei linken Parteien unterstützten SPD-Mann. Dass Lars Schieske überhaupt auf den zweiten Platz kam, dürfte auch daran gelegen haben, dass CDU und FDP es nicht schafften, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen.

Auch die übrigen (erfolglosen) Kandidaten bei der Cottbuser Oberbürgermeisterwahl sind dem nichtlinken Lager zuzurechnen. Etwa 70 Prozent der Cottbuser wollen keinen linken Bürgermeister. Was macht die CDU? Sie ruft nun zur Wahl des linken Kandidaten in der Stichwahl am 9. Oktober auf. Begründung: Der AfD-Mann müsse verhindert werden.

Macht die Union da etwas falsch? Die letzte Umfrage in Brandenburg sieht die CDU nur noch bei zwölf Prozent. Bei der letzten Landtagswahl waren es 15,6 Prozent.

MELDUNG

Auflagen für Ukrainer

Magdeburg – Die Kommunen in Sachsen-Anhalt können für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine unter bestimmten Umständen künftig Wohnsitzauflagen aussprechen. Eine entsprechende Regelung hat das Innenministerium von Sachsen-Anhalt erlassen. Laut der Regelung sollen die Wohnsitzauflagen von Kommunen verhängt werden können, in denen bislang vergleichsweise wenige Flüchtlinge leben. Zweck der Wohnsitzauflagen soll es sein, den Kommunen zukünftig Planungssicherheit zu ermöglichen und Umzüge innerhalb des Landes zu steuern. Besonders viele Flüchtlinge haben bislang Halle und Magdeburg sowie der Burgenlandkreis, der Landkreis Jerichower Land, der Salzlandkreis und der Landkreis Stendal aufgenommen. Alle anderen Landkreise und kreisfreien Städte bekommen mit der neuen Regelung das Recht, gegenüber Menschen, die erstmals einen Aufenthaltstitel erhalten, eine Wohnsitzauflage auszusprechen. N.H.

● MELDUNGEN

Zurückhaltende
EVP-Reaktion

Brüssel/Straßburg – Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament reagiert zurückhaltend auf einen Entschließungsentwurf der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen, in dem die Forderung zur Zahlung von deutschen Kriegsreparationen an Polen enthalten ist. Pedro Lopez de Pablo, der stellvertretende Sprecher der EVP-Fraktion sagte dem Onlinejournal „Euractiv“, bisher hätten die Aufrufe der Warschauer Regierung zu diesem Thema in Berlin keine Emotionen ausgelöst. Der spanische EVP-Abgeordnete bezeichnete es auch als „irgendwie widersprüchlich, dass die Warschauer Regierung versucht, das Europaparlament dafür zu nutzen, wenn sie ihre Zeit damit verbringt, das politische Gewicht der Institution jedes Mal zu untergraben, wenn das Plenum eine Resolution über die Rechtsstaatlichkeit in Polen verabschiedet“. N.H.

Minister Polens
droht mit Asien

Warschau – Der polnische Kulturminister Piotr Gliński hat angekündigt, Polen werde sich anderweitig nach Kreditgebern umschauen, sollte Brüssel weiterhin die Auszahlung von Geldern aus dem Corona-Wiederaufbaufonds blockieren. Der Politiker der Regierungspartei PiS sagte, der Wiederaufbaufonds „ist eine riesige Kreditaufnahme. Wenn er also aus eindeutig politischen Gründen blockiert wurde, sollten wir in Erwägung ziehen, uns Geld aus einer anderen Quelle zu leihen“, womit er Asien meint. Aus Sicht von Gliński stellt die Blockierung der Zahlungen für Polen durch die EU-Kommission „eine primitive, unverhohlene Erpressung“ dar, „die darauf abzielt, einen Machtwechsel in dem Land zu erzwingen“. Im Wiederaufbaufonds der EU sind für Polen insgesamt 35 Milliarden Euro vorgesehen. N.H.

Größter WHO-
Geldgeber

Berlin/Genf – Während der ersten beiden Corona-Jahre ist die Bundesrepublik zum größten Geldgeber der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geworden. Die deutschen Gesamtbeiträge stiegen von 359 Millionen US-Dollar im Zweijahres-Zeitraum 2018/19 auf 1,268 Milliarden im Zeitraum 2020/21. Mit 751 Millionen Dollar 2020/21 steht der ehemalige Hauptsponsor der WHO, die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, nur noch an zweiter Stelle. Erst auf Platz 3 rangierten mit 693 Millionen Dollar die Vereinigten Staaten von Amerika, die ihre Zahlungen beim Amtsantritt von Präsident Joe Biden wieder aufnahmen, nachdem dessen Vorgänger Donald Trump die Finanzierung der WHO eingestellt hatte. Anschließend kommen Großbritannien mit 487 Millionen Dollar, die Europäische Kommission mit 466 Millionen, an denen die Bundesrepublik ja auch nicht unwesentlich beteiligt ist, die globale Impfallianz Gavi mit 432 Millionen und Japan mit 218 Millionen. Was die Zukunft angeht, will die Bundesrepublik die Förderung in ähnlicher Höhe fortsetzen. W.K.

RUSSLAND

Exodus der klügsten Köpfe

Folgen des Ukraine-Kriegs – Im ersten Halbjahr wanderten fast 100.000 Menschen mehr aus als ein

VON BODO BOST

Fast sieben Millionen Ukrainer haben im ersten Halbjahr ihr Land wegen des Krieges verlassen. Eine Auswanderungswelle ungeahnten Ausmaßes hat allerdings auch Russland erfasst. Symbol dafür sind Tausende von abgestellten Autos mit russischen Kennzeichen am Flughafen von Helsinki, die seit Monaten nicht mehr abgeholt werden.

Es sind diesmal nicht die unteren Schichten, die weggehen, und auch nicht die politischen Aktivisten, wie man glauben könnte, weil mit dem Krieg auch die Repression in Russland zugenommen hat. Es ist die Mittelschicht, die unter dem Krieg und den Sanktionen am meisten leidet, weil sie am meisten zu verlieren hat. Dazu zählen die klügsten Köpfe Russlands, Künstler, Journalisten, Informatiker oder Akademiker, die das Land zu

Tausenden verlassen. Ihr Leben ist nicht bedroht, aber ihre Zukunft. Die Mittelschicht und die Intellektuellen stellen fest, dass sie unter den derzeitigen Bedingungen nicht mehr arbeiten können. Die russischen Eliten der Zukunft, darunter viele Forscher und auch Unternehmer, Informatiker und Angestellte des Hochtechnologie-sektors, fürchten um ihre Zukunft.

Auch diesmal sind wieder vor allem jüdische Intellektuelle dabei. Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe waren auch die ersten, welche 1989 die untergehende

Sowjetunion verlassen wollten. Die jüdische Auswanderung ist derzeit so stark, dass Präsident Wladimir Putin bereits mehrfach gedroht hat, die Arbeit der Jewish Agency for Israel, welche die Alija, die Auswanderung der Juden nach Israel, organisiert, einzustellen.

Viele Juden sind dabei

Die jetzigen Emigranten sind nicht die berühmten Oligarchen. Die sitzen aufgrund der westlichen Sanktionen in Russland fest und sind derart mit Putins Regierung verbunden, dass sie auf Gedeih und Verderb von ihm abhängig sind.

Nach Angaben der russischen Statistikbehörde sind in den ersten vier Kriegsmontaten 419.000 Menschen aus Russland ausgereist. Das sind mehr als doppelt so viele wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, wie die die Nachrichtenagentur RBC meldete. Da nur 322.000 Personen eingewandert sind, sind damit erstmals in

der jüngeren russischen Geschichte mehr Menschen aus- als eingewandert.

Russland ist traditionell ein Einwanderungsland für Bürger anderer ehemaliger Sowjetrepubliken. In diesem Jahr verlief die Migrationsbewegung allerdings erstmals in die umgekehrte Richtung. Insgesamt ist die russische Bevölkerung im ersten Halbjahr wegen des Auswanderungsüberschusses von fast 100.000, aber auch wegen eines Sterbeüberschusses von mehr als 380.000 um etwa 480.000 Menschen zurückgegangen. Mangelnder Lebensraum kann also nicht das Motiv von Putins Angriff auf die Ukraine sein, denn den braucht das aussterbende Russland immer weniger.

Armenien und Georgien sind beliebt

Die meisten russischen Auswanderer gehen zunächst in grenznahe Gebiete. Sehr beliebt sind Armenien und Georgien, zwei christlich-orthodoxe Länder, in denen es schon vorher große russischsprachige Gemeinschaften gab, man mit Russisch überall durchkommt und relativ einfache Einreisebedingungen herrschen. In beiden Ländern haben sich die Immobilienpreise sehr stark erhöht. Die Auswanderung in diese ehemaligen Sowjetrepubliken gilt wie die in den Westen als Verrat, weil beide Länder, wie es der Patriarch Kyrill I. formuliert, auch zur „Russischen Erde“ gehören. Beide Länder sind auch nicht, wie die Ukraine oder Moldawien, von einer weiteren militärischen Eskalation bedroht, weil Moskau dort schon in den letzten Jahren militärisch interveniert und seine Macht gesichert hat.

Seit dem Angriff auf die Ukraine hat der Kreml seine Repressionen massiv verschärft. Die „Verbreitung falscher Informationen“ über das russische Militär und den Krieg in der Ukraine, der offiziell nicht so genannt werden darf, kann in Russland mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden.

Der letzten großen unabhängigen Zeitung, der „Novaja Gazeta“, die zur Hälfte dem verstorbenen Michail Gorbatschow gehörte, wurde zwei Tage nach der Beerdigung des letzten sowjetischen Staatsschefs, dem ein Staatsbegräbnis verweigert wurde, die Lizenz entzogen.

Vor allem
Angehörige der
Mittelschicht
emigrieren



Knotenpunkt der Auswanderung: Der Flughafen von Helsinki

Foto: imago images/chromorange

CHINA

Ein Land, zwei Corona-Systeme

Peking verfolgt eine Null-Covid-Politik. Hongkong tut es nicht und hat doppelt so viele Corona-Tote

In Hongkong grassiert seit Januar Covid. Die Stadt verfolgt eine weniger strenge Version von Pekings drakonischer Null-Covid-Politik. Deshalb hat die ehemalige britische Kronkolonie doppelt so viele Corona-Tote wie der Rest Festlandchinas.

Gleich zu Beginn der Pandemie im Februar des Jahres 2020 wurden die Grenzen zwischen der Sonderverwaltungszone und dem Rest der Volksrepublik fast so dicht geschlossen, wie zu Zeiten, als Hongkong noch britische Kronkolonie war und zwischen beiden Ländern die politische Systemgrenze des Kalten Krieges verlief. Hongkong ist vom chinesischen Festland und dem Rest der Welt abgeschnitten. Die Pandemie-Beschränkungen haben die Wirtschaftstätigkeit verringert, die psychische Gesundheit der Einwohner belastet und eine Massenflicht von Menschen und Kapital aus dem Finanzzentrum ausgelöst.

Hongkongs Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im zweiten Quartal um

1,4 Prozent, nachdem es im ersten Quartal bereits um 3,9 Prozent gesunken. Damit sind per definitionem die Bedingungen einer technischen Rezession erfüllt. Und es ist bereits die zweite innerhalb von drei Jahren.

Trotz der Zusage, die Verkehrsanbindung der Stadt an den Rest der Volksrepublik wiederherzustellen, hat der seit Mai amtierende Regierungschef Hongkongs, John Lee Ka-chiu, keinen konkreten Fahrplan oder Zeitplan für die Wiedereröffnung vorgelegt.

Viele Beobachter vermuten, dass eine Öffnung dieser innerchinesischen Grenze erst möglich sein wird, wenn Peking seine Null-Toleranz-Strategie gegenüber dem Virus aufgibt. Lee wollte nach China reisen, um Gespräche über den grenzüberschreitenden Personenaustausch zu führen. Die Absage der Reise durch Peking zeigt, dass es keinen gibt.

Der entscheidende Grund für Chinas Null-Covid-Politik ist, dass 100 Millionen

seiner 264 Millionen Bürger über 60 Jahre nicht vollständig geimpft sind. Laut einer Studie von Forschern der Fudan-Universität in Shanghai, der Indiana-Universität und des U.S. National Institutes of Health könnte eine Lockerung der Covid-19-Beschränkungen in China in nur einem Vierteljahr zu 112 Millionen Fällen und 1,5 Millionen Todesfällen führen. Deshalb ist eine Null-Covid-Politik geboten.

Eine geimpfte Minderheit

Im halbautonomen Hongkong führte dagegen eine Welle der hochgradig übertragbaren Omikron-Variante in den letzten Monaten zu einer der höchsten täglichen Sterblichkeitsraten der Welt. 95 Prozent dieser Todesfälle trafen bei den über 60-Jährigen auf, die nicht vollständig geimpft worden waren.

Dass nur eine Minderheit von nicht einmal 38 Prozent der über 60 Jahre alten Chinesen vollständig geimpft ist, liegt an Chinas Erfolg bei der Eindämmung der

Ausbreitung weniger übertragbarer Varianten als auch daran, dass der Staat Covid triumphierend für besiegt erklärt hat. Ältere Menschen, die kaum noch ins Ausland reisen wollen, sahen deshalb keine Notwendigkeit, sich gegen das Virus impfen zu lassen.

Erschwerend kommt hinzu, dass China aufgrund einer verhängnisvollen Mischung aus nationaler Sicherheit und Nationalstolz keine ausländischen Impfstoffe zugelassen hat, was bedeutet, dass seine Senioren keinen Zugang zu den wirksamsten Typen haben, die auf der mRNA-Technologie basieren.

Die einheimischen Alternativen sind nur sporadisch wirksam. Zwar können auch die besten Covid-19-Impfstoffe die Ansteckung nicht verhindern, aber sie verlangsamen die Ausbreitung und verringern den Schweregrad der Symptome drastisch und bieten damit eine verantwortbare Alternative zu einer Null-Covid-Politik. Bob

VON NORMAN HANERT

Obwohl Belgiens Gasversorgung zu weit weniger als zehn Prozent von russischen Importen abhängt, gehört der Regierungschef des Landes, Alexander De Croo, zu denjenigen Politikern, die besonders früh und eindringlich vor einer Energiekrise in Europa gewarnt haben. Schon im März hatte De Croo auf einem EU-Gipfel das Eingreifen der EU bei den Energiepreisen angemahnt. Anfang September zeigte sich der Flame De Croo nun, „verärgert, dass es so lange gedauert hat, bis die Europäische Kommission endlich verstanden hat, dass sie die Bevölkerung schützen muss“. Eindringlich warnte der De Croo im TV-Frühshoppen des flämischen Rundfunks: „Wir drohen, in eine echte Kriegswirtschaft zu geraten.“

In einem Interview mit Bloomberg News sprach der belgische Regierungschef das Risiko einer Deindustrialisierung und sozialer Unruhen an. Um die Energiekrise zu bewältigen, müsse Europa sofort handeln, so De Croo, da sonst ein grundlegender wirtschaftlicher Stillstand drohe, von dem sich die EU nur schwer erholen könne. Am Vorabend eines hochrangigen Sondertreffens der 27 EU-Energieminister prognostizierte der belgische Regierungschef: „Noch ein paar Wochen wie diese, und die europäische Wirtschaft wird einfach zum Stillstand kommen.“

De Croo weiter: „Wir bekommen keine zweite Chance, um als 450 Millionen Europäer zu beweisen, dass wir die Dinge in die Hand nehmen. Was Sie heute sehen, ist ein massiver Abfluss von Wohlstand aus der Europäischen Union.“

„Keine zweite Chance“

Zum Sondergipfel der EU-Energieminister am 7. September war die belgische Energieministerin Tinne Van der Straeten mit der Forderung gekommen, in der EU eine allgemeine Preisobergrenze für Gas, unabhängig von seiner Herkunft, auf den Gasmärkten einzuführen. Auch Griechenland hatte eine solche Deckelung stark favorisiert. Durchsetzen konnte sich weder diese Forderung noch die der EU-Kommission einer Preisobergrenze nur für russisches Gas.

Zu Recht merkte die belgische Energieministerin zum Vorschlag der EU-Kommission an: „Das macht keinen Sinn, denn wir importieren kaum noch russisches Gas.“ Gegen eine generelle Preisobergrenze wurde argumentiert, Gasexporteure aus den USA und Norwegen könnten bei einer Preisdeckelung einen Bogen um den europäischen Markt machen und stattdessen nach Asien liefern.

Zum EU-Gipfel war die EU-Kommission zudem mit dem Vorschlag angereist,



Der belgische Ministerpräsident und seine Energieministerin: Alexander De Croo und Tinne Van der Straeten Foto: imago BELGA

EU

„Wir drohen, in eine echte Kriegswirtschaft zu geraten“

Aus der belgischen Regierung kommen bemerkenswerte Warnungen und Mahnungen zur Energiepolitik der Europäischen Union

eine Preisobergrenze für alle nicht aus Gas erzeugten Strommengen einzuführen. Auf dem Gipfel beauftragten die Energieminister die EU-Kommission, zumindest einen Notfallplan mit einer Reihe von Maßnahmen gegen die hohen Strompreise in Gesetzesform umzusetzen.

Vereinbart haben die Energieminister einen nächsten Sondergipfel, der Ende September stattfinden soll. Das vom belgischen Premier entworfene Szenario von weiteren Wochen Stillstand und einer Spirale der Deindustrialisierung ist damit wahrscheinlicher geworden. Die Diskussion in der EU dreht sich bislang vor allem um Markteingriffe wie etwa Preisdeckelungen für Strom und Gas, eine Übergewinnsteuer für Energiefirmen oder das Recht der EU-Kommission, im Krisenfall Unternehmen künftig Vorgaben für die Produktion machen zu können.

Ungelöst ist aber das eigentliche Grundproblem. Bislang gescheitert ist die EU nämlich daran, einen Ersatz für die russischen Energielieferungen zu finden, der ebenso preisgünstig ist wie die bisherigen Lieferungen aus Russland. Eine Korrektur bei den Sanktionsmaßnahmen gilt in der EU wiederum noch immer als Tabu. In seinem Podcast kommentierte der britische Journalist Alexander Mercouris die Lage nach dem EU-Energiengipfel: „Die europäischen Politikern haben im Februar einen Wirtschaftskrieg beschlossen und befinden sich nun in einer Situation, in der sie glaubten, nie sein zu müssen.“

„Massiver Abfluss von Wohlstand“

Erkennbar ist schon jetzt, wie die bisherige Unfähigkeit der EU-Kommission zur Lösung der Energiekrise einzelne EU-Staaten dazu bringt, wieder auf nationale

Lösungen zu setzen. Ungarn geht bei der Energieversorgung generell einen Sonderweg, indem es an seinen Lieferbeziehungen mit Russland festhält. Auch Bulgariens Übergangsregierung hat Verhandlungen mit Gazprom zur Wiederaufnahme von russischen Gaslieferungen angekündigt. Tschechiens Regierung hatte noch vor dem EU-Energiengipfel angekündigt, beim Ausbleiben einer europäischen Lösung eine nationale Deckelung der Energiepreise einzuführen.

Der EU-Energiengipfel hat auch gezeigt, dass Deutschland durch die Ampel-Koalition in eine Sonderrolle manövriert worden ist. Scharfe Kritik von mehreren Regierungsvertretern war auf dem Sondergipfel nämlich an Deutschland zu hören, weil dies mitten in einer europaweiten Energiekrise glaubt, auf drei Atomkraftwerke verzichten zu können.

RUSSISCHES ÖL

Robert Habeck falscher Zahlen überführt

Bevor die EU den Boykott beschloss, untertrieb Habeck maßlos Deutschlands Abhängigkeit

Noch bevor die Staats- und Regierungschefs sich im Mai darauf einigten, auf russische Öllieferungen weitgehend zu verzichten, hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im April davon gesprochen, der Anteil russischen Öls sei so weit gesunken, dass ein Verzicht auf die Lieferungen beherrschbar sei. Nach einem Treffen mit seiner polnischen Kollegin Anna Moskwa in Warschau sagte der Grünen-Politiker: „Heute kann ich sagen, dass ein Embargo handhabbar für Deutschland geworden ist.“

Konkret sprach Habeck in diesem Zusammenhang davon, dass der Anteil russischen Öls auf dem deutschen Markt nur noch bei etwa zwölf Prozent liege. Laut einem Bericht der „Welt am Sonntag“ ist Deutschland offenbar doch deutlich abhängiger von russischem Rohöl als Ha-

beck dies im April, also vor dem Sanktionsbeschluss der EU, dargestellt hat.

Die Zeitung beruft sich dabei auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Jens Spahn. Laut der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums stammten im Mai 27,8 Prozent des von Deutschland importierten Rohöls aus Russland. Im März soll die Quote laut dem Bericht sogar noch bei 37 Prozent gelegen haben.

In der „Welt am Sonntag“ kommentierte Jens Spahn diese Daten: „Die von Wirtschaftsminister Habeck vor Wochen verkündete Reduktion der Abhängigkeit bei Rohöl auf zwölf Prozent war offenbar eher eine spontane Schätzung.“

Der von den EU und den USA im Mai beschlossene Boykott von russischem Öl hat dazu geführt, dass Russland derzeit

sein Rohöl mit einem Abschlag von bis zu zehn Prozent unter dem Weltmarktpreis verkauft. Diesen Preisvorteil nutzen mehrere Länder inzwischen sehr massiv. Noch im Mai stieg Russland zum größten Öllieferanten Chinas auf. Das Reich der Mitte importierte im Wonnemonat knapp zwei Millionen Barrel pro Tag aus Russland.

Dies waren 55 Prozent mehr als vor Jahresfrist und etwa ein Viertel mehr als im April. Auch die Türkei hat ihre Einfuhren massiv gesteigert. Im August meldete Refinitiv, ein großer Anbieter von Finanzmarktdaten, dass die türkischen Ölimporte auf durchschnittlich mehr als 200.000 Barrel pro Tag geklettert sind. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Verdoppelung. Indiens Ölimporte aus Russland haben sich seit dem Februar sogar vervierfacht. Hinter dem Anstieg steckt eine profitable

Geschäftsidee, welche die indische Ölindustrie für sich entdeckt hat.

Indische Raffinerien verarbeiten russisches Rohöl, die Mineralölprodukte werden dann aber auf dem internationalen Markt als „Made in India“ verkauft. Selbst Saudi-Arabien hat den aktuellen Preisvorteil bei russischem Öl genutzt und seine Importe aus Russland verdoppelt. Die weltweit größten Ölexporteure nutzen das eingeführte schwere russische Heizöl vor allem zur Stromerzeugung.

Allen westlichen Sanktionen zum Trotz ist es Rosneft gelungen, seinen Gewinn kräftig zu steigern. Wie der größte russische Ölkonzern mitteilte, kletterte trotz „ungünstiger externer Faktoren“ der Nettogewinn in der ersten Jahreshälfte um 13,1 Prozent auf 7,2 Milliarden US-Dollar. N.H.

● MELDUNGEN

Reduzierung auf 16 Seiten

Berlin – Laut der „Berliner Zeitung“ planen bundesweit zahlreiche Zeitungsverlage wegen der hohen Strom- und Energiepreise, die Umfänge der gedruckten Ausgaben ihrer Tageszeitungen auf 16 Seiten zu reduzieren. Die Notlage betrifft bundesweit vor allem kleinere Verlage. Große überregionale Titel haben laut dem Bericht zusätzliche Lagerflächen angemietet, um genügend Zeitungspapier vorrätig zu haben. Eine Sprecherin des Bundesverbandes Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) sprach von der Möglichkeit, dass die Situation existenzbedrohend wird. Nach Angaben des Bundesverbandes Digitalpublisher und Zeitungsverleger sind die Preise pro Tonne Zeitungspapier von weniger als 400 Euro in der zweiten Jahreshälfte 2021 auf inzwischen 900 bis 1100 Euro gestiegen. N.H.

Indien drosselt Reis-Export

Neu-Delhi – Indien, einer der wichtigsten Exporteure von Reis, der Milliarden Menschen in Asien und Afrika als Grundnahrungsmittel dient, hat weitgehende Ausfuhrbeschränkungen verhängt, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu sichern. Noch 2021 machten die indischen Exporte vier Zehntel des Volumens des weltweiten Handels mit Reis aus. Im laufenden Jahr haben jedoch Hitze-Wellen und Dürren die Reiserte schwer beeinträchtigt. Deshalb verfügte die Regierung in Neu-Delhi, dass für die Ausfuhr von weißem und braunem Reis Zölle von 20 Prozent zu entrichten seien. Dazu kommt ein komplettes Verbot des Exports von Bruchreis, der besonders von den unteren Bevölkerungsschichten konsumiert wird. Zuvor hatte Indien schon die Ausfuhr von Weizen und Zucker Restriktionen unterworfen. Diese Maßnahmen führen zum weiteren Anstieg der globalen Marktpreise. Dadurch drohen in den Staaten der ärmeren Agrarimporteure soziale Unruhen. W.K.

Anstieg der Sterblichkeit

Schaumburg – Im dritten Quartal des Jahres 2021 hat es in den USA eine signifikante Übersterblichkeit zwischen 53 und 100 Prozent in den Altersgruppen der 25- bis 64-Jährigen gegeben. Das gab die Society of Actuaries (SOA) bekannt. Die Gesellschaft universitär ausgebildeter Sachverständiger, die unter anderem Versicherungsdaten analysieren, untersuchte die Zahlen von 20 der 21 größten Lebensversicherungsunternehmen der USA aus dem fraglichen Zeitraum und verglich diese mit der durchschnittlichen Sterblichkeitsrate der Jahre 2017, 2018 und 2019. Wie die Auswertung der Sterbeurkunden ergab, kann der gravierende Anstieg der Todesfälle im Sommer 2021 nicht auf COVID-19 zurückgehen. Für auffällig halten die Aktuarer zudem, dass vor allem deutlich mehr Angestellte starben, die oftmals per Gesetz zu Corona-Impfungen verpflichtet waren. Dabei traf es besonders jene in der Altersgruppe zwischen 35 und 44 Jahren. W.K.

ANALYSE

Russische Todesfälle

BODO BOST

Der Verwaltungsratschef des russischen Öligiganten Lukoil, Rawil Maganow, ist wenige Tage vor dem Tod Michail Gorbatschow im selben Moskauer Zentral-Krankenhaus für Prominente nach einem Sturz aus einem Fenster der sechsten Etage ums Leben gekommen. Russische Medien berichteten vom Tod des 67-Jährigen, ohne Angabe von Quellen.

Staatsnahe russische Medien sprachen rasch von Suizid. Laut der Nachrichtenagentur „Tass“ habe diese Version auch eine nicht genannte Quelle innerhalb der Polizei bestätigt. Wie durch „Zufall“ arbeitete zu dem Zeitpunkt des Sturzes keine der vielen Überwachungskameras, aufgrund von Umbauarbeiten. Die Sicherheitsvorkehrungen galten in dem Prominentenkrankenhaus als besonders hoch.

Lukoil, der zweitgrößte russische Ölkonzern, richtete in einer ersten Stellungnahme den Angehörigen von Maganow sein Beileid aus und sprach dabei lediglich von einem Tod infolge einer „schweren Krankheit“. Wegen einer Herzerkrankung war Maganow eigentlich in Behandlung. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow lehnte eine Stellungnahme ab, der Fall sei „nicht die Angelegenheit“ des Kremls.

Maganow stammte aus der heutigen russischen Teilrepublik Tatarstan, seit 1993 arbeitete er bei Lukoil und wurde 2020 Vorstandschef. Er war ein enger Mitarbeiter des Aserbeidschaners Wagit Alekperow, einem der Gründer von Lukoil, der im April als Präsident des Mineralölkonzerns zurücktrat, nachdem Großbritannien wegen der Russland-Sanktionen sein Vermögen eingefroren und ihm ein Einreiseverbot auferlegt hatte. Aber auch Alekperow hatte den Krieg in der Ukraine kritisiert, obwohl er dem Unternehmen satte Gewinne bescherte.

Ganze Serie mysteriöser Vorfälle

Im Gegensatz zu Alekperow und vielen weiteren Funktionären russischer Energieunternehmen stand Maganow nicht auf den Sanktionslisten von EU und USA. Gegen Lukoil wurden in den Vereinigten Staaten Sanktionen verhängt, in Europa ist das Unternehmen hingegen nur von den allgemeinen Sanktionen gegen Erdöl betroffen. Beim russischen Ölkonzern Lukoil war der ehema-

lige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als Manager tätig. Er hat jedoch im März – anders als sein bundesdeutscher Kollege Gerhard Schröder bei Gazprom – seine Funktion im Aufsichtsrat zurückgegeben.

Bereits in der Vergangenheit sind zahlreiche Personen, die sich kritisch gegenüber der Regierung oder den Behörden in Russland geäußert hatten, „aus dem Fenster gefallen“ und verstorben, wie russische Medien infolge der Todesfälle normalerweise berichteten. Es handelte sich etwa um einen Journalisten, der über die russische Söldnergruppe Wagner recherchierte, oder russische Ärzte, die sich zu Beginn der Coronapandemie kritisch gegenüber der Regierung geäußert hatten. Aber auch Alexander Subbotin, ein ehemaliger Lukoil-Manager, starb im Mai unter ungeklärten Umständen – angeführt wurde ein Tod durch eine angeblich misslungene Behandlung wegen Alkoholsucht.

Laut unabhängiger russischer sowie westlicher Medienberichte sollen innerhalb der ersten fünf Monate dieses Jahres bereits acht Oligarchen eines nicht natürlichen Todes gestorben sein. In mehreren dieser Fälle war, wie nun nach Maganows Tod, sehr schnell von Suiziden die Rede.

Seit der Machtübernahme Putins galt in Russland ein Deal zwischen den Oligarchen und dem Kreml. Alle Oligarchen, die sich aus der Politik heraushielten, konnten ihr schon vor Putin erworbenes Vermögen behalten. Doch diejenigen, die sich in die Politik einmischten, hatten wie beim Unternehmer Michail Chodorkowski, der zehn Jahre in Sibirien in einem Lager verbrachte, mit Konsequenzen zu rechnen. Offenbar fehlt dem KGB jetzt die Phantasie und Energie, um, wie gegen den jetzt in London lebenden Chodorkowski, weitere Schauprozesse zu inszenieren, deshalb wählt man die schnellere und brutālere Exitus-Methode durch Fenstersturz.

Auch diese ist keineswegs neu. Schon 1937 schaffte der KGB durch Fenstersturz den estnischen Oppositionellen Artur Sirk in Luxemburg aus dem Weg, 1945 folgte der Tscheche Jan Masaryk in Prag. Der Fenstersturz ist eine beliebte Tötungsverdunkelung bei Geheimdiensten, weil beim Toten keinerlei Spuren der Gewaltanwendung nach dem Sturz zu erkennen sind und deshalb ein Suizid sehr schlüssig wirkt.



Netzwerker im bürgerlichen Lager: Klaus Kelle

Foto: privat

INTERVIEW

„Zeit, etwas Neues zu formieren“

IM GESPRÄCH MIT KLAUS KELLE

Herr Kelle, obwohl die Deutschen bei der Bundestagswahl 2021 mehrheitlich nicht SPD, Grüne oder Linkspartei gewählt haben, bekommen sie seitdem Tag für Tag eine linke Politik. Warum?

Rein rechnerisch gäbe es eine bürgerliche Mehrheit, wenn man voraussetzt, dass Union, FDP und AfD in der großen Linie gemeinsame Ziele haben. Das kann ich nicht mehr erkennen. Gerade jetzt, da die Ampel Demoskopien zufolge keine Mehrheit mehr hat, wäre es an der Zeit, etwas Neues zu formieren, um diese in Teilen verhängnisvolle und schädliche Politik zu verändern. Aber wenn ich dann lese, dass gerade eine Reisegruppe von AfD-Abgeordneten im russisch besetzten Donbass zum Fototermin pro Kreml unterwegs ist, dann weiß ich, dass es niemals eine andere Mehrheit mit dieser aktuellen AfD in Deutschland geben wird.

Viele bürgerliche Wähler trösteten sich beim Start der Regierung damit, dass die FDP schon die schlimmsten ideologisch geprägten Projekte von Rot-Grün verhindern würde. Wie bewerten Sie die bisherige Arbeit der FDP?

Ich fühle mich außerstande, zu bewerten, ob die FDP arbeitet. Immerhin hat sich Parteichef Lindner klar dafür ausgesprochen, die Energieversorgung unseres Lan-

des auch in Zukunft mit Kohle und Atomstrom sicherzustellen. Das finde ich gut. Aber da sitzen ja noch die Grünen am Kabinetttisch, die aus dem Atom-Alarmismus Wählerstimmen für ihre Klientel generiert haben.

Sie gehören in der Union zu denjenigen, die seit Jahren für eine stärkere Rückbesinnung von CDU und CSU auf ihren Markenkern plädieren. Sind Sie in dieser Hinsicht mit der Arbeit des neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz zufrieden?

In der Summe unzufrieden, wenngleich alles besser ist als die Jahre unter Merkel, AKK und Laschet. Wirklich alles. Merz, den ich persönlich durchaus schätze, erfüllt seine Rolle als angriffslustiger Oppositionsführer durchaus gut. Aber ich höre aus CDU-Kreisen in Berlin, dass er seinen Laden immer noch nicht auch nur ansatzweise unter Kontrolle hat, dass er umringt ist von zahlreichen politischen Totengräbern aus der Zeit seiner Vorgänger(innen). Das Adenauer-Haus, die Adenauer-Stiftung bis hin in sein persönliches Büro – überall werden Personalentscheidungen getroffen, die erstaunlich sind. Oder eben gar keine an Stellen, wo es dringend notwendig wäre.

Als dritte bürgerliche Kraft galt anfangs vielen auch die AfD, der jedoch viele bürgerliche Mitglieder und Wäh-

ler längst den Rücken gekehrt haben. Wie sehen Sie diese Partei jenseits Ihrer eingangs geäußerten Kritik?

Das kann man so pauschal nicht bewerten, zumal als Außenstehender. Ich habe als Journalist wirklich viele AfD-Politiker kennengelernt, und es waren und sind auch heute noch brillante Leute darunter, die nicht aufgeben wollen gegenüber völkischen Aktivisten und Putin-Nachkriechern. Aber Realpolitik ist der Schlüssel auf dem Weg an die Tische, wo die Entscheidungen fallen. Und wenn Sie anschauen, welche Wahlerfolge demokratische rechte Parteien mit Sachpolitik in überall in Europa einfahren und dass plötzlich andere Parteien kommen und kooperieren wollen, dann spricht das eine eindeutige Sprache. Sowohl die Schwedendemokraten als auch die Fratelli d'Italia von Georgia Meloni sind EU-kritische Parteien. Aber sie wollen nicht raus aus der EU, weil sie auch sehen, dass Europa in Zukunft nur eine Rolle spielen kann in der Welt, wenn es als Gemeinschaft auftritt und handelt. Und was macht die AfD? Fordert den EU-Austritt, und Teile verehren Putin als Retter des Abendlandes. Das kann man sich gar nicht ausdenken.

Sie haben in den letzten Jahren mit der „Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz“ ein Format etabliert, das verschiedene Gruppen des bürgerlichen Lagers zusammenführen will. Wie muss man sich das vorstellen?

Ursprünglich geplant als ein Lesertreffen rund um meinen Blog, hat die alljährliche „Schwarmkonferenz“ tatsächlich eine Eigendynamik entwickelt. Da wird beim Kartenverkauf nicht nach Gesinnung oder Parteibuch gefragt, da geht es darum, uns zu vernetzen: Konservative und Christen, Wirtschaftsliberale und Libertäre. Ein bisschen so wie bei den amerikanischen C-PAC-Konferenzen. Das Treffen, zu dem jedes Jahr mehrere Hundert Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands anreisen, setzt auf das Verbindende. Unsere Demokratie und den Rechtsstaat zu verteidigen gegen welche Angriffe auch immer.

Wir hatten heiße Diskussionen sowie herausragende Redner und Diskussionspartner in den vergangenen Jahren, unter anderem Kristina Schröder, Hubertus Knabe, Gerhard Papke, Thilo Sarrazin, Jens Spahn und Hans-Georg Maaßen. Nicht immer einer Meinung mit den Teilnehmern, aber im immer zivilisierten, manchmal leidenschaftlichen Meinungsstreit. In diesem Jahr werden die Schwerpunkte auf der Verteidigung und Entwicklung des Rechtsstaates sowie der Außen- und Sicherheitspolitik gehen.

Weitere Informationen unter: kelle@denken-erwuenscht.com

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Bürgerliches Kämpferherz

Den Schwedendemokraten ging es ähnlich wie der AfD: Sie galten als parlamentarische Schmutzkinder, mit denen in der Politik keiner spielen wollte. Doch wenn die Not und der Ehrgeiz, an die Macht zu kommen, am größten sind, erfolgt ein Umdenken. Plötzlich ist die Partei der Schwedendemokraten umworben.

So ist nach den Wahlen zum schwedischen Reichstag Ulf Kristersson, der Vorsitzende der Moderaten Sammlungspartei entschlossen, Ministerpräsident seines Landes zu werden. Das gelingt aber nur in einer Koalition mit den Schwedendemokraten, die mit satten Stimmengewinnen der eigentliche Wahlsieger sind. Hinter den Sozialdemokraten lagen sie auf Platz zwei. Da aber die bisherige Ministerpräsidentin Magdalena Andersson keine erneute rot-grüne Minderheitsregierung bilden kann und will, hat sie bereits ihren Rücktritt erklärt.

Damit hat sie den Weg frei gemacht für Kristersson, der trotz Stimmverlusten und Platz drei bei den Wahlen eine bürgerliche Regierung mit den Schwedendemokraten und Liberalen bilden will. Das hatte er schon vor vier Jahren versucht, scheiterte aber damals noch daran, dass seine bürgerlichen Allianzpartner eine von den Schwedendemokraten unter-

stützte Minderheitsregierung ablehnten. Beim zweiten Anlauf soll es nun klappen.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Autor mehrerer Sachbücher mit finanzpolitischen Themen, der von 2010 bis 2014 Minister für soziale Sicherheit in der Regierung Fredrik Reinfeldt war, kann die Augen nicht vor den sozialen Missständen schließen, vor denen die Schwedendemokraten immer gewarnt haben. Vor allem die Ausländerkriminalität in Städten wie Göteborg, in denen manche Viertel zu Tabuzonen voller Gewalt für Polizei und Normalbürger geworden sind, muss Kristersson in den Griff bekommen, sollte er Regierungschef werden.

Dabei kann er hoffen, dass es für ihn nur bei Straßenkämpfen mit Ausländern bleibt. Denn nachdem die Vorgängerregierung für den NATO-Beitritt Schwedens gestimmt hat, wird Putin noch kritischer auf Schweden blicken. H. Tews



Will Schwedens Regierungschef werden: Ulf Kristersson

Wenig Neues im Osten

Mit der Eröffnung des Ostflügels hat das Humboldt-Forum die letzte Etappe genommen – Ausstellung hadert mit „kolonialer Kunst“

VON DIRK KLOSE

Das Humboldt-Forum im wiederaufgebauten Berliner Schloss ist als ein Museum für außereuropäische Kulturen jetzt vollständig eröffnet worden. In dem an der Spree gelegenen Ostflügel, der bislang für die Besucher noch geschlossen war, hat man nun eine weitere Sammlungspräsentation für die Öffentlichkeit freigegeben.

Vor dem Wiederaufbau des Schlosses war es die Idee, die immensen völkerkundlichen Sammlungen aus dem Vorort Dahlem in das neue Humboldt-Forum und damit in die Mitte der deutschen Hauptstadt zu holen. Aber die bald darauf einsetzende, immer hitziger werdende Diskussion zum deutschen Kolonialismus, vor allem zu den Unterdrückungen von Aufständen etwa der Herero und zu oft durch Zwang oder Raub erworbenen Kunstwerken warf immer stärker die Frage nach deren Legitimation auf. Nach Anstößen durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und durch Denkschriften der Historikerin Bénédicte Savoy steht heute das Thema Restitution von Kunstgütern an ihre Ursprungsländer allenthalben auf der Tagesordnung.

Das gilt nicht zuletzt für die umstrittenen Benin-Bronzen. Diese aus Bronze, Elfenbein oder Holz gefertigten sakralen oder der Repräsentation dienenden Skulpturen aus dem afrikanischen Königreich Benin (heute Nigeria) – ausdrucksstarke Köpfe, Altargruppen, Waffen und Schmuck – werden heute als Kriegsbeute bezeichnet, nachdem die Briten das Königreich Benin 1897 erobert hatten.

Das damalige Ethnologische Berliner Museum erwarb von den Briten und von einheimischen Händlern allein über 500 solcher Bronzen. Weitere Bestände gingen auch nach Hamburg, Köln, Dresden, Leipzig und Stuttgart.

Den immer drängenderen Rückgabeforderungen in Deutschland und Nigeria konnten sich letztlich weder die Bundesregierung noch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz als Eigentümerin der Bronzen entziehen. Im Sommer dieses Jahres wurde zwischen der deutschen und der nigerianischen Regierung eine Vereinbarung über die Rückgabe der Benin-Bronzen unterzeichnet. Sie wurde dann zwischen der Stiftung und der nigerianischen



Viel Platz im Ostflügel: Das große Baumwolltuch Coixtlahuaca II (Mexiko) im neuen Ausstellungsbereich „Mesoamerika“

Denkmal- und Museumskommission präzisiert, indem alle 514 Bronzen für ein neues Museum in Benin-City zurückgehen, ein Drittel aber als Leihgabe vorerst für weitere zehn Jahre in Berlin bleibt.

Die Bronzen bestimmten jetzt vielfach die Reden bei der Eröffnung. Alle Redner nannten das Museum einen Ort des Dialogs mit außereuropäischen Museen. Stiftungspräsident Hermann Parzinger, gewissermaßen vom Saulus zum Paulus geworden, der noch 2017 jede Restitution abgelehnt hatte, pries jetzt die getroffenen Vereinbarungen als Beispiel für eine Überwindung „noch immer dominanter westlicher Perspektiven“. Das Humboldt-Forum sei zum „Pluriuniversalmuseum“ geworden, das mit Fachleuten aus aller Welt die heute drängenden Fragen der Menschheit behandeln wolle.

Zumindest den Ausstellungssälen zu Afrika ist anzumerken, dass sie eilig, fast zu hastig mit Blick auf die neue Situation umgebaut werden mussten. Mitunter liest man mehr, als man sieht: viele historisch informierende Texte zum Königreich Be-

nin und zu dessen Reichtum, der sich, das wird mehr en passant erwähnt, auch dem Sklavenhandel verdankte. Ausgespart bleibt allerdings das bis 1897 im Königreich übliche Ritual von Menschenopfern.

Ähnliche Texte sind auch im Tansania-Saal zu lesen. Weitere Texte befassen sich, durchaus selbstkritisch, mit dem damaligen Erwerb – teils durch Kauf, teils aber auch durch Zwang oder Raub. Der in der Berliner Museumsgeschichte renommierte Direktor des damaligen Königlichen Museums für Völkerkunde, Felix von Luschan (1854–1924), wird als zwar „durchaus fortschrittlich, letztlich aber skrupellos“ charakterisiert.

Dauerthema Restitution

Von den 168 noch als Leihgaben in Berlin befindlichen Bronzen sind erstaunlicherweise jetzt nur 40 ausgestellt – allerdings großartige Beispiele afrikanischer Kunst wie etwa der Gedenkkopf einer Ioba-Königinmutter, Königsköpfe, Schmuck und Waffen. Auch das musste der eiligen Neukonzeption des Raumes geschuldet wer-

den. Ein großes Gerüst sollte ursprünglich mehrere Bronzen aufnehmen, stattdessen ist jetzt ein zehnteiliges Mehrkanalvideo installiert, auf dem deutsche und nigerianische Museumsvertreter die Rückgabe begrüßen.

Bei der Rückgabe der Benin-Bronzen allein ist es schon nicht mehr geblieben. Vor einiger Zeit waren Verantwortliche aus Namibia, dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, in Berlin, mit denen gemeinsam der betreffende Bestand des Museums durchgesehen wurde. 23 Artefakte wurden ihnen, wie sie sagten, „als Stück unserer Geschichte“ übergeben. An Kamerun wurde eine sogenannte Ngonso-Figur, eine kultisch verehrte Göttin, restituiert, an Tansania mehrere Kult- und Gebrauchsgegenstände (die PAZ berichtete).

Auch wenn das Thema Benin-Bronzen die Eröffnung überschattete – das nun endgültig fertiggestellte Museum macht mit seinen rund 20.000 Exponaten in den schier endlosen Ausstellungsfloren im zweiten und dritten Obergeschoss einen

überwältigenden Eindruck. Gegenüber der Teileröffnung vor einem Jahr hat sich jetzt mit der Fertigstellung auch des Ostflügels die Ausstellungsfläche auf 16.000 Quadratmetern mehr als verdoppelt, was einer großzügigen Präsentation durchaus zugutekommt.

Neben den unzähligen Kleinformaten wie Krüge, Amphoren, Waffen, Musikinstrumente, Götter- und Totenmasken, tierähnliche Fabelwesen oder Schmuck bleibt der Besucher immer wieder hängen an solchen Blickfängern wie einem Luf-Boot – einem Auslegerboot aus der Südsee – oder einem fidschianischen Doppelrumpfbboot, an drei Versammlungs- oder Kulthäusern aus Ozeanien, an der Höhle der ringtragenden Tauben aus der Region Nördliche Seidenstraße, an japanischen Wandrollen mit berückenden Landschaftszeichnungen, an acht monumentalen Steinstelen aus Guatemala oder an virtuos gefertigten vielarmigen Buddha-Darstellungen aus Südostasien.

Doch auch hier, so scheint es, ist nicht alles für die Ewigkeit. Ein auch didaktisch gelungener Saal thematisiert den aus dem nordamerikanischen Omaha-Volk stammenden, später in der amerikanischen Zivilisation aufgewachsenen und hier zu Wohlstand gelangten Unternehmer Francis La Flesche. Der hatte Ende des 19. Jahrhunderts an das Berliner Museum zahlreiche Kultgegenstände seines Volkes verkauft. Unter den zahlreichen Gästen der Eröffnung war jetzt auch eine Wissenschaftlerin, Mitglied der Omaha, die sich von den Artefakten ihres Volkes „überwältigt“ zeigte. Man konnte den Wunsch heraushören, manche Stücke mögen doch ganz oder teilweise den Weg zurück in die alte Heimat finden.

Seit der Teileröffnung für das Publikum wurden 1,5 Millionen Besucher gezählt, wegen den Pandemie-Einschränkungen etwas weniger, als ursprüngliche, vielleicht zu optimistische Berechnungen erwarten ließen. Jetzt sind Schloss und Museum auf einen größeren Ansturm zumindest gut vorbereitet.

● **Humboldt-Forum**, Schloßplatz, 10178 Berlin, geöffnet täglich außer dienstags, montags bis donnerstags sowie sonntags von 10 bis 20 Uhr, freitags und samstags bis 22 Uhr, Eintritt: 12 Euro, Besucherservice: (030) 992118989 www.humboldtforum.org

VERLAGE

Schicksal einer Bücherinstitution der DDR

Großzügige Schenkung – Das Archiv des Aufbau-Verlags wandert in die Staatsbibliothek zu Berlin

Kürzlich wurde – wie auch in der PAZ vom 9. September – über eine Ausstellung in Berlin zum „Leseland DDR“ berichtet, die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bis zum 4. Oktober initiiert wird. Die früheren Verlage aus Mitteldeutschland gingen nach 1989 in anderen Besitz über, nur einigen wenigen gelang es, weiter zu existieren.

Durch die Teilung Deutschlands war ein Ausverkauf vieler DDR-Verlage unumgänglich geworden, wie die traditionsreichen Häuser von Brockhaus, Gustav Fischer, Hermann Haack, Insel-Verlag, Gustav Kiepenheuer, Paul List, Rütten & Loening, Reclam, B.G. Teubner oder der Georg Thieme-Verlag.

Auskunft darüber gibt die 2010 erschienene Buchdokumentation des Verlegers Christoph Links „Schicksal der DDR-Verlage – Die Privatisierung und ihre Konsequenzen“ über alle Staatsverlage und Verlage anderer Einrichtungen, die natürlich vom Staat kontrolliert wurden. Diese Arbeit mit umfangreichem Anhang und vielem analytischen Material wurde 2007 an der Humboldt-Universität verteidigt und später weiter ergänzt.

Darin wird auch berichtet, welche Eigentümer heute die Einrichtungen besitzen oder wie mitteldeutsche Einrichtungen sich bemühen, die Archivalien weiter zu verwalten wie zum Beispiel das Archiv des Insel-Verlags in Leipzig. Neben Nach-

lässen und Autographen bilden Verlagsarchive eine erstklassige Quelle für die Geschichte der wissenschaftlichen und schöpferischen Literatur. So entsprach das Verlagsprogramm den staatlichen Vorgaben der DDR.

Der legendäre und in der damaligen DDR führende Aufbau-Verlag des Kulturbundes, der in Berlin und Weimar ansässig war, und der bereits im August 1945 in Berlin gegründet wurde, wechselte in den 1990er Jahren in den Besitz des aus Kassel stammenden Verlegers Bernd F. Lunke-witz, der die Unterlagen bis vor Kurzem als Eigentümer besaß.

Nun hat der frühere Besitzer, der den Verlag weiter veräußerte, aber noch Besit-

zer des Verlagsarchivs war, dieses an die Staatsbibliothek zu Berlin als Depositum übergeben. Lunkewitz, der seinen Hauptwohnsitz in den USA hat, konnte das Archiv in gute Hände geben. Er war „sehr froh, dass die Schenkung rechtsgültig abgeschlossen und das Archiv des Aufbau-Verlages auf Dauer für wissenschaftlichen Forschungen gesichert ist“, wie er vorher mitteilte.

Teile des Archivs wurden bisher verfilmt und digitalisiert und stehen im Handschriftenlesesaal der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Übergabe des Archivs des Aufbau-Verlages gehört zu den bedeutendsten Schenkungen an die Berliner Staatsbibliothek. *Wolfgang Dahle*

● MELDUNG

Die Kunst der Deutschbalten

Lüneburg – „Romantische Augen-Blicke“ heißt die neue Kabinettausstellung, die vom 24. September bis zum 29. Januar 2023 im Ostpreußischen Landesmuseum Gemälde und Zeichnungen deutschbaltischer Kunst des 19. Jahrhunderts aus der Ostdeutschen Studiensammlung des Sammlers Helmut Scheunchen präsentiert. Darunter findet sich eine Auswahl von Zeichnungen, Aquarellen und Gemälden von über 30 deutschbaltischen Künstlern oder solchen, die in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches im 19. Jahrhundert gearbeitet haben wie Gerhard von Kügelgen. Internet: www.ol-ig.de *tws*

NORWEGEN

Das Volk sagte vor 50 Jahren „Nei“ zur EU

Vor 50 Jahren, am 25. September 1972, erfuhr die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erstmals eine Abfuhr in einer Volksabstimmung. In einem Plebiszit lehnte die norwegische Bevölkerung einen Beitritt ihres Landes zur EWG mit über 53 Prozent ab. Die meisten politischen Parteien, die Gewerkschaften und auch die Arbeitgeberverbände hatten zuvor für eine Zustimmung geworben.

Schon in den 1960er Jahren hatte Norwegens politische Klasse sich um einen Beitritt des Landes zur EWG bemüht, scheiterte aber am Veto des französischen Präsidenten Charles de Gaulle. Nach dessen Abdankung 1969 war dieses Hindernis beseitigt. Im darauffolgenden Jahr fasste das norwegische Parlament mit überwältigender Mehrheit den Beschluss, erneut einen Aufnahmeantrag an die EWG zu stellen. Es formierte sich allerdings ein derart großer gesellschaftlicher Widerstand, dass schließlich eine Volksabstimmung angesetzt wurde.

Obwohl das Ergebnis der Volksbefragung gegen den Willen der politischen Klasse des Landes um Ministerpräsident Trygve Bratteli als auch der Eurokraten in Brüssel ausfiel, wurde immer einmal wieder in europäischen Staaten die Bevölkerung zu EG-, EWG beziehungsweise EU-Themen gefragt. Am 2. Juni 1992 lehnte das dänische Volk den Vertrag von Maastricht ab. Ein gutes halbes Jahr später, am 6. Dezember 1992, bekundete die Schweizer Bevölkerung ihren Unwillen, der EWG beizutreten. 1994 unternahm die norwegische Regierung einen neuen Versuch, ihr Land in die EU zu führen und scheiterte erneut bei einer Volksabstimmung. Am 28. September 2000 lehnte eine Mehrheit der Dänen die Einführung des Euro ab. In einer



Bratteli bei der Stimmenabgabe

neuen Volksabstimmung verweigerten 2001 die Schweizer erneut den Beitritt zur EU. Am 14. September 2003 lehnten 56,1 Prozent der Schweden die Einführung des Euro als Währung in ihrem Land ab. Am 7. Juni 2001 fiel der Vertrag von Nizza in Irland bei der Bevölkerung durch. Am 29. Mai 2005 lehnten die Franzosen den EU-Verfassungsvertrag ab. Daraufhin wurde der Vertrag von Lissabon von den Regierungen der EU abgeschlossen, der aber am 12. Juni 2008 von den Wählern in Irland abgelehnt wurde.

Und am 23. Juni 2016 verlor die EU bei einer Volksabstimmung ihren zweitgrößten Nettozahler. Mit Wirkung vom 1. Januar 2021 ist Großbritannien wieder uneingeschränkt souverän. Umfragen zeigen, dass auch die derzeitige norwegische Regierung bei dem Versuch eines EU-Beitritts nicht mit der Zustimmung ihrer Landsleute rechnen könnte.

Klaus Gröblich



Vor 40 Jahren: Aufgereichte Opfer des Massakers

Foto: akg-images

NAHER OSTEN

Genozid der Forces Libanaises unter den Augen der israelischen Armee

Vor 40 Jahren verübte die christliche Miliz in Beirut das Massaker von Sabra und Schatila. Israel gilt als Unterstützer der Vorgänge

VON ERIK LOMMATZSCH

Am 14. September 1982 fiel Bachir Gemayel im Hauptquartier der von seinem Vater gegründeten maronitisch-katholischen Kata'ib-Partei, auch bekannt als Phalange, im Osten der libanesischen Hauptstadt Beirut einem Bombenanschlag zum Opfer. Der Anführer der Forces Libanaises, der Miliz der Phalange, war erst drei Wochen zuvor zum Staatspräsidenten gewählt worden. Zugeschrieben wurde das Attentat Mitgliedern der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Diese sollten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila am Südrand Beiruts ausfindig gemacht werden.

Mit einer Suche nach den Urhebern des Anschlags hatte das Vorgehen der etwa 150 Angehörigen der Forces Libanaises allerdings nichts gemein. Was sich zwischen dem 16. und dem 18. September 1982 in den Lagern abspielte und in die Geschichte als Massaker von Sabra und Schatila einging, war vielmehr ein grausamer Racheakt.

Eine Palästinenserin, die das Töten als Kind miterlebte, erzählte später, sie habe 16 Familienangehörige verloren, ihrem Vater sei der Kopf mit einer Axt abgeschlagen worden, und sie „ermordeten auch meine Schwester, die im siebten Monat schwanger war. Dann schnitten sie ihr den Bauch auf und erdrosselten das ungeborene Baby.“

Die vor Ort befindlichen israelischen Truppen beteiligten sich nicht am Vorgehen gegen die Bewohner, wurden aber beschuldigt, die Lagereingänge abgeriegelt,

ihre Verbündeten in der Nacht mit Leuchtraketen unterstützt und für Verpflegung und Munitionsnachschub Sorge getragen zu haben. Verifiziert ist die Zahl von knapp 1400 Opfern, mitunter werden in Schätzungen aber auch bis zu 3300 Tote genannt.

Ariel Scharon war in der Knesset um eine Rechtfertigung bemüht

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) stufte das Massaker am 16. Dezember 1982 als Genozid ein. Vor der Knesset, dem israelischen Parlament, war der Verteidigungsminister Ariel Scharon um Rechtfertigung bemüht. Als man dem Einsatz von Phalange-Kämpfern in den Lagern zugestimmt habe, „wurde ausdrücklich betont, dass die Operation gegen Terroristen gerichtet ist und dass die Zivilbevölkerung nicht in Mitleidenschaft gezogen wird – ganz besonders nicht Frauen, Kinder und Alte“. In Tel Aviv wurde auf einer Demonstration mit 400.000 Teilnehmern sein Rücktritt gefordert.

Am 28. September 1982 wurde in Israel eine vom Präsidenten des Obersten Gerichts, Jitzchak Kahan, geleitete Untersuchungskommission eingesetzt. Scharon wurde politische Mitverantwortung am Massaker zugesprochen. 1983 verlor er seinen Posten als Verteidigungsminister. Auch Generalstabschef Rafael Eitan wurde abgelöst. Scharon sollte dann 2001 für ein halbes Jahrzehnt israelischer Ministerpräsident werden. Strafrechtliche Folgen hatte das Massaker für keinen der Beteiligten.

Das Attentat auf Gemayel, das Anlass für die sich anschließenden Grausamkeiten

gewesen war, ging nicht zulasten der Palästinenser. Verübt wurde es vom libanesischen Christen Habib Tanious Shartouni, der als Grund angab, Gemayel habe den Libanon an Israel verkaufen wollen.

Das Massaker ereignete sich vor dem Hintergrund des libanesischen Bürgerkrieges. Der brach 1975 aus und erstreckte sich bis 1990. Die seit Ende 1943 unabhängige Libanesisch Republik ist von Anfang an von der Konfliktlinie zwischen den libanesischen Christen und dem moslemischen Bevölkerungsteil geprägt gewesen. Während die Christen westliche beziehungsweise US-amerikanische Unterstützung erfuhren, bekamen die Moslems Rückhalt aus der arabischen Welt.

Strafrechtliche Folgen hatte das Massaker für keinen der Beteiligten

Eine neue Situation entstand, als es der von Jassir Arafat geführten PLO möglich war, infolge des Kairoer Abkommens von 1969 im Libanon eine Art Staat im Staate zu etablieren. Von dort führten die Palästinenser Operationen gegen Israel durch.

Das ohnehin fragile politische System des Libanon, das auf einer Reihe von Quoten für die beiden großen religiösen Gruppierungen beruhte, wurde durch die palästinensischen Flüchtlinge aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Rufe nach größerer Beteiligung der Moslems wurden lauter. Das Ganze entwickelte sich zum Bürgerkrieg, auf beiden Seiten eskalierte die Gewalt, weit über militärische Auseinandersetzungen hinaus. So kam es im Januar 1976 etwa innerhalb weniger Tage zu zwei Massakern: Für die Vorgänge

von Karantina waren christliche Milizen verantwortlich, für die Taten von Damur moslemische Kämpfer.

Von eigenen Sicherheitsinteressen geleitet, positionierte sich Israel im libanesischen Bürgerkrieg auf der Seite der pro-westlichen beziehungsweise pro-US-amerikanischen Christen. Im März 1978 wurde in der Operation Litani der Süden Libanons besetzt. Am 6. Juni 1982 startete Israel die Operation Frieden für Galiläa. Dieses Mal war Beirut das Ziel. Die im Westteil der Stadt verschanzten PLO-Truppen wurden beschossen und belagert. Nach mehreren Wochen wurde unter Vermittlung von Philip Habib, einem US-Diplomaten mit libanesischen Wurzeln, eine Evakuierungsabkommen geschlossen. Durch eine westlich-mulinationale Eingreiftruppe überwacht, sollten die PLO-Kämpfer abziehen, die Sicherheit der in den Flüchtlingslagern lebenden palästinensischen Zivilisten sollte garantiert werden. Am 1. September war der Abzug beendet.

Der gerade gewählte Präsident Gemayel erklärte: „Ich werde zur Einheit des Landes aufrufen, ich werde alle Libanesen auffordern, sich zu vereinen.“ Nur wenige Tage später wurde er ermordet. Aufgrund der Annahme, in Sabra und Schatila hielten sich noch 2000 schwerbewaffnete PLO-Kämpfer verborgen, in deren Reihen sich die Attentäter befanden, umschlossen die Israelis am 15. September die Lager. Am 16. September drangen die Force Libanaises unter Führung von Elie Hobeika ein und massakrierten bis zum übernächsten Tag die zu einem großen Teil wehrlosen Bewohner.

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die ägyptischen Hieroglyphen waren von etwa 3000 vor bis ungefähr 400 nach Christus im Gebrauch. Bald danach konnte sie niemand mehr lesen. Die bildhafte, mit Menschengestalten, Tieren und Dingen arbeitende Schrift verleitete die sich an ihrer Entzifferung versuchenden Gelehrten zu der Grundauffassung, dass jedes Hieroglyphenzeichen für einen Begriff, wenn nicht gar für einen tiefgründigen Gedanken stehe. Am 27. September 1822 aber offenbarte Jean-François Champollion (1790–1832) während seines in Paris gehaltenen Vortrags den phonetischen Charakter der mit Hieroglyphen geschriebenen Namen griechischer und römischer Könige und Königinnen, die über Ägypten geherrscht hatten. Dieses Ereignis gilt als entscheidender Schritt auf dem Weg der Entzifferung der Hieroglyphen.

Eigentlich sollte der diesjährige runde Jahrestag in Hildesheim mit der Schau „Entziffert“ gefeiert werden. Sie ist aber auf das nächste Jahr verschoben worden. Erarbeitet wird sie von Christian E. Loeben, der am Museum August Kestner in Hannover als Kurator die ägyptische Sammlung betreut. Er findet die Verschiebung nicht tragisch, da es ohnehin keinen genauen Stichtag für die Entzifferung gebe, sondern diese sich weit über das Jahr 1822 hinaus hingezogen habe.

Die Entdeckung des Steins von Rosetta im Jahre 1799 durch an Napoleons Expedition nach Ägypten teilnehmende Soldaten veranlasste viele Gelehrte, sich an der Entzifferung der Hieroglyphen zu versuchen. Er weist drei Inschriften auf. Die obere, mit Hieroglyphenzeichen verfasste, ist nur zu einem Drittel erhalten. Fast vollständig sind die darunter folgenden Fassungen auf Demotisch und Griechisch überliefert. Demotisch, das Loeben als ägyptische Steno-Schrift charakterisiert, war zur Entdeckungszeit des Rosetta-Steins auch noch nicht entschlüsselt.

Das etwa 1,2 Meter hohe Stelenfragment aus schwarzem Granodiorit gelangte als Kriegsbeute nach England, wo es in Londons British Museum zu sehen ist. Eigens für die Hildesheimer Schau wird die erste vollplastische Rekonstruktion des Steins von Rosetta angefertigt. Sie basiert auf neuesten Forschungen des Münchner Universitäts-Professors Friedhelm Hoffmann, der seine zwei Meter hohe Rekonstruktion bereits in dem zusammen mit Stefan Pfeiffer verfassten Band „Der Stein von Rosetta“ (Ditzingen, Reclam Verlag, 2021) beschrieben hat. Laut den beiden Autoren handelt es sich bei den drei Inschriften um ein von den ägyptischen Priestern 196 v. Chr. verfasstes Dekret zu Ehren von König Ptolemaios V.

Ausstellung auf 2023 verschoben

Der englische Universalgelehrte Thomas Young (1773–1829) entdeckte auf dem Rosettastein die von einer Kartusche umgebenen Hieroglyphen, mit denen der Name „Ptolemaios“ geschrieben ist. Die alte Lehrmeinung, dass eine Hieroglyphe für ein Wort oder einen Namen steht, konnte also nicht immer stimmen. Daher schloss Young, dass die in Kartuschen stehenden Hieroglyphen für die Namen der nicht-ägyptischen Könige und Königinnen als phonetische Zeichen zu lesen sind. Die anderen Zeichen seien jedoch als Ideogrammschrift aufzufassen. Das glaubte auch sein französischer Rivale Champollion. Ihren Wettlauf um die Entschlüsselung der Hieroglyphen hat Edward Dolnick in seinem spannenden Wissenschaftsroman „Die Entschlüsselung der Hieroglyphen. Zwei rivalisierende Genies, das Alte Ägypten und der Stein von Rosette“ (Zürich, Nagel & Kimche Verlag, 2022) beschrieben.

Ein rosaroter Obelisk, den der reiche Entdeckungsreisende William Bankes (1786–1855) mitsamt des Sockels 1821 nach England schaffen ließ, brachte frischen Wind in die Entzifferungsbemühungen. Auf dem Obelisk entdeckte

ALTERTUMSFORSCHUNG

„Ich hab's!“

Vor 200 Jahren gelang es Jean-François Champollion anhand des Steins von Rosetta und anderer Quellen die demotische Schrift zu entziffern sowie die hieratische Schrift und die Hieroglyphen zu entschlüsseln



Im Britischen Museum in London: Der Stein von Rosetta mit seinen drei untereinanderstehenden Schriftblöcken aus Hieroglyphen sowie in Demotisch und Altgriechisch
Foto: pa

Bankes neben der Kartusche für Ptolemaios eine weitere. Da auf der griechischen Inschrift des Sockels sowohl von einem Ptolemaios als auch einer Kleopatra (mehrere Herrscher und Herrscherinnen trugen nacheinander diese Namen) die Rede ist, ordnete Bankes die zweite Kartusche Kleopatra zu und verschickte Abbildungen der Kartuschen. Auch an Champollion. Der kam auf die Idee, die Hieroglyphen beider Namen auf Übereinstimmungen zu vergleichen. Die gab es und so entdeckte er die phonetische Bedeutung mehrerer Hieroglyphen und erschloss weitere, indem er auf anderen Königskartuschen die Namen identifizierte.

Seine Entzifferungserfolge griechischer und römischer Namen stellte Champollion am 27. September 1822 in seinem Vortrag vor, dem auch Young und

Alexander von Humboldt beiwohnten. Der Vortrag und die nachfolgend veröffentlichte Publikation heißen „Brief an Monsieur Dacier“. Der gedruckte Text schließt mit dem Datum 22. September 1822. Derartige „Briefe“ waren damals eine Form, wissenschaftlich zu veröffentlichen.

„Brief an Monsieur Dacier“

Obwohl sich Champollion in seinem Vortrag nur auf griechische und römische Namen konzentriert hatte, kam Jahrzehnte später die Erzählung auf, dass er bereits am 14. September 1822 erkannt habe, dass auch die Namen der „echten“ ägyptischen Pharaonen wie etwa Ramses und Thutmosis mit hieroglyphischen Lautzeichen geschrieben sind. Er sei ins Büro seines Bruders geeilt und habe gerufen: „Ich

hab's!“ Anschließend sei er ohnmächtig geworden. Diese Geschichte schrieb sein Neffe Aime 67 Jahre nach dem „Ereignis“ auf. Hermine Hartleben schmückte sie in ihrer 1906 erschienenen Champollion-Biographie weiter aus.

Noch 1822 glaubte Champollion, dass außer den phonetisch geschriebenen Königsnamen die Hieroglyphenschrift aus Ideogrammen bestehe. Wie, wann und warum er doch noch zu den richtigen Einsichten gelangte, ist nicht überliefert. Im Jahre 1824 verkündete er plötzlich: „Die Hieroglyphenschrift ist ein komplexes System, eine zugleich figurative, symbolische und phonetische Schrift.“ Er hatte erkannt, dass die meisten Hieroglyphen phonetisch zu lesen sind, also erst mehrere von ihnen ein Wort ergeben. Da die alten Ägypter jedoch fast nur die Konsonanten aufschrieben, sahen viele Wörter mehrdeutig aus. Um Eindeutigkeit zu erzielen, setzten sie sogenannte Bedeutungszeichen dahinter, wie Champollion erkannte.

Der Ägyptologe Karl Richard Lepsius (1810–1884) zeigte, dass Champollions Übersetzungssystem richtig war. Er korrigierte es allerdings, indem er erstmals zeigte, dass die Hieroglyphenschrift nicht nur Einkonsonantenzeichen aufweist, sondern auch Silbenzeichen, die für zwei oder drei Konsonanten stehen. Dies beschrieb er in seinem 1837 veröffentlichten „Brief an Herrn Professor H. Rosellini“. Das Neue Museum auf der Berliner Museumsinsel widmet Lepsius ab 15. Oktober die Schau „Abenteuer am Nil. Preußen und die Ägyptologie“.

Pioniere der Entzifferung der Hieroglyphen



FOTO: MUSÉE DU LOUVRE



FOTO: THE ROYAL SOCIETY

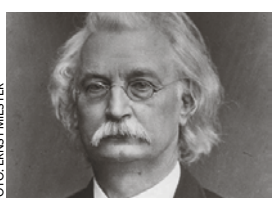


FOTO: ERNST KUNSTER

Jean-François Champollion legte mit seiner wissenschaftlichen Arbeit den Grundstein für die wissenschaftliche Erforschung des dynastischen Ägyptens.

Der auch an Botanik interessierte Augenarzt und Physiker **Thomas Young** begründete die Wellenoptik und beschrieb den Astigmatismus.

Karl Richard Lepsius gilt für den deutschsprachigen Raum als Begründer der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den ägyptischen Altertümern.

FRIEDE VON MELNOSEE

Eine der stabilsten Grenzen

Es gehört geradezu zur Tragik des Deutschordensstaates, dass zwei territoriale Interessensgegensätze seine Beziehungen zu seinen großen Nachbarn Polen und Litauen belasteten. Da ist zum einen der Streit um Pommerellen, das heutige Westpreußen, das der Ordensstaat als Landbrücke zum Heiligen Römischen Reich erstrebte und Polen als Zugang zur Ostsee. Und dann ist da zum anderen der Streit um Samaiten, das der Ordensstaat als Landbrücke zu seiner nordöstlichen Exklave, dem Livländischen Ordenszweig, erstrebte und Litauen als Ostseezugang.

Der erstgenannte Interessensgegensatz hat im weiteren Sinne erst 1990 ein Ende gefunden mit der Überlassung Ostpreußens an Polen durch die Bundesrepublik. Erst damit stellte sich nicht mehr die Frage der Landverbindung zwischen dem Land der dunklen Wälder und Kerndeutschland.

Der andere Konflikt wurde bereits vor 600 Jahren mit dem Frieden von Melnosee zugunsten Litauens entschieden. Der am 27. September 1422 im preußischen Oberland geschlossene Vertrag zwischen dem Deutschen Orden auf der einen Seite sowie dem Königreich Polen und dem Großherzogtum Litauen auf der anderen lässt klar erkennen, wer aus den vorangegangenen kriegerischen Verwicklungen als Verlierer hervorgegangen war. So verzichtete der Deutschordensstaat nicht nur zugunsten Litauens auf Samaiten, sondern auch zugunsten Polens auf das Gebiet um Nessau (Nieszawa). Dafür verzichtete der polnische König in dem Vertrag aber wenigstens auf seine Ansprüche auf Pommerellen sowie das Kulmer und das Michellauer Land.

Diese polnische Verzichtserklärung nutzte dem Deutschen Orden indes nicht lange. Noch im selben Jahr-



Dokument des Friedensvertrags
FOTO: AZGAR

hundert, im Zweiten Thorner Frieden von 1466, verlor der Orden unter anderem auch diese drei Gebiete an den König Polens.

An der Grenze zu Litauen änderte sich indes jahrhundertlang nichts. Dieses gilt insbesondere für die Grenzziehung rechts der Memel. Erst die Siegermächte des Ersten Weltkrieges änderten dort den Grenzverlauf. Sie zwangen das Deutsche Reich in Versailles auf das Gebiet zwischen der bisherigen Grenze und der Memel, das sogenannte Memelgebiet, zu verzichten. Das führt zu der in gewisser Hinsicht skurrilen Situation, dass der Friede von Melnosee, der dem Deutschen Orden einst Verzicht abverlangte, mittlerweile unter Ostpreußen ein positives Image hat. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Könnten vom Mars eingeschleppte Mikroorganismen das Leben auf der Erde vernichten? Wenn es nach den Machern des US-amerikanischen Science-Fiction-Horrorfilmes „Life“ aus dem Jahre 2017 geht, dann ja. Dieser Streifen handelt davon, wie der parasitäre außerirdische Einzeller „Calvin“, der sich in einer Bodenprobe vom Mars befand, erst zur Gefahr für die Raumstation ISS und am Ende dann für unseren gesamten Planeten wird.

Seriöse Wissenschaftler fürchten vergleichbare Szenarien. Sichtbarster Beweis dessen sind die Bilder vom Abschluss der bemannten Mondmissionen Apollo 11 und 12 im Juli beziehungsweise November 1969. Nach der Rückkehr vom Erdtrabanten mussten die Astronauten Isolieranzüge tragen und eine 17-tägige Quarantäne absolvieren, um auszuschließen, dass sie unbekannte Keime auf die Erde einschleppen.

Damit agierte die US-Weltraumbehörde NASA seinerzeit voll im Einklang mit dem Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper vom 27. Januar 1967, welcher explizit Maßnahmen zur Verhinderung der sogenannten Vorwärts- und Rückwärts-Kontamination fordert. Dabei handelt es sich um die Verschleppung irdischer Lebensformen auf andere Himmelskörper sowie umgekehrt um die Verunreinigung der Erde durch Mikroben aus dem All.

Eine Rückwärts-Kontamination?

Die Letztere wird nun wieder verstärkt als Gefahr wahrgenommen, weil die Absicht besteht, künftig Material vom Mars auf die Erde zu holen. Das ist beispielsweise das Ziel der für 2027 bis 2033 geplanten gemeinsamen Mars-Sample-Return-Mission (MSR) der NASA und der europäischen Weltraumagentur ESA. In deren Rahmen sollen die seit dem 1. September 2021 vom Mars-Rover „Perseverance“ im Jezero-Krater zusammengetragenen Bodenproben mittels des Roboterarms des Rückführungslanders SRL-1 in das Aufstiegsvehikel gepackt und anschließend zur Rückkehrsonde hinaufgeschossen werden. Die wiederum würde nach ihrer Ankunft in der Erdumlaufbahn ein Eintrittsfahrzeug zur Utah Test and Training Range 130 Kilometer westlich von Salt Lake City hinabschicken. Dort stünde dann die Untersuchung des Marsgesteins in einem speziellen Labor der höchsten Biosicherheitsstufe 4 an.

Die NASA konsultierte in den vergangenen Jahren mehrere Expertengremien, welche die Sicherheitsrisiken bei der



Raketenpost vom Roten Planeten: Mittels Rückkehrsonden sollen in naher Zukunft Marsproben des Rovers zur Erde geschickt werden

Illustration: Mauritius

PLANETOLOGIE

Die Invasion der außerirdischen Killerviren

Astrophysiker warnen vor einer „Mars-Pandemie“ – Kontaminierte Proben vom Roten Planeten, die man bei kommenden Missionen einsammelt, könnten alles Leben auf der Erde auslöschen

MSR-Mission bewerten sollten, und stufte diese hernach als „extrem gering“ ein, woraufhin freilich sofort Gegenstimmen laut wurden. Damit gibt es nun drei verschiedene Positionen innerhalb der Wissenschaftlergemeinschaft. Die Erste lautet, dass auf dem Mars überhaupt kein Leben existiere, weil die Atmosphäre auf dem Planeten bereits vor drei Milliarden Jahren verschwunden sei, wonach sich dessen Oberfläche auf die heutigen Temperaturwerte abgekühlt habe.

Andere Experten wie der Raumfahrt-Ingenieur Robert Zubrin von der Mars Society oder der prominente Paläogenetiker und Astrobiologe Steven Benner argumentieren wiederum, dass das Kontaminationsrisiko auch im Falle der Existenz von Leben auf dem Mars faktisch gegen Null gehe. Das begründen sie mit den unzähligen Einschlägen von Meteoriten, welche im Zuge von schweren Asteroi-

den- oder Kometen-Treffern aus der Marsoberfläche herausgesprengt wurden und hernach durchs All geisterten, bis sie in die Erdatmosphäre eintraten. So errechnete Benner, dass jedes Jahr rund 500 Kilogramm Marsmaterial auf unserem Planeten niedergehen – und dies schon seit Ewigkeiten. Daher lautet sein Fazit: „Wenn Marsmikroben existieren und die Biosphäre der Erde verwüsten können, ist dies bereits geschehen. Dann machen ein paar zusätzliche Kilogramm keinen Unterschied mehr.“

China und die Todeskeime

Dahingegen vertritt das Internationale Komitee gegen Mars-Proben (ICAMSR) die Ansicht, selbst die allergeringste Wahrscheinlichkeit einer Rückwärts-Kontamination erfordere äußerst penible Vorsichtsmaßnahmen. Am besten sollte das Marsmaterial gleich auf dem Roten Plane-

ten selbst oder in einer Raum- beziehungsweise Mondstation untersucht und niemals auf die Erde gebracht werden.

Der ICAMSR-Vorsitzende und Astrobiologe Barry DiGregorio geht sogar so weit, der NASA zu unterstellen, sie wisse längst durch frühere Sonden-Landungen auf dem Mars, dass dort Leben existiere, vertusche dies aber, um Bedenken gegen bemannte Marsflüge beziehungsweise das MSR-Projekt zu unterdrücken. Außerdem vertritt er die Ansicht, man müsse nun endlich einmal ernsthaft diskutieren, ob es nicht vielleicht schon einige tödliche Pandemien auf der Erde gegeben habe – verursacht von außerirdischen Keimen.

In diesem Zusammenhang verweist DiGregorio unter anderem auf das Aussterben der Dinosaurier sowie weiterer großer Teile der irdischen Flora und Fauna, das gemeinhin auf den Einschlag eines Kometen oder Asteroiden vor 66 Millio-

nen Jahren zurückgeführt wird: Was, wenn in Wirklichkeit Mikroorganismen aus dem All die Killer gewesen seien?

Aber selbst wenn es den Mahnern gelingen sollte, die US-amerikanisch-europäische MSR-Mission zu verhindern, weil deren Risiken für das Leben auf der Erde unkalkulierbar sind, steht noch eine weitere Raumfahrtmission in den Startlöchern, um Material vom Mars zu holen, nämlich China. Die Volksrepublik konnte im Rahmen des Unternehmens Tianwen-1 bereits den Rover „Zhurong“ auf dem Roten Planeten absetzen, wo das Fahrzeug seit Mai 2021 operiert. Dem soll nun zwischen 2025 und 2027 der Flug der Sonde Tianwen-2 zum Asteroiden (469219) Kamooalewa samt einer Entnahme und Rückführung von Bodenproben folgen. Anschließend ist geplant, im Rahmen der Mission Tianwen-3 bis Juli 2031 Marsgestein zur Erde zu transportieren.

MANIEREN

„Wo willst’n hin?“

Wenn die „Berliner Schnauze“ zum guten Ton wird – Immer häufiger reden Behörden die Bürger mit dem kumpelhaften „Du“ an

Als die Hauptstadt vor vier Jahren zum Bürgerfest lud, um den Tag der Deutschen Einheit zu feiern, griff der damalige Regierende Bürgermeister Michael Müller passend zum zwanglosen Image Berlins zum Motto: „Nur mit Euch“. Auch die hauptstädtische Verkehrsgesellschaft BVG findet nichts dabei, ihre Kunden einfach zu Duzen: „Weil wir dich lieben“ sieht das landeseigene Unternehmen möglicherweise nicht nur als Werbebotschaft, sondern vermutlich auch gleich als Begründung, die Kunden mit einem distanzlos vertraulichen „Du“ anzureden.

Ganz selbstverständlich läuft auch die Nachwuchssuche der Berliner Polizei mittlerweile mit einem „Da für dich“ in einem Ton ab, wie bei einem Ehepaar.

Kaum verwunderlich ist, dass auch so mancher Brief einer Behörde, den der Berliner in seinem Briefkasten findet, mit der Anrede „Lieber Andreas Schulze“ oder „Liebe Monika Müller“ beginnt. Beim Lesen des Schreibens wird dann klar, dass die vertrauliche Anrede kein Ausrutscher eines jugendlichen Referendars war. Der kumpelhafte Tonfall wird bis zum Ende konsequent durchgehalten.

Umso enttäuschender ist es für den Bürger, wenn sich am Ende herausstellt, dass es dem sich so locker gebenden Absender letztendlich doch nur wieder nur um das schnöde Geld der Steuerzahler geht. Zurück ist damit allerdings auch ein Zustand wie im Mittelalter, als Klerus und Adel jeden der normalen Landbevölke-

rung, der keine besondere Stellung innehatte, dutzten.

Berlins Politiker und Behörden sind mit ihrer Dauerduzerei zwangloser unterwegs, als dies selbst die hauptstädtischen Taxifahrer mit ihrer berühmten „Berliner Schnauze“ wagen würden. Selbst diese sind dezent genug, ihren Fahrgästen nach dem Einsteigen nicht gleich mit einem „Wo willst’n hin?“ auf die Pelle zu rücken.

Manch alteingesessener Westberliner mag die inflationär um sich greifende Duzerei als weiteren Beleg dafür sehen, dass die wiedervereinigte Stadt seit dem Mauerfall immer mehr „vorostet“.

Tatsächlich forderte aber auch die Deutsche Bundespost noch bis in die 1970er Jahre an öffentlichen Fernspre-

chern ihre Kunden gut sichtbar auf: „Fasse Dich kurz!“ Bereits in den 1930er Jahren belehrte die Reichsbahn die Reisenden noch in Frakturschrift: „Nimm Rücksicht auf Wartende – Fasse dich kurz.“

Dieser schnörkellose Kommunikationsstil hat in der Corona-Pandemie eine neue Blütezeit erlebt. Kaum eine Supermarktkette, die bei Hinweisen wie „Halte bitte Abstand“ oder Durchsagen wie „Wir bitten euch, nur in haushaltsüblichen Mengen einzukaufen“ auf eine kumpelhafte Anrede verzichten wollte.

Allerdings waren die Verbraucher auf solche Kundenansprachen vorbereitet, etwa durch einen großen schwedischen Möbelhändler, der schon 2002 fragte: „Wohnst du noch oder lebst du schon?“

Ikea griff damit das in Skandinavien ohnehin übliche Duzen auf. Hierzulande war die Möbelkette damit das erste größere Unternehmen, das in seiner Werbung konsequent auf das „Sie“ gegenüber den Kunden verzichtete. Das Internet hat dafür gesorgt, dass sich das unaufgefordert „Du“ immer weiter durchgesetzt hat.

In den sozialen Medien ist es inzwischen üblich, fremde Mitmenschen beim Vornamen zu nennen. Die Frage, ob mit dem Siegeszug der zwanglos kumpelhafte Anrede letztendlich auch die Hemmschwelle zu einem groben Umgangston und Beleidigungen innerhalb der Gesellschaft absinkt, mögen künftige Generationen von Soziologen und Psychologen beantworten.

Norman Hanert



FRISCHE NEHRUNG

Der Nehrungskanal wurde früher fertig

Elbings maritime Bedeutung profitiert – Schiffe müssen nicht mehr den Weg über Pillau nehmen

VON BODO BOST

Polens einst umstrittenes Kanalprojekt durch die Frische Nehrung, das Schiffen erlauben soll, von Elbing in die Danziger Bucht zu gelangen, ohne das Königsberger Gebiet zu passieren, wurde früher als erwartet fertiggestellt. Die Republik Polen kann mit der Eröffnung des Kanals eine weitere Botschaft der Unabhängigkeit von Russland verkünden. Der Schifffahrtskanal, der über die Frische Nehrung in das Frische Haff führt, wurde einen Monat früher als geplant fertiggestellt.

Ähnliche Pläne für einen Kanalbau hatte es bereits in Preußen nach der ersten polnischen Teilung 1772 gegeben, als Elbing, dessen maritime Bedeutung damals noch größer war, zu Preußen kam, während Danzig bei Polen blieb. Damals hatte König Friedrich II. einen Kanalbau aus der Danziger Bucht durch die Frische Nehrung erwogen, um die Stadt Elbing gegenüber der Stadt an der Mottlau zu begünstigen. Friedrich II. starb 1786. Nach der zweiten polnischen Teilung 1793 kam auch Danzig zu Preußen. Damit wurde der Kanalbau überflüssig, die Stadt Elbing verlor an maritimer Bedeutung.

Pläne Friedrichs des Großen

Im Jahr 1874 machte der einflussreiche Danziger Stadtarchitekt Julius Albert Licht den Vorschlag eines Kanalbaus, allerdings um das Frische Haff weitgehend trockenulegen und als fruchtbares Polderland landwirtschaftlich zu nutzen. Diesen Gedanken griff Ende der 1920er Jahre wieder ein Elbinger Stadtrat auf und stellte 1932 eine „Denkschrift über die Trockenlegung des Frischen Haffs und den Durchstich durch die Frische Nehrung bei Kahlberg“ vor. Bis zu 13.000 angeworbene Siedlerfamilien hätten dadurch angesiedelt werden können, geschützt durch Deiche, Pumpwerke und Meliorationsgräben. Nach Adolf Hitlers Machtübernahme 1933 geriet der Plan in Vergessenheit.



Früher fertig als geplant: Der Schifffahrtskanal, der durch einen Durchstich der Frischen Nehrung ins Haff entstanden ist

Im Mai 2016 griff die polnische Regierung die deutschen Kanalpläne wieder auf und verabschiedete die Finanzierung aus dem Staatshaushalt. Der Woiwode der Woiwodschaft Pommern gab am 15. Februar 2019 seine Erlaubnis zum Beginn der Bauarbeiten. Am selben Tag begann bei Vogelsang [Skowronki], zehn Kilometer westlich von Kahlberg, die Rodung des Baumbestandes auf einer 200 Meter breiten Schneise. In nur fünf Tagen entstand quer durch die Nehrung eine Schneise.

Vogelsang hatte den Zuschlag bekommen, weil die Nehrung dort die geringste Breite hatte. Streckenweise waren fast 3000 Bauarbeiter am Kanalbau beteiligt. Der Kanal hat auf der Nehrung eine Länge von 1,3 Kilometern, eine Breite von 40 Metern an der Kanalsole und 80 Metern an der Oberfläche sowie eine Tiefe von fünf Metern. An der Nordseite des Kanals wurde ein Schutzhafen mit zwei Wellenbre-

cher an der Danziger Bucht errichtet. Am Südenende hat der Kanal eine Schleuse und zwei Klappbrücken für Fußgänger und Fahrradfahrer. Die Schleuse soll weitgehend das Eindringen von Salzwasser aus der Ostsee in das Haff verhindern. Da die mittlere Wassertiefe im Frischen Haff nur 2,7 Meter beträgt, musste auf einer Strecke von 23 Kilometern durch das Haff die Fahrrinne des Kanals vertieft werden. Durch den Aushub des Kanals wurde eine zusätzliche 181 Hektar große Insel im Frischen Haff geschaffen, die zu einem Vogelparadies wird.

Kontroverse Debatten gingen voraus

Als Polen vor einigen Jahren begann, über den Schifffahrtskanal auf der Frischen Nehrung zu diskutieren, zeigte sich die Verwaltung der russischen Enklave Königsberg besorgt. Es wurde argumentiert, dass die Frische Nehrung ver-

schmutzt würde. Auch in Polen stieß das Projekt zunächst auf Kritik aus Kreisen von Umweltschutz und Bevölkerung sowie seitens der EU. In der Nähe von Vogelsang befindet sich ein Vogelschutzgebiet. Befürchtet wurden neben der Umweltverschmutzung eine Haffversalzung und Einbußen für den Tourismus auf der Nehrung.

Der Bau war ein Prestigeprojekt der PiS-Regierung, das die Unabhängigkeit Polens vom von Russland verwalteten Pillauer Tief zeigen sollte, das aber bis zum Ukrainekrieg kaum wirtschaftliche Bedeutung hatte. Der Hafen von Elbing an der Nogat spielte ökonomisch eine geringe Rolle, weil die Häfen von Stettin, Gdingen und Danzig den Bedarf an Umschlagkapazität voll deckten. Allerdings wird der neue Kanal auch den kleineren ermländischen Hafenstädten Frauenburg und Tolkemit zugutekommen.

MELDUNGEN

Zurück in die Heimat

Allenstein/Krakau – Ein großer Verlust steht der Ermländisch-Masurischen Philharmonie bevor. Ihr Direktor und künstlerischer Leiter, Piotr Sulkowski, wechselt nach elf Jahren in seine Heimatstadt Krakau und wird Anfang September Direktor der Krakauer Oper. Es wird kein abrupter Abschied, denn seinen Vertrag bis Ende 2022 wird er erfüllen. Seit Juli 2011 hat er die Ermländisch-Masurische Philharmonie gestärkt, wagte den Weg über Allenstein hinaus. Er bezog, unter anderem 2013 bei der Aufführung des „Nussknackers“, Tanzschulen und Musiker anderer Stile in seine Arbeit mit ein. Auch für die Deutsche Minderheit war er offen, sowohl der polenweite Verband als auch die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit feierten in der Philharmonie ihre Jubiläen. Seinem Nachfolger hinterlässt Sulkowski große Fußstapfen. U.H.

Ehrungen für Herausragende

Allenstein – Ehrungen für hervorragende Allensteiner gab es in der letzten Augustwoche. Der Rat der Stadt Allenstein würdigte den masurischen, protestantischen Schriftsteller, Poeten und Journalisten Erwin Kruk mit der Benennung einer Straße nach ihm. Einen Teil seines Schaffens widmete er dem Thema Masuren in all seinen Facetten. Er war von 1989 bis 1991 Senator im ersten Senat der Dritten Polnischen Republik und ist Ehrenbürger der Stadt sowie Ehrendoktor der Ermländisch-Masurischen Universität. Der Stadtrat schlug weitere Namen für die Allee der Stars des Allensteiner Sports vor. Darunter ist Tadeusz Milewski, ein nach einem Autounfall beinahe erblindeter Langläufer, der sich für den Behindertensport engagierte und ein Initiator der Reaktivierung des Waldstadions als Europäisches Integrationszentrum für Sport, Rehabilitation und Erholung war. U.H.

GUTTSTADT

Die Zeit der Ritter kehrte für einen Tag zurück

Historische Veranstaltungen erfreuen sich im südlichen Ostpreußen großer Beliebtheit

Ritterturniere finden im südlichen Ostpreußen immer mehr Anhänger. Die Zahl der mittelalterlichen Veranstaltungen ist so groß, dass Ritterkämpfe fast auf jeder Burg im Land zu sehen sind. Die Spiele stellen nicht nur wichtige historische Ereignisse nach, sondern sie geben auch die Atmosphäre dieser Zeit wieder.

Ende August fand in Guttstadt eines der Ritterturniere statt. Die Stadt wurde von Rittern, Bogenschützen und Handwerkern besucht, die zeigten, wie das Leben eines Kriegers aussah, aber auch, wie Handwerker, beispielsweise Schmiede, arbeiteten.

Darüber hinaus konnten die Besucher an den Spielen teilnehmen und einen Vortrag über die Falknerei und die Dressur von Raubvögeln hören. Das Ereignis zog viele Einwohner von Guttstadt sowie Touristen an, denn auf dem Platz vor den mittelalterlichen Schutzmauern am Stor-



Mit Spannung verfolgt: Ritterspiele in Guttstadt

Foto: D.K.

chenturm fanden zahlreiche Rittergefechte statt. Sogar der Bürgermeister von Guttstadt, Jaroslaw Kowalski, trat bei der Eröffnung der Veranstaltung gegen Landrat Andrzej Abako an.

Anschließend maßen sich die Ritter in voller Rüstung sowohl in Einzel- als auch in Drei-gegen-Drei-Wettkämpfen. Die Wettkämpfe fanden in einem an einen Boxring erinnernden Bereich statt und wurden von Michał Wróbel, einem als Pilger verkleideten Experten für mittelalterliche Geschichte und Liebhaber historischer Rekonstruktionen, kommentiert. Trotz der Hitze gaben die Vertreter der Bruderschaften in schweren Rüstungen ihr Bestes. Das Klirren von aufeinanderprallenden Schwertern war überall zu hören. Die Duelle waren spannend und wurden mit Beifall und Jubel belohnt.

In den Pausen hatten die Zuschauer die Möglichkeit, sich im Schwertkampf

und beim Bogenschießen zu versuchen. An den Handwerksständen konnten die Besucher Münzen prägen und allerlei Speisen probieren.

Die größte Attraktion des Tages war die Nachstellung der Schlacht von Guttstadt des Deutschen Ordens im 16. Jahrhundert. Parallel zum laufenden Ritterturnier fand die sogenannte Schlacht der Regionen statt, ein kulinarischer Wettbewerb für Hausfrauen aus den Bezirken Allenstein und Neidenburg.

Gesiegt hat das Gericht „Aal in Dillsauce“, das Hausfrauen in Groß Bartelsdorf zubereitet hatten. Die Frauen des Siegergerichts ziehen in die nächste Runde ein, den Wettbewerb auf Woiwodschaftsebene. Der Kochwettbewerb wird vom Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie dem Nationalen Förderzentrum für Landwirtschaft organisiert. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Glas, Gertrud, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Döbbling, Herta, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September

Falk, Gustav, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 29. September

Knothe, Frieda, geb. **Brozio**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. September

Milkuhn, Renate, geb. **Tomeschat**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 26. September

Tolkacz, Hildegard von, geb. **Pa-jonk**, aus Lötzen, am 28. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gross, Gudrun, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 25. September

Lingat, Liesbeth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Annusch, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September

Buttgereit, Heinz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. September

Niehus, Elfriede, geb. **Radzik**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 24. September

Wysotzki, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Diebowski, Kurt, aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September

Hein, Johanna, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September

Krabs, Edith, geb. **Schröter**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 24. September

Kuhr, Waltraut, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September

Lasberg, Brunhilde de, geb. **No-reike**, aus Kahlau, Kreis Mohrungen, am 24. September

Muczenski, Richard, aus Weißha-gen, Kreis Lyck, am 24. September

Opitz, Elsbeth, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 29. September

Piaszenski, Bruno, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 24. September

Radau, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September

Richter, Siegmund, aus Paters-walde, Kreis Wehlau, am 25. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Boettger, Gerda, geb. **Reinhold**, aus Pomehnen, Kreis Fischhausen, am 29. September

Jung, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September

Köning, Christel, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, am 25. September

Meyer, Ingrid, geb. **Huwe**, aus Treuburg, am 23. September

Päger, Ruth, geb. **Fröhner**, aus Seegertswalde, Kreis Mohrungen, am 27. September

Völzke, Waltraut, geb. **Burkan-dt**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. September

Waschk, Gerda, geb. **Wawrzyn**, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. September

Werner, Gerda, geb. **Beyer**, aus Wohnen, Kreis Ebenrode, am 25. September

Wiechert, Grete, geb. **Krause**, aus Stempelken, Kreis Wehlau, am 26. September

Woost, Edith, geb. **Sebrowski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 28. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dyk, Herbert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. September

Katke, Erika, geb. **Sbresny**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 27. September

Kolberg, Erwin, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 29. September

Morgala, Liesbeth, geb. **Wembd-zio**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September

Sellhorn, Otto, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September

Tauferner, Gudrun, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 25. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bercz, Eitel, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 27. September

Drochner, Edith, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 24. September

Eschment, Ingeborg, geb. **Huse**, aus Wehlau, am 25. September

Fischkal, Siegfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 25. September

Jorzig, Herbert, aus Treuburg, am 23. September

Just, Ruth, geb. **Schwan**, aus Moga-iten, Kreis Fischhausen, am 23. September

Katzenski, Adolf, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. September

Krause, Karl-Heinz, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. September

Kruschinski, Erhard, aus Dimusen, Kreis Johannisburg, am 20. September

Kywski, Gustav, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 24. September

Nischit, Richard-Ewald, aus Pa-terschobensee, Kreis Ortelsburg, am 25. September

Petrick, Paul, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 24. September

Walendy, Ulrich, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 29. September

Wannags, Hildegard, geb. **Kules-sa**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Altherr, Christa, geb. **Börger**, aus Mohrungen, am 29. September

Alzuhn, Alfred, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. September

Bardt, Margot, geb. **Witulski**, aus Neidenburg, am 28. September

Biernat, Hartmut, aus Lyck, Steinstraße 38, am 23. September

Borris, Willi, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 29. September

Bott, Lisbeth, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. September

Damme, Käthe, geb. **Jenzewski**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 26. September

Kamann, Ernst, aus Gerhardswei-de, Kreis Elchniederung, am 24. September

Kussat, Erwin, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 26. September

Lackas, Christel, geb. **Komossa**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. September

Leichsenring, Reinhilde, geb. **Gennert**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. September

Naddig, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. September

Reisberg, Ewald, aus Schwalgen-dorf, Kreis Mohrungen, am 28. September

Sievers, Helga, geb. **Kukla**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 23. September

Steinhagen, Johanna, geb. **Wen-zek**, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 29. September

Tatze, Gisela, geb. **Foerster**, aus Herzogshöhe-Neumühl, Kreis Treuburg, am 12. September

Thiemann, Traute, geb. **Ratzlaf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. September

Tullney, Irmtraut, geb. **Borchert**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 26. September

Wielk, Heinz, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. September

Wiemer, Ursula, geb. **Manz**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 26. September

Will, Ingrid, geb. **Springer**, aus Wehlau, am 27. September

Worszcek, Gertrud, geb. **Kohs**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alsleben, Irma, geb. **Buttkus**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September

Burzeya, Dorothea, geb. **Koss-mann**, aus Ortelsburg, am 29. September

Chlupka, Irene, geb. **Grimm**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 25. September

Horn, Heinrich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September

Koschnieder, Günther, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. September

Kroll, Anneliese, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 29. September

Lehwald, Herbert, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. September

Marchefka, Ingeborg, geb. **Droß-mann**, aus Ebenrode, am 24. September

Nerstheimer, Georg, aus Sieden, Kreis Lyck, am 28. September

Salewsky, Franz, aus Neidenburg, am 23. September

Saremba, Josef, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. September

Skonetzki, Ewald, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 26. September

Tegelhütter, Irmgard, geb. **Böhm**, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 23. September

Teige, Alfred, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 25. September

Tonzel, Ursula, geb. **Teich**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 29. September

Weller, Käthe, geb. **Lindner**, aus Hoffnungsmühle, Kreis Mohrungen, am 27. September

Winski, Siegfried, aus Mohrungen, am 25. September

Zilkens, Ruth, geb. **Firley**, aus Lötzen, am 27. September

Zielinski, Siegfried, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. September

Zielinski, Siegfried, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. September

Zielinski, Siegfried, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. September

ANZEIGE

Hilfe für Haus und Garten gesucht

Für unseren größeren Garten und unser Haus im ländlichen Brandenburg suchen wir eine junge Haushaltshilfe. Eine eigene Wohnung kann gestellt werden. Wir Eltern sind berufstätig und unser erwachsener Sohn ist meistens zu Hause. Wir haben einen familiären Bezug zu Ostpreußen.

Zuschriften erbitten wir an:
haushaltshilfebrandenburg@gmail.com

Zielinski, Siegfried, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beitmann-Kemerlis, Waltraut, geb. **Beitmann**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 25. September

Dommasch, Dietmar, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 25. September

Flemmer, Irene, geb. **Dargel**, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 29. September

Hesse, Edeltraut, geb. **Rutschkowski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 28. September

Hoyer, Anneliese, geb. **Hegenbarth**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 27. September

Lange, Reinhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 29. September

Lewandowski, Bärbel, geb. **Buchalle**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. September

Rehme, Irmgard, geb. **Haese**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Krugmann, Rosemarie, geb. **Mrotzek**, aus Treuburg, am 25. September

Ostpreußisches Landesmuseum



Romantische Augen-Blicke. Gemälde und Zeichnungen deutschbaltischer Kunst des 19. Jahrhunderts aus einer Privatsammlung ab dem 24. September bis zum 29. Januar 2023. Ausstellungseröffnung als Auftaktveranstaltung für die 73. Deutsch-Baltischen Kulturtage: Freitag, 23. September, 18.30 Uhr, Eintritt frei, um Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de wird gebeten.

In der Kabinettausstellung werden erstmals 40 Gemälde und Zeichnungen deutschbaltischer Provenienz aus der Ostdeut-

schen Studiensammlung des Sammlers Helmut Scheunchen präsentiert, darunter Werke von Carl Gotthard Graß, Woldemar Hau, Otto Friedrich Ignatius und Gerhard von Kugelgen. Die Privatsammlung ermöglicht einen vielfältigen Einblick in die kunstgeschichtliche Situation dieser Region und die damalige künstlerische Erlebniswelt. Zur Ausstellung erscheint eine Begleitpublikation, die für 9,90 Euro im Museum erworben werden kann.

Weitere Informationen zum Begleitprogramm können der Internetseite des Museums entnommen werden: www.ol-ig.de

Zusendungen für die Ausgabe 40/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 40/2022 (Erstverkaufstag 7. Oktober) bis spätestens **Dienstag, den 27. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de,
Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat Ansbach

Ansbach – Sonntag, 2. Oktober, 14.30 Uhr, Schranrensaal, Dinkelsbühl: Tag der Heimat. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Bayern, Christoph Stabe, wird die Festansprache halten, für das Kulturprogramm wird die „Tanz- und Spädeldelebe“ aus Erlangen pommerische Volksmusik und -tänze in Tracht vorführen.

Bericht

Ansbach – Am 18. Juni fand in der Orangerie in Ansbach das monatliche Mitgliedertreffen statt. Der angekündigte Vortrag „Die historische Reichsstraße 1 von Berlin nach Königsberg“ von Jörn Pekrul zog viele interessierte Besucher an. Pekrul zeigte mit seinen Bildern über Berlin Vergangenheit und Gegenwart auf, das Grab Friedrichs des Großen in Potsdam, auf dem immer eine Kartoffel liegt, über Küstrin ging es weiter über Landsberg an der Warthe, nach Deutsch Krone, erinnert wurde an Hermann Löns, der in der Tucheler Heide die Grundlage seiner Geschichten fand. Über das westpreußische Schlochau führt die Reichsstraße 1 nach Konitz und dann nach Marienburg. In der mächtigen Ordensburg begrüßen uns Hermann von Salza, Siegfried von Feuchtwangen, Heinrich von Kniprode und Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach, der hier in Ansbacher Schloß geboren wurde. Elbing- gestern und heute, Frauenburg und Kopernikus-Braunsberg und dann Königsberg, Insterburg, Trakehnen, Gumbinnen und die letzten Meter auf der alten Reichsstraße Nr. 1 mit der

Ruine der Kirche von Eydtkuhnen. Eine wunderbare Reise für unsere Mitglieder in unsere historische Heimat fand an diesem Nachmittag statt. Eine Sonderausgabe 2021 des „Preussen Kuriers“ in Bayern, in dem der Beitrag „Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute“ von Jörn Pekrul erschienen ist, ist erhältlich über E-Mail: info@low-bayern.de

Tag der Heimat Hof

Hof – Sonnabend, 8. Oktober, 11 Uhr, Mahmal der Vertriebenen, Blücherstraße: Feierstunde des Bunds der Vertriebenen (BdV), Kreisgruppe Hof. Unter dem Leitwort „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“, der Mitwirkung des Posaunenchores der Lutherkirche und der Volkstanzgruppe im BdV Hof werden Vorsitzender Christian Joachim, Vertreter der Stadt und des Landkreises Hof der Toten gedenken und durch die Kranzniederlegung an die Millionen Opfer der Weltkriege erinnern. Die Bevölkerung der Stadt und des Landkreises Hof ist herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Trachten sind ausdrücklich erwünscht.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Elchniederung

Hamburg – Dienstag, 27. September, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Heimatkreisgruppe Elchniederung in Hamburg mit herbstlicher Kaffeetafel und Erinnerungen an das Erntefest in der Heimat. Nach Berichten aus dem langjährigen Grup-

penleben übergibt Helga Bergner die Leitung ihrem Nachfolger in diesem Amt, Hartmut Klingbeutel. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskünfte erteilt Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Landeskulturtagung/Landesdelegiertenversammlung

Wetzlar – Sonnabend, 22., bis Sonntag, 23. Oktober, Wilhelm-Kempf-Haus 1, 65207 Wiesbaden: Landeskulturtagung mit folgendem Programm, Änderungen vorbehalten:

Sonnabend, 22. Oktober, bis 10.45 Uhr: Anreise, 11 Uhr: Begrüßung und Eröffnung durch Ulrich Bonk, 11.15 Uhr: Grußworte der Hessischen Landesregierung, Margarete Ziegler-Raschdorf, 12 Uhr: Mittagessen und -pause, 13 Uhr: Vortrag von Fritz Loseries „Über den Aufbau der Homepage LOW-Hessen.de“, 13.55 Uhr: Vortrag: „Vermittlung der Themen Flucht und Vertreibung im Geschichtsunterricht“ von Bjoern Schaal, 14.45 Uhr: „Stiftung-Zentrum gegen Vertreibungen = Aufgabe und Botschaft“ von Christean Wagner, anschließend Kaffeepause, 16 Uhr: „Ein Leben auf Reisen – Bericht über das Leben von A. E. Johann“ von Rudi Zülch, 17 Uhr: „Der Bromberger Blutsonntag – Eine kurze Darstellung der Ereignisse“ von Ulrich Bonk, 18 Uhr: Abendbrot, 19.30 Uhr: Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen LOW-Kreisgruppen.

Sonntag, 23. Oktober, 7.30 Uhr: Frühstück, 8.30 Uhr: „Der Frieden von Tilsit 1807“ von Gerd-Helmut Schäfer, 9.30 Uhr: „Im Rücken der Geschichte – vom Schicksal der

Ostpreußischen Wolfskinder“ von Bjoern Schaal, 10.15 Uhr: Kaffeepause, 10.30 Uhr: „Der Segen vom Altenberg“ – Erinnerungen an das Königsberger Diakonissenmutterhaus auf Altenberg/Wetzlar, Film-Vortrag von Henriette Piper, 11.30 Uhr „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ von Ulrich Bonk, 12 Uhr: Mittagessen – anschließend Abreise der Tagungsteilnehmer. 13.15 bis 17 Uhr: Landesdelegiertenversammlung mit Wahl und anschließend Sitzung des Vorstandes der LOW Hessen.

Bericht zum Erntedank

Kassel – Am Ausgang des Sommers bestimmte das Einbringen der Ernte mit seinen Vergnügungen und Festen das Leben auf dem Lande. In der Stadt gab es schön ausgeschmückte Dankgottesdienste, die daran erinnerten, woher das tägliche Brot kommt, und wem wir es zu verdanken haben. In heutigen Zeiten ist ein Saat- und Erntebewusstsein angesichts der wenigen noch in der Landwirtschaft tätigen Menschen und auch eines auf vielen Gebieten spürbaren Zivilisationsbruchs nur noch wenig ausgeprägt.

An diesem Heimattag lasen Gertraud Nitschky und weitere Vereinsmitglieder historische Texte über den Höhepunkt des Landlebens: die Erntezeit. Erinnerungen aus Kindheitstagen aus dem Zuhörerkreis bestätigten oder ergänzten die Ausführungen wie den Brauch der Erntekrone oder andere Ausschmückungen mit Blumen und Fruchtgebinden. Anderes blieb verschüttet, so etwa das Feiern des „Plons“ in ostpreußischen Landesteilen. Darüber schrieb auch die begnadete Ruth Geede. Die Beiträge wurden bereichert durch literarische Texte wie „Wert des Dankens“ von Axel Kühner und Rilkes „Herbsttag“. Auch die Musik fand ihren Platz, in dem das überaus ansprechende Erntedanklied „Wir pflügen und wir streuen...“ von Matthias Claudius von einer CD abgespielt wurde. Im

Schlusslied „’s is Feierobnd“ (Anton Günter) klang es noch einmal an: vor jeder Ernte steht mühevoll Schaffen.

G.L.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

25. Landestreffen in Schwerin

Schwerin – Sonnabend, 24. September, 10 bis 17 Uhr, Sport- und Kongresshalle Schwerin, Wittener Straße 118: Landestreffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern.

Tag der Heimat

Anklam – Etwa 400 Landsleute aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland sowie zahlreiche Freunde der Heimat trafen sich am 3. September im traditionsreichen Volkshaus Anklam zum 30. Tag der Heimat. Auf der Bühne präsentierte sich der Nachdruck eines Paneels des berühmten Bernsteinzimmers, denn das Treffen stand im Zeichen der deutsch-russischen Verständigung. Dazu hatte Friedhelm Schülke vom BdV-Vorstand eine Fischertracht angelegt und stellte den Kirchenältesten Adolf Wittke aus Palmnicken als Bernsteinfischer dar. Er berichtete über die Geschichte des Bernsteins und des Bernsteinzimmers, von dem seit 1945 in Königsberg fast jede Spur fehlt. Doch wurde 2003 ein originalgetreuer Nachbau als Symbol deutsch-russischer Verständigung in Sankt Petersburg eingeweiht. Das alles klingt heute wie ein Märchen, aber dahin müssen Deutschland und Russland wieder kommen. Der Bernsteinfischer kam auch auf den Holocaust von Palmnicken am 30. Januar 1945 – den SS-Mord an 7000 Juden im sogenannten Königsberger Todes-

marsch – und auf die notvolle Zeit danach bis 1947 unter den Sowjets zu sprechen. So lange teilten auch der Palmnicker Pastor Johannes Jänicke und Frau das Schicksal ihrer Gemeinde. Er wurde später evangelischer Bischof in Magdeburg. Alle diese Opfer und Zeitzeugen mahnen zu rechtzeitiger Verständigung und Frieden statt Aufrüstung, Waffenlieferungen und gegenseitige Sanktionen: „Schwetter zu Pflugscharen!“ – „Frieden schaffen ohne Waffen!“ Dafür gab es vom ganzen Saal stehende Ovationen.

Die Morgenandacht hielt Pfarrer Bernd-Ulrich Gienke aus Loitz. Grußworte entboten der langjährige Anklamer Museumsleiter Dr. Wilfried Hornburg sowie Wolfgang Koepp vom BdV Waren-Röbel. Zum 30-jährigen Jubiläum spendierte der Veranstalter eine Saalrunde Kräuterlikör. Das Treffen wurde vom 1. Pommerschen Blasorchester Wolgast, dem Fritz-Reuter-Ensemble Anklam und dem Shanty-Chor Insel Usedom kulturell und festlich umrahmt. Leider durfte der befreundete russische Kant-Chor aus Gumbinnen nicht durch die Republik Polen nach Anklam reisen. *Manfred Schukat*



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Herbsttagung

Landesgruppe – Sonnabend, 8. Oktober, 10 bis 15 Uhr Haus Union, Schenkendorffstraße, Ober-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

hausen: Herbsttagung (Kultur- und Frauentagung) der Landesmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW. Als Referent konnte Christopher Spatz gewonnen werden. Er wird zwei Vorträge zur Thematik der Wolfskinder sowie zu Friedland halten. Interessierte sind willkommen. Bitte melden Sie sich bei der Landesgeschäftsstelle für die Tagung an.

Programm:

10 Uhr: Eröffnung und Begrüßung, Annahme der Tagesordnung Klaus-Arno Lemke, Begrüßung durch Alfred Nehrenheim, 10.15 Uhr: Kulturelles Bärbel Beutner, 10.30 Uhr: „Nur der Himmel blieb derselbe: Ostpreußens Hungerkinder“ Christopher Spatz, Aussprache, 11.45 Uhr: Ostpreußische Mundart Klaus Lemke, Mittagspause, 13 Uhr: „Heimatlos, Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ Christopher Spatz, Aussprache, 14.30 Uhr: Kaffeepause, 15 Uhr: Schlussworte und Ostpreußenlied, Änderungen vorbehalten.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bericht

Bad Oldesloe/Tremsbüttel – Im September trafen sich die Ost- und

Westpreußen wieder in Bad Oldesloe. Karla Baltrusch, die nach Travemünde umgezogen ist, ließ den Mitgliedern Grüße ausrichten. Thema des Nachmittags war Masuren. Masuren ist die südöstliche Landschaft der Provinz, genannt nach den Siedlern, die aus dem Herzogtum Masowien kamen und sich Masur nannte. Das waren die prussischen Gebiete Galinden und Sudauen; vom Deutschen Ritterorden zunächst nicht besiedelt, waren sie natürlicher Schutzwall aus Wäldern und Seen gegen die Litauer und Tataren.

Die Reformation kam früh ins Ordensland und somit auch nach Masuren. Die Masowier verschmolzen sich mit den Prußen und Siedlern aus dem Westen zu einem neuen Volksstamm: den Masuren. Deutsche, polnische und litauische Sprachelemente bildeten eine neue Mischsprache.

Masuren umfasste das Gebiet der Kreise Treuburg, Lyck, Lötzen, Sensburg, Ortelsburg, Neidenburg. Es war allerdings nicht streng abgegrenzt, ragte in die Kreise Angerburg, Goldap und Osterode hinein. Es umfasste 12.000 Quadratkilometer und hatte rund 500.000 Einwohner. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erhob Polen Anspruch auf Masuren mit der Begründung, die Masuren wären ein bodenständiger Volksstamm. In der Abstimmung von 1920 stimmten sie mit 99,3 Prozent für den Verbleib bei Ostpreußen, also für Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sie vertrieben.

Ihre Wirtschaftszweige waren: Fischfang, Holzhandel, und Landwirtschaft. Der Reichtum war und ist die Schönheit der Natur: Wäl-

der und Seen: Spirdingsee, Mauersee, Löwentinsee und der Masurische Kanal. Gisela Brauer

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Sonntag, 2. Oktober, 10 Uhr, Kirchengemeinde St. Michael: Erntedankfest, anschließend Essen. Liebe Landsleute, nach zweijähriger Abstinenz können wir eine wegen Corona unterbrochene Tradition wieder aufnehmen. Die evangelische Kirchengemeinde St. Michael am Ochsenmarkt führt den Erntedankgottesdienst mit anschließendem Rübenmus-Essen durch, die Kosten betragen pro Person 10 Euro. Bedingt durch die späte Zusage der Gemeinde und dadurch dieser Veröffentlichung erfolgte die Teilnahmeabfrage separat. Michael Weber



Dittchenbühne

Tagesfahrt, Donnerstag, 20. Oktober, 10.45 bis 18 Uhr per Bus zum „Dithmarscher Gänsemarkt“ bei St. Michaelsdonn. Anmeldung unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de. Abfahrt und Ankunft an der Dittchenbühne, Gänse-Essen auf der Gänsefarm, Freimaurer-Museum St. Michaelsdonn, „Schlacht von Hemmingstedt“.

65 Jahre Ostpreußenmuseum

Förderkreis unterstützt ideell und finanziell

Im Jahr 1957 wurde der Grundstein für das Ostpreußische Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde von Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke gelegt, dem heutigen Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung. Zeitnah dazu entstand auch der Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum, nach 1974 mit dem Zusatz Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung in memoriam an den Gründer.

Der Förderkreis verfolgt das Ziel, die Arbeit und die Aktivitäten des Museums mit Beiträgen, Spenden und sonstigen finanziellen Mitteln dort zu unterstützen, wo die öffentliche Hand nicht tätig wird. Da das Ostpreußische Landesmuseum keine Finanzmittel seitens der öffentlichen Hand für die Anschaffung von Kulturgütern erhält, versucht der Förderkreis, die Sammlungen durch Ankäufe und durch Mitfinanzierung derselben zu erweitern. So hat sich der Förderkreis zum Beispiel in den letzten Jahren am Kauf folgender Objekte beteiligt: ein Porträtmalerie von Friedrich I. (König in Preußen), ein Standbild Trakehner Caledonius, das Porträt eines Jägers von Ernst Bischoff-Culm (1870-1917) und ein Porträt von Friedrich dem Großen vom Potsdamer Hofmaler Antoine Pesne (1683-1757). Letzteres soll zukünftig in der neuen Kantausstellung gezeigt werden.

Auf einer Versammlung des Förderkreises wurde jetzt

gleichsam Bilanz der letzten 40 Jahre gezogen; so lange hat die Vorsitzende Barbara Loeffke, die Geschichte des Vereins geführt. Nun legte sie den Vorsitz in andere Hände. Als neuer Vorsitzender wurde Ministerialrat i.R. Horst Buschalsky aus Oldenburg i.O. gewählt. Loeffke wurde zur Ehrenvorsitzenden ernannt. Der neue Vorsitzende dankte ihr herzlich für jahrzehntelanges selbstloses Engagement bezüglich des Förderkreises, des Ostpreußischen Landesmuseums und der Kultur sowie der Sache Ostpreußens insgesamt auf Landes- und Bundesebene.

In diesem Zusammenhang gab der Museumsdirektor, Joachim Mähner, einen Bericht über die aktuelle Lage und das Geschehen in der Corona-Pandemie, der – trotz Lockdown und Schließung der Ausstellungsräume – erfreulicherweise gut ausfiel. Er stellte sehr umfassend bis ins Detail die aktuellen Aufgaben und Arbeiten

im und am Museum von Investitionen über die Gestaltung der neuen Kantausstellung bis zu der großen Maßnahme des Erweiterungsbaus dar. Mähner betonte seinen Optimismus hinsichtlich der positiven Weiterentwicklung des Museums und damit auch der Sache Ostpreußens in die Zukunft.

Im Anschluss hielt Jürgen Bloech aus Göttingen einen Vortrag mit dem Thema „Ein Blick und Rückblick auf Ostpreußen“. Dieser richtete sich auf den nördlichen Teil Ostpreußens. Der Blick richtete sich aber auch auf ausgewählte Verhältnisse in Königsberg und auf Trakehnen. Bloech ist ein Kenner der Gegebenheiten, weil er zum einen als siebenjähriges Kind die Flucht und Vertreibung miterlebte und zum anderen seit 30 Jahren als Professor an der Universität in Königsberg für den Bereich der Betriebswirtschaftslehre tätig ist und wissenschaftliche Unterstützung gibt.

Horst Fritz Buschalsky



Vom Förderkreis überreicht: Gemälde von Friedrich I.

Foto: OL

Rätsel

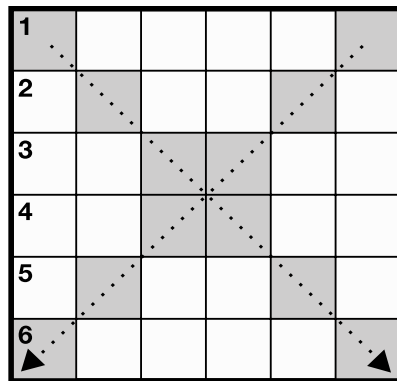
Large crossword puzzle grid with various clues in German. Includes a small 4x4 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



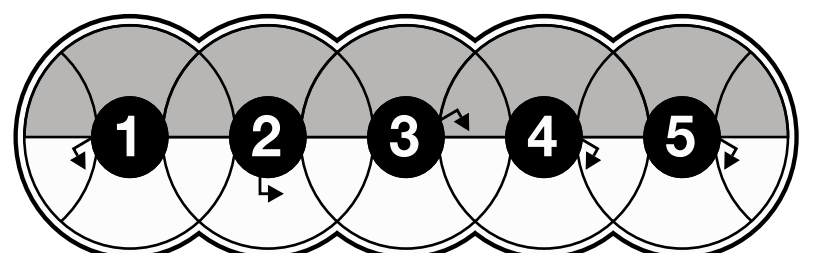
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe rund um das Thema Schifffahrt.

- 1 Aufständischer
2 schweiz.-dt. Kupferstecherfamilie
3 lieb, reizend
4 Reitermannschaft
5 span.-portugiesischer Prinzentitel
6 belongs; wenig

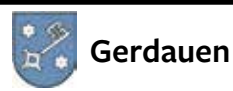
Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Begleiter von Touristengruppen.

- 1 Sportrunderboot, 2 Dichtung, Dichtkunst, 3 flüssiger fossiler Rohstoff, 4 Zank, Auseinandersetzung, 5 Liebster; Leistungsfähigster



Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdaun.de

Unser Hauptkrestreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 1., bis Sonntag, 2. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkrestreffen. Dazu laden wir alle Landsleute aus dem Kreis Gerdaun sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, ein, mit folgendem Programm (Änderungen vorbehalten):

Sonnabend, 1. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Infotisch mit Ansichtsexemplaren unserer Publikationen), 9 bis 11.30 Uhr: Kreistagsitzung, im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagsitzung), 15 bis 17 Uhr: Vortrag von Rolf Dyckerhoff „Die jüdische Gemeinde Nordenburg. Geschichten, Menschen, Schicksale – der aktuelle Stand der Forschung“, 18 Uhr: gemeinsames Abendessen, 19.30 bis 21 Uhr: Ostpreußischer Abend mit Herbert Tennigkeit zum Thema „Meine Heimat Ostpreußen – Woher kommen die Marjellenchen?“, danach gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen, gemeinsame Gestaltung; eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen.

Sonntag, 2. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Esplanade, 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte, Ostpreußischer Festvortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes, anschließend Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten.

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Telefon (05723) 798110, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de, wo für die Besucher des Treffens Einzelzimmer und Doppelzimmer mit Frühstück zum Sonderpreis von 68 Euro beziehungsweise 99 Euro pro Nacht zur Verfügung stehen. Bitte geben Sie bei der Buchung das Stichwort „Hauptkrestreffen Gerdaun“ an.

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute und Freunde des Kreises Gerdaun in Bad Nenndorf begrüßen zu können.

Kreistagsitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 1. Oktober, 9 Uhr, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Kreistagsitzung. Gemäß Paragraph 4 Nummer 4 unserer Satzung vom 13. Oktober 2018 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagsitzung vor der Ladungsfrist in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bekanntzugeben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten

rechtzeitig die Einladung zur Kreistagsitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugesandt. *Walter Mogk, Kreisvertreter*



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Patenschaftsjubiläum

Duisburg – Freitag, 14. Oktober, 14 bis 18 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg und Duisburger Stadtmuseum: Festveranstaltung zum 70-jährigen Patenschaftsjubiläum Duisburg-Königsberg mit folgenden Programmpunkten: Verleihung von zwei Königsberger Bürgermedaillen, Vorträge von Hans-Dieter Meyer (Königsberger Theater- und Musikleben) und Professor Steffen Dietzsch (Immanuel Kant), Verabschiedung des langjährigen Leiters des Museums Stadt Königsberg, Lorenz Grimoni. *Klaus Weigelt, Vorsitzender*

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 15. Oktober, 11 bis 15 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg: Satzungsmaßige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen zum Vorstand, siehe auch Königsberger Bürgerbrief 99, Sommer 2022, Seite 60. *Klaus Weigelt*



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Kreistagswahl im Jahr 2023

Im Jahr 2023 findet turnusmäßig die nächste Wahl des Kreistages (Mitglieder-Vertreter-Versammlung) unserer Kreisgemeinschaft Lyck (KG) statt. Nach Paragraph 2 Absatz 5 der Wahlordnung werden die Mitglieder der KG, das sind die Bezieher des Hagen-Lycker Briefes, aufgefordert, bis zum 30. September weitere Wahlvorschläge (PAZ 28 enthält bereits 25 Vorschläge) bei der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten einzureichen. Der Wahlvorschlag muss den Familiennamen (und gegebenenfalls abweichende Geburtsnamen) Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und die jetzige zustellungs-fähige Anschrift (in Blockschrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten enthalten.

Bärbel Wiesensee



Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 24. September, ab 9.30 Uhr, bis Sonntag, 25. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Kreistreffen mit Gesamt-Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung im Landhotel „Zur Linde“, Thedinghauser Straße 16.



Rössel

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. **Stellv. Kreisvertreter:** Ernst Grünheidt, **Schatzmeister:** Siegfried Schrade, **Schriftführerin:** Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin: Ursula Schlempe

37. Hauptkrestreffen

Neuss – Sonnabend, 24. September, 11 Uhr, Kirche Immaculata der Augustinerinnen, Augustinusstraße 46, 41464 Neuss: Heilige Messe mit André Schmeier, insbesondere in Gedenken an Ernst Grünheidt, der bisher für die kirchlichen Veranstaltungen der Kreisgemeinschaft verantwortlich war. Einlass wird nur mit 24-Stunden gültigem Bürgertest gewährt. 12 Uhr: Mittagessen in der Kantine des Berufsbildungszentrums, Hammerfeldamm 2, 41460 Neuss, 13 Uhr: Versammlung, 14 Uhr: Hauptkrestreffen mit Plauderstunde.

Tagesordnung Mitgliederversammlung: 1. Begrüßung der Mitglieder, 2. Gedenken der Verstorbenen, 3. Bericht des Kreisvertreters Egbert Neubauer, 4. Bericht der Mitglieder des Kreis-ausschusses, 5. Jahresrechnung 2020 / 2021, 6. Bericht der Rechnungsprüfer, 7. eventuelle Satzungsänderung unter anderem hinsichtlich der Anzahl der Mitglieder des Kreis-ausschusses, 8. Entlastung des Vorstandes, 9. Wahl des Wahlleiters, 10. Wahl des Kreistages, 11. Wahl der Kreis-ausschussmitglieder E. Neubauer, S. Schrade, Z. Gesella, 12. Anträge der Mitglieder, 13. Verschiedenes.

Zum Hauptkrestreffen der Kreisgemeinschaft Rössel e.V. sind alle heimat- und kulturinteressierten und Ortsmitglieder aus dem Kreis Rössel eingeladen. Wir freuen uns auf ein gemütliches Beisammensein. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Selbstverständlich wird das Hauptkrestreffen unter Berücksichtigung der Corona Hygienevorschriften und der 3-G Regeln stattfinden. Falls sich auf Grund der Infektionslage Änderungen ergeben sollten, werden wir Sie kurzfristig darüber informieren.

Förderverein

Masurenhilfe

Vorgeschichte und Entstehung

Mein Name ist Werner Koepke, ich bin 67 Jahre alt und lebe in Leiferde, Kreis Gifhorn, meine Familie stammt aus dem Ort Tannen-berg, Kreis Osterode.

Als Mitglied des DRK Ortsver-eines Leiferde bekam ich im Sommer 1993 Kenntnis, dass dieser im Spätherbst mit Pkw und Anhänger einen Hilfstransport nach Ortelsburg bringen will. Nachdem ich mich in die Vorbereitungen dazu eingeklinkt hatte, fuhren wir im November 1993 mit einem 7,5 Tonnen-Lastkraftwagen und einem VW-Bus in die von hier 850 Kilometer entfernte Stadt Ortelsburg in Masuren. 180 große Kartons mit fabrikneuen Textilien, Medikamenten, Rollstühlen, Rollatoren und Spielsachen gingen auf den Transport. Die Hilfsgüter wurden dem Polnischen Roten Kreuz, dem Krankenhaus und dem Kinderheim übergeben.

Nachdem ich gesehen hatte, unter welchen Umständen viele Menschen dort lebten, entschloss ich mich, hier weitere Hilfe auf dem privaten Weg durchzuführen.

Binnen fünf Wochen brachte ich vier weitere Transporte nach Ortelsburg, die ich allesamt privat organisiert und finanziert habe. Seither wurden 152 humanitäre Hilfstransporte durchgeführt. Seit

elf Jahren bin ich der erste und bisher einzige Ehrenbürger der Stadt Ortelsburg, im November 2016 wurde ich in Allenstein mit dem Polnischen Verdienstkreuz in Gold ausgezeichnet.

Im März 2013 gründete ich dann mit sechs Freunden den „Verein zur Linderung der Not in Masuren“, kurz „Förderverein Masurenhilfe“. Wir sind ein gemeinnütziger Verein mit zwischenzeitlich 42 Mitgliedern und wurden vom Finanzamt Gifhorn als „besonders förderungswürdig“ anerkannt. Auf diese Weise sind wir als eingetragener Verein in der Lage, Sach- und Spendenbescheinigungen auszustellen, die steuerlich Berücksichtigung finden.

Vier bis fünf Transporte führen wir jährlich durch, versorgen die Kleiderkammern vom Polnischen Roten Kreuz in Allenstein und Ortelsburg, die Kinderheime in Ortelsburg und Passenheim, Krankenhaus und Seniorenheim soziale Einrichtungen, Schulen, Kindergärten mit allem, was benötigt wird und wir organisieren können.

Auch der Verein „Heimat“ der Deutschen Minderheit und der Masurenbund sind bei der Unterstützung nicht zu kurz gekommen.

Anlässlich unseres Novembertransportes im vergangenen Jahr

stellten wir fest, dass sich die Fahrzeuge für die ambulante häusliche Krankenpflege in einem bedauernden Zustand befanden. Binnen kürzester Zeit konnten wir zwei sehr gute Fiat Panda beschaffen. Diese bekamen neben kleineren Reparaturen noch einen kompletten Service und wurden Anfang Januar dem Roten Kreuz in Allenstein übergeben. Die Vorankündigung schlug schon hohe Wellen, sodass der Präsident und Oberbürgermeister von Allenstein bei der festlichen Übergabe zugegen war.

Zur Durchführung der Transporte stellt uns VW-Nutzfahrzeuge kostenlos Crafter in XXL-Format zur Verfügung. Die Hilfsgüter werden im Raum Gifhorn, Braunschweig, Celle und Hannover zusammengetragen und in der „Masurengarage“, eine Doppelgarage eines unserer Gründungsmitglieder zwischengelagert.

Am 22. September fahren wir mit zwei Transportern nach Masuren. Ein Großteil der Ladung wird beim Polnischen Roten Kreuz in Allenstein zwischengelagert und in die Ukraine weitertransportiert.

● Informationen unter: www.masurenhilfe.de oder per E-Mail: koepke.werner@t-online.de

Filmankündigung

Der Film „**Stille Jahre in Gertlauken – Schule im Krieg**“ wird ab Ende 2022 auf der Wissensplattform „www.copernico.eu“ im Internet zu sehen sein und seine Premiere 2023 im Ostpreußischen Landesmuseum haben.

Für einen Tag lang wurde das Schulmuseum Lohr zum Drehort, das deutschlandweit als einziges ein Klassenzimmer mit originalen Exponaten aus der Zeit der NS-Diktatur zeigt. *PM.*

„Hilfe für Euch“

Herbstblätter–Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ im Kloster St. Johannis, Schleswig, am 1. bis 3. Oktober, jeweils von 11 bis 17 Uhr. Die Arbeitsgemeinschaft stellt ihre wertvollen Handarbeiten aus Ostpreußen aus. Sie wurden von Frauen gefertigt, die sich damit ein Zubrot für ihre Familien verdienen. Zum Kauf angeboten werden Accessoires für Wohnzimmer, Küche und Bad, die beliebten handgestrickten Socken und qualitativ hochwertige Damengarderobe sowie viele schöne Geschenkartikel, *Ulrike Madeya*

Honig aus Ostpreußen, Bärenfang, Kochbüchlein und vieles andere. Auch Dekorationsartikel können erworben werden. Der Erlös kommt einerseits den Frauen zugute, die die Arbeiten gefertigt haben, andererseits rund 80 bedürftigen Familien, die von der Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlich betreut werden. Mitausstellerin ist Katharina Kharytych aus Kiew, die mit ihren typischen Arbeiten aus der Ukraine die Ausstellung bereichert. Es gibt Kaffee und selbstgebackene Torten.

Tagung in Potsdam

Digitale Wege in der Erinnerungskultur – Geschichte in virtuellen Welten? Tagung mit Ausstellungseröffnung am 28. und 29. September im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam.

Das Interdisziplinäre Forschungslabor SPUR.lab diskutiert den Forschungsstand und eröffnet deutschlandweit die erste Best Practice-Ausstellung mit digitalen, interaktiven Prototypen zum Kennenlernen und Ausprobieren.

Anfang 2020 startete in Potsdam das interdisziplinäre Forschungslabor SPUR.lab (Site Specific Augmented Storytelling lab) als gemeinsames Projekt der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und der Filmuni-

versität Babelsberg Konrad Wolf unter der Trägerschaft der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH. SPUR.lab erforscht die narrativen Möglichkeiten von interaktiven digitalen Technologien in der Erinnerungskultur und entwickelt neue Erzählformen zum Thema nationalsozialistische Konzentrationslager in Brandenburg.

Im September lädt das SPUR.lab zu der Tagung „Digitale Wege in der Erinnerungskultur – Geschichte in virtuellen Welten?“ in das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte ein. Ausgehend von den Fragen „Wie erinnern wir uns in Zukunft? Wie bewahren wir Erinnerung und Mahnung für die nachfolgenden Generationen?“ werden auf der Tagung einzelne Forschungsthemen präsentiert und diskutiert sowie auch

Beispiele und Projektvorhaben zum Thema „Virtuelle volumetrische Zeitzeug:innen“ vorgestellt.

Im Rahmen der Tagung wird am 28. September um 11 Uhr eine Best Practice-Ausstellung mit ersten eigenen Prototypen des SPUR.lab als auch anderen Projekten der digitalen Erinnerungskultur eröffnet. Es ist deutschlandweit die erste Präsentation, die Anwendungen der digitalen Erinnerungskultur aus den Bereichen Augmented Reality / Apps / Gaming Apps / Virtual Reality / Volumetrische Zeitzeugen / Video und Sound versammelt und das Publikum zur Erkundung einlädt.

Anmeldung per E-Mail an: j.michel@filmuniversitaet.de, Informationen unter Internet: <https://gesellschaft-kultur-geschichte.de/spur-lab>

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Süßigkeiten am Ort der Niederkunft

Schlesische Nachbarn pilgern gemeinsam im Grenzgebiet

VON CHRIS W. WAGNER

Immer, wenn Dora Gebhardt ihre Heimat besucht, steht eine Pilgerfahrt nach Mariahilf in Zuckmantel [Zlaté Hory] im kleinen tschechischen Teil Schlesiens auf dem Programm. Die in Franken lebende Malerin ist in der Nähe Zuckmantels geboren, musste aber 1946 ihre Heimat Niklasdorf [Mikulovice] im Kreis Ziegenhals verlassen. Doch Verbindung mit dem – wie sie sagt – schönsten Teil Schlesiens, dem Zuckmantler Bergland, hat sie sich über die Jahre erhalten. Den Pilgerort Mariahilf kenne sie, seit sie denken kann: „Meine Großmutter aus Hermannstadt [Heřmanovice] erzählte immer, dass sie schon als Kind zu Fuß nach Mariahilf gelaufen sind und sich hier Leute angeschaut haben, weil hier immer etwas los war.“ Dora Gebhardt lacht und berichtet, dass sie selbst seit den 1990er Jahren regelmäßig herkomme. Selbst bei der Einweihung der heutigen Pilgerstätte 1995 war sie dabei.

Mariahilf wird Pilgerstätte

Doch die Geschichte des Pilgerorts ist viel älter, berichtet Markéta Kovačová. Sie gehört der Deutschen Minderheit in Hermannstadt an und war von 1999 bis zur Pensionierung Sekretärin des damaligen Paters Stanislav Lekavy (1930–2020). Er erzählte stets gerne die Entstehungslgende von Mariahilf: „Während des Dreißigjährigen Krieges, als die Leute in den Zuckmantler Wäldern Zuflucht fanden, hatte eine Mutter einen Sohn geboren. Sie gab ihm den Namen Martin. Und als Dank für ihren Sohn versprach sie der Jungfrau Maria, ein Bild für sie malen zu lassen.“

Laut Legende handelt es sich bei der jungen Mutter um die Schlachtertochter Anna Tannheiser, die 1674 hochschwanger auf dem Berg mit dem Namen Gottesgabe, im Schutze eines Felsens unter einer



Pflegt eine besondere Beziehung zu Mariahilf: Malerin Dora Gebhardt aus Hollfeld

Foto: Chris W. Wagner

großen Tanne niederkam. Anna Tannheiser konnte ihr Versprechen, als Dank ein Bild der Jungfrau Maria malen zu lassen, nicht erfüllen, erst ihre Enkelin hat das Gelübde eingelöst. Das Bild wurde an den Baum gehängt, unter dem das Kind geboren wurde. Und zu diesem Ort sollen bereits 1718 Gläubige gepilgert sein, sodass dort eine Holzkirche erbaut wurde. Anstelle des Holzkirchleins entstand ein gemauertes Gotteshaus, das am Festtag Mariä Geburt, am 8. September 1841, eingeweiht wurde. Die Berühmtheit dieses Pilgerortes wuchs, und noch vor dem Zweiten Weltkrieg sollen bis zu 100.000 Wallfahrer

im Jahr nach Zuckmantel-Mariahilf gepilgert sein.

Pilgerzahl nimmt deutlich ab

Zu diesen Wallfahrern gehörten auch die Eltern von Markéta Kovačová, die aus dem nur sechs Kilometer entfernten Ort zu Fuß nach Zuckmantel kamen. „Meine Mama wurde schon als Kind nach Mariahilf mitgenommen und freute sich jedes Mal darauf, weil es dort immer Süßigkeiten gab“, lacht sie. „Ich habe mir als Kind diesen Ort immer als etwas Tolles vorgestellt, denn als ich klein war, gab es Mariahilf nicht mehr“, so Kovačová. 1955 haben die tschechoslowakischen Kommunisten

diese Kirche schließen und 1973 abreißen lassen. Erst mit der politischen Wende konnten die Gläubigen in Zuckmantel wieder Hoffnung schöpfen, dass ihr Wallfahrtsort zu neuem Leben erweckt wird. Geholfen hat dabei Papst Johannes Paul II., der bei seinem Besuch in Mähren-Schlesien am 22. April 1989 den Grundstein für den Bau der neuen Mariahilf-Kirche in Zuckmantel legte.

Am 23. September 1995 war es dann soweit, die Einweihung konnte erfolgen. An der Eröffnungsmesse nahmen 12.000 Pilger aus Schlesien, Mähren, Böhmen und der Bundesrepublik teil. Darunter auch Dora Gebhardt, die den

Auftrag erhielt, ein Porträt von Johannes Paul II. zu malen.

Zu Hause in der Fränkischen Schweiz machte sie sich an die Arbeit; aber: „Es hat nicht so ganz geklappt, wie ich wollte. Entnervt sagte ich dann: ‚Karol, wenn du mir jetzt nicht hilfst, dann wird das nichts!‘ Und er hat geholfen, plötzlich hat es gefluppt. Auf diese Weise hat er Mariahilf zum wiederholten Mal unterstützt“, lacht sie. Und seit genau zehn Jahren hängt ihr Bild nun über den Reliquien des Papstes in dieser Pilgerkirche. „Es ist für mich eine große Ehre in diesem Wallfahrtsort ein Bild zu haben“, sagt sie stolz. Etwas betrübt ist Dora Gebhardt trotzdem, denn noch vor zehn Jahren versammelten sich 2300 Schlesier in Zuckmantel. Dieses Jahr waren es nur noch 750 Gläubige aus der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, die zur Wallfahrt kamen. Geschuldet sei dies auch der Coronazwangspause, sagt sie.

Deutsch als Katalysator

„Ich bin trotzdem glücklich, weil ich zu meinem kleinen zehnjährigen Jubiläum hier sein kann und auch wieder alte Bekannte treffe.“ Zu diesen gehören Markéta Kovačová und ihre Schwester Gabriela Kotasová, die froh sind, wieder Deutsch sprechen zu können. In ihrem heute tschechischen Hermannstadt gibt es nicht mehr viele Deutsche, die ihre Muttersprache bewahrt haben. „Wir haben Deutsch von unseren Eltern gelernt und beide an unsere Kinder weitergegeben. Sie sprechen heute besser Deutsch als wir und sind dankbar, weil sie dadurch gute Jobs in der Heimat fanden“, freut sich Kotasová. Die Hermannstädterinnen halten auch an der Familientradition fest und bringen ihren Kindern und Enkelkindern von der Wallfahrt Süßigkeiten mit.

MEMEL

Mit der „Singenden Revolution“ in die Freiheit

Die Stadtschreiberin in Memel erinnert an die Freiheitsbestrebungen in Litauen, Lettland und Estland am Ende der Sowjetunion

VON SONYA WINTERBERG

In diesen Tagen jährte sich zum 33. Mal ein Ereignis, das in der Geschichte der Sowjetunion und des Baltikums einmalig war. Am 23. August 1989, in Erinnerung an den fünfzigsten Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und des folgenreichen geheimen Zusatzprotokolls, bildeten bald zwei Millionen Esten, Letten und Litauer eine 600 Kilometer lange Menschenkette von Tallinn quer durch das Baltikum bis Wilna. Ziel war es, in ihrem Bestreben nach Freiheit und Selbstbestimmung ein Zeichen zu setzen. Das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, in dem das Deutsche Reich und die Sowjetunion die baltischen Staaten und Polen unter sich aufgeteilt hatten, zementierte Jahrzehnte großen Leids und den weitgehenden Verlust der eigenen Identität und Kultur für die Balten. Dabei hatten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs große Teile des Baltikums zum Russischen Zarenreich gehört. Zwischen 1914 und 1918 wurde das gesamte Gebiet schrittweise von deutschen Truppen besetzt. Die daraus folgende Trennung von Russland sowie der deutsche Rückzug nach dem verlorenen Krieg bereiteten den Weg in die Unabhängigkeit

der drei baltischen Länder. Estland und Litauen erklärten im Februar 1918 die staatliche Souveränität, Lettland im November des gleichen Jahres.

In der Zwischenkriegszeit blieben die drei Staaten unabhängig und gaben sich moderne Verfassungen. In Folge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages 1939 wurden „sozialistische Revolutionen“ inszeniert, die nach Ansicht der Sowjetunion den Ausschlag gaben, dass Estland, Lettland und Litauen als sozialistische Sowjetrepubliken der UdSSR beitraten. Bis heute ist Russland mit dieser Auffassung alleine. Die baltischen Länder wie ihre Verbündeten bezeichnen den „Beitritt“ bis heute als Annexion. Was vor Kurzem noch wie reine Wortklauberei erschien, wurde in Zeiten des Ukrainekrieges zu einem kleinen, aber feinen Unterschied, wenn Russland heute erneut versucht, die Unabhängigkeit der baltischen Länder in Zweifel zu ziehen.

Chorfest führt zur Unabhängigkeit

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs setzte sich die Sowjetisierung des Baltikums fort und wurde von drakonischen Strafmaßnahmen begleitet: Hunderttausende wurden bis in die 1950er Jahre nach Sibirien verschleppt, um den Widerstand gegen die Sowjetherrschaft zu brechen. Neben

den Deportationen wurden gezielt russischstämmige Industriearbeiter in den drei baltischen Sowjetrepubliken angesiedelt. Bis 1957 durften darüber hinaus die jeweiligen Landessprachen nicht an den Schulen unterrichtet werden.

Nachdem im Sommer 1988 Hunderttausende Sänger zu einem Chorfest nach Tallinn gekommen waren, um den ungebrochenen Freiheitswillen ihrer Länder zu bezeugen, war die baltische Unabhängigkeitsbewegung geboren. Das friedliche Singen ihrer Volkslieder gab den Balten ein neues Nationalbewusstsein und ihrer Bewegung schließlich den Beinamen die „Singende Revolution“. Das historische Datum des 23. Augusts hatte für Esten, Letten und Litauer eine gemeinsame Bedeutung. So waren ihre Länder die einzigen in Europa, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre zuvor vorhandene staatliche Eigenständigkeit durch die sowjetische Besetzung nicht wiedererlangt hatten. An diesem Tag 1989 wurde mit der Menschenkette „Der Baltische Weg“ Wirklichkeit.

Litauen war die erste Sowjetrepublik, die sich im Frühjahr 1990 für unabhängig erklärte. Um dies rückgängig zu machen, ließ der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow am 13. Januar 1991 mit Spezialeinheiten Wilna überfallen. Dabei hatte er jedoch den unbedingten Freiheits-

willen der Litauer unterschätzt. 14 Menschen kamen damals ums Leben, mindestens 700 Menschen wurden verletzt – zum Teil schwer. Bevor fast alle Telefonleitungen ins Ausland gekappt wurden, übermittelte Parlamentspräsident Vytautas Landsbergis französischen Journalisten einen verzweifelten Hilferuf: „Das ist ein regelrechter Krieg, die Sowjetunion gegen Litauen. Sie schießen auf unser Volk. Wir können keinen wirklichen Widerstand leisten, wir haben nur zwanzig Gewehre. Das ist alles. Die Sowjets haben hunderte Panzer und Tausende Fallschirmjäger.“

Die internationale Anerkennung erfolgte schließlich im Sommer 1991 – freilich nicht sofort von sowjetischer Seite.

Doch am Ende siegte das litauische Volk. Rita Süßmuth erinnert sich im Vorwort des Buches „Wir sind die Wolfskinder – Verlassen in Ostpreußen“ an den großen Druck, der auf den Bundestagsabgeordneten in jenen Tagen lastete. „Dass ich dennoch Anfang September 1991 als erster hochrangiger Politiker nach Litauen flog, um Gespräche mit der von der Sowjetunion nicht anerkannten Regierung zu führen, stieß auf wenig Gegenliebe. Wir sollten nicht nach Litauen fahren, waren aber dennoch da. Die Eindrücke waren bedrohlich und haben sich mir tief eingepägt. Rund um das Parlament in Vilnius

waren noch die Barrikaden aus Sandsäcken zu sehen, die das Gebäude schützen sollten, um den Angriff sowjetischer Truppen zu widerstehen.“ Und weiter: „Ich nahm damals unbürokratisch und ohne protokollarische Abstimmung mit Bonn einen schwer verletzten litauischen Soldaten mit zurück nach Hamburg, dem die dringend notwendige medizinische Hilfe sonst verwehrt geblieben wäre. Im Bundeswehrkrankenhaus wurde er sechs Monate behandelt und konnte danach wieder gesund in seine Heimat zurückkehren.“

Wer in diesem Jahr in Litauen zu tun hat, kommt nicht umhin, die enorme Hilfsbereitschaft gegenüber der Ukraine wahrzunehmen. Das Mitgefühl ist groß, die Erinnerung an 1991 noch frisch – ebenso wie das Wissen darum, dass Freiheit einen Preis hat. Die deutsche Botschaft in Litauen schreibt aus gegebenem Anlass dieses Tages auf ihrer Facebook-Seite: „Der Baltische Weg ist auch heute noch ein leuchtendes Beispiel für Einigkeit, für ein gemeinsames Ziel: FREIHEIT, bei der Unterstützung der Ukraine im Kampf um Freiheit.“

● **Sonya Winterberg** ist seit Mai 2022 Stadtschreiberin in Memel. Das Stadtschreiber-Stipendium wird jedes Jahr vom Deutschen Kulturforum östliches Europa vergeben.

KOSTBARKEIT IN HINTERPOMMERN

Ein silberner Kirchenschatz

Elisabeth, die letzte Herzogin von Pommern, holte den Silberaltar nach Rügenwalde

VON MARTIN STOLZENU

In Rügenwalde [Darłowo], das heute zur polnischen Woiwodschaft Westpommern gehört, blieben über alle Zeitenwechsel zwei Gebäude erhalten, die eng mit der Geschichte Pommerns verbunden sind. Das sind das ehemalige Schloss der Herzöge von Pommern und die Marienkirche. Hier fand auch Elisabeth von Schleswig-Holstein-Sonderburg, die als letzte Herzogin von Pommern überliefert ist, ihre letzte Ruhe.

Sie war in dreifacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens durch ihre Heirat mit dem pommerschen Herzog Bogislaw XIV. Zweitens war ihre kinderlose Ehe mit dem Greifen der Grund für das Erlöschen des Fürstenhauses und die damit verbundene Übernahme durch Kurbrandenburg. Allerdings sorgte sie drittens für die Überführung des berühmten Rügenwalder Silberaltars von Augsburg nach Rügenwalde, der heute nach turbulenter Geschichte in seinem erhaltenen Restbestand wieder besichtigt werden kann.

Während Elisabeth als letzte Herzogin von Pommern weitgehend vergessen ist, ziehen heutzutage das ehemalige Greifenschloss, die Marienkirche und der Rügenwalder Silberaltar viele Besucher aus nah und fern an.

Schleswig-Holstein und Pommern

Die letzte Herzogin von Pommern wurde am 24. September 1580 als Elisabeth von Schleswig-Holstein-Sonderburg geboren. Sie war eine Tochter von Herzog Johann von Schleswig-Holstein-Sonderburg aus dessen erster Ehe mit Elisabeth von Braunschweig-Grubenhagen und hatte mehrere Geschwister, die alle eine standesgemäße Erziehung erhielten. Bei den Prinzessinnen standen die Religion und die Vorbereitung auf eine Heirat mit einem regierenden Fürstenhaus im Mittelpunkt.

Doch während ihre Schwestern bald unter der Haube und die Prinzessinnen Anna und Sophia mit Bogislaw III. von Pommern sowie Philipp II. von Pommern verheiratet worden waren, fand sich für Prinzessin Elisabeth lange Zeit kein Bewerber. Sie war schon 35 Jahre alt, als sich Bogislaw XIV. von Pommern um sie bemühte und damit die engen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und Pommern weiter

ausbaute. 1615 fand die Hochzeit statt. Die nunmehrige Herzogin Elisabeth lebte fortan in der Residenz in Stettin, ergänzte sich mit ihrem Mann im Kunstsinne und wollte ihm einen Thronerben schenken.

Von Augsburg nach Rügenwalde

Doch die Jahre vergingen ohne Kindersegen. Der Dreißigjährige Krieg breitete sich aus. Dazu gab es in der Fürstenfamilie der Greifen mehrere Todesfälle. Die männliche Verwandtschaft des Herzogs Bogislaw XIV. verstarb. Es gab für ihn keinen männlichen Thronerben aus der Familie.

Damit drohte das Ende der Dynastie und die Übernahme durch Kurbrandenburg per Erbverbrüderungsvertrag. Das sorgte für Spannung in der Fürstenfamilie, zu der in Stettin inzwischen auch die Herzogin von Croy gehörte, die Schwester von Herzog Bogislaw XIV., die nach dem Tod ihres Mannes und Differenzen mit dessen Familie nach Pommern zurückgekehrt war.

Dann kam das befürchtete Ende. 1637 starb Herzog Bogislaw XIV. ohne Thronfolger. Der Erbverbrüderungsvertrag mit Kurbrandenburg trat in Kraft. Herzoginwitwe Elisabeth erhielt das Schloss in Rügenwalde als Wittwensitz. Für ihre Versorgung hatte seinerzeit die Stadt Rügenwalde zu sorgen.

Der Schlossbau geht auf Herzog Bogislaw V. im 14. Jahrhundert zurück, diente im 15. Jahrhundert Erich I., der als Pommernherzog und König von Dänemark, Schweden und Norwegen in die Geschichte einging, als letzte Residenz und wurde ab 1637 zum Refugium für Herzogin Elisabeth. Von hier regelte sie in Abstimmung mit der Herzogin von Croy, ihrer Schwägerin, die Erbschaftsangelegenheiten. Dazu gehörte auch die Überführung und Aufstellung des berühmten Rügenwalder Silberaltars.

Reste wurden restauriert

Diese Kostbarkeit war noch von Herzog Philipp II. von Pommern vor dessen Tod 1618 bei einem Augsburger Künstler in Auftrag gegeben worden. Der Altar enthält in Silber getriebene Flachreliefs mit Darstellungen aus dem Neuen Testament. Herzoginwitwe Elisabeth sorgte für die Überführung und Aufstellung in der Rügenwalder Marienkirche.

Der Sakralbau, eine dreischiffige Basilika aus Ziegeln im Stil der Spätgotik mit



Der Silberaltar, wie er sich heute im Museum in Stolp präsentiert: Viele Silberaltartafeln fehlen. Eine Leihgabe des Nationalmuseums in Warschau Foto: Jürgen Lux, 2022

einem 60 Meter hohen Westturm, wurde im 14. Jahrhundert errichtet und beherbergte nun außer der Fürstengruft mit

dem Sarkophag von König Erich I. und Ölgemälden mit der Darstellung von Martin Luther und Philipp Melanchthon, die Lu-

cas Cranach d. Ä. geschaffen hatte, auch den Silberaltar als besondere Kostbarkeit. Als Stifterin des Rügenwalder Silberaltars ging Herzogin Elisabeth in die Kunstgeschichte ein.

Sie lebte ihre letzten Jahre zurückgezogen im Schloss von Rügenwalde, starb am 21. Dezember 1653 in ihrem Refugium, wurde 73 Jahre alt und fand zunächst in der Rügenwalder Schlosskirche ihre letzte Ruhe, ehe später ihr Sarkophag neben dem von Erich I. in der Marienkirche beigesetzt wurde.

Ein Zeitzeuge berichtet

Der Silberaltar blieb bis 1944 in der Rügenwalder Marienkirche, wurde dann in einem Tresor in Schlawa aufbewahrt und galt später lange Zeit als verschollen. Erst nach Mitte der 1950er Jahre wurden acht Reliefs im Osten Polens wiederentdeckt. Der erhaltene Rest wurde restauriert, gehört inzwischen zum Bestand des Museums in Stolp, das sich seit 1965 im wiederaufgebauten Schloss der pommerschen Herzöge befindet. Zeitweilig wurde er auch in Rügenwalde ausgestellt.

Der Rügenwalder Silberaltar wurde von Karl Rosenow zu Kriegsende nach Schlawa ausgelagert. Er kam in den unterirdischen Tresor der dortigen Bank (in 24 Kisten). Von dort wurde er von den Russen entwendet. In den 1950er Jahren tauchten acht Tafeln in der Nähe von Lublin auf, wurden auf einem Feld gefunden. Der Rest ist verschollen.

Die acht Tafeln befinden sich seither im Mittelpommerschen Museum in Stolp, zusammen mit dem schwarzen Rahmen aus Ebenholz. 2019 wurde der Altar in Rügenwalde im Muzeum Darłowo, im Greifenschloss Rügenwalde, ausgestellt und kam dann zurück nach Stolp. Das Ministerium in Warschau möchte nicht, dass die Exponate wieder nach Rügenwalde zurückkommen.

● Im Museum in Stolp [Słupsk], dem Schloss der pommerschen Herzöge, befinden sich folgende Ausstellungen: Schätze der pommerschen Herzöge, hier befindet sich der Silberaltar; Aus der Vergangenheit von Stolp; Alte pommersche Kunst vom 14. bis 18. Jahrhundert; Gemeinsam zu Tisch – Besteck und kulinarisches Zubehör vom 17. bis zum 21. Jahrhundert. www.muzeum.slupsk.pl

STETTIN

Archäologische Sensation

Kirche aus dem 13. Jahrhundert entdeckt

Die archäologischen Arbeiten auf dem Neuen Markt haben vor über zwei Wochen begonnen und die Forscher, die sie durchführen, sprechen bereits von einer Sensation. Sie nahmen an, dass sie unter den Pflastersteinen die Überreste einer Kirche aus dem 14. Jahrhundert entdecken würden, fanden aber die Überreste eines fast ein Jahrhundert älteren Gotteshauses, das aus der Zeit stammt, als Stettin die Stadtrechte erhielt. Unter dem Boden war ein Teil der Mauer mit dünnen Säulen verborgen, die den Pfeiler, der das Gewölbe stützte, schmückten. Sie stehen auf Sockeln aus glasierten Ziegeln und sind mit charakteristischen Blattmotiven verziert. Es weist eindeutig darauf hin, dass es spätestens um die Mitte des 13. Jahrhunderts entstanden ist – erklärt Michal Dębowski, Denkmalpfleger der Stadt Stettin. *Żegluga Szczecińska*



Am Neuen Markt in Stettin: Man glaubte, eine Kirche aus dem 14. Jahrhundert zu entdecken, doch freigelegt wurde Mauerwerk aus dem 13. Jahrhundert

ZUKUNFT

Wasserstoffregion Stralsund-Rügen

Auftakt HyExpert Rügen-Stralsund im Stralsunder Rathaus

Bereits im September 2021 wurde die Region Rügen-Stralsund als eine von bundesweit 15 Regionen vom Bundesministerium für Verkehr und Digitalisierung als Wasserstoffregion ausgewählt. Mit der Ernennung zur HyExpert-Wasserstoffregion ist eine Förderung bis zu 400.000 Euro verbunden. Nach der formellen Antragstellung durch die Hansestadt Stralsund stellvertretend für die Region, der Überreichung des Fördermittelbescheides durch den Bundesminister für Digitales und Verkehr, Volker Wissing, im Mai und der Durchführung des Vergabeverfahrens wurden die Unternehmen cruh21 aus Hamburg und DNV aus Leipzig als Bietergemeinschaft im Juli mit der Erstellung eines regionalen Wasserstoffkonzeptes für die Region beauftragt. Der offizielle Projektstart findet am 29. September von 11 bis 14 Uhr im Löwenschen Saal des

Stralsunder Rathauses als öffentliche Auftaktveranstaltung statt. Im Anschluss tauschen sich die anwesenden Vertreter der Unternehmen, Institutionen und Politik in themenspezifischen Arbeitsgruppen über die Möglichkeiten der regionalen Wasserstoffherzeugung und -nutzung aus.

● Informationen zum Projekt sind beim Klimaschutzbeauftragten der Hansestadt Stralsund, Stephan Latzko, per E-Mail unter slatzko@stralsund.de zu bekommen. www.stralsund.de



Visualisierung der Vision für die HyExperts Region Rügen – Stralsund für das Jahr 2030

„Schlicht und einfach unvernünftig“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die PAZ wächst im Angesicht des allgemeinen Wahnsinns regelrecht über sich hinaus!“

Jens Pauly, Düsseldorf



Ausgabe Nr. 36

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

POLEN HAT GUT PROFITIERT ZU: WARSCHAU SPIELT MIT DEM FEUER (NR. 36)

In dem Artikel stellt der Autor in sehr verdienstvoller Weise den materiellen Wert der Polen im Jahr 1945 vorläufig und dann 1990 im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verträge endgültig zugesprochenen ehemaligen deutschen Staatsgebiete in den Grenzen von 1937 dar. In diesem Zusammenhang weist er auf die sogenannte Westverschiebung Polens hin.

Mit den deutschen Ostgebieten erwarb Polen ein hochwertiges, fruchtbares, voll erschlossenes Land mit bedeutenden Bodenschätzen. Demgegenüber hatte Polen in seinem Osten durch den Hitler-Stalin-Pakt 1939 ein konfliktträchtiges, da mit großen weißrussischen, ukrainischen und litauischen Volksgruppen besiedeltes und in weiten Flächen sumpfiges, wenig erschlossenes Land verloren – ein Gebiet, das es sich unter Missachtung der Grenzbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg (Curzon-Linie vom 8. Dezember 1919) durch Eroberungskriege gegen Sowjetrussland und Litauen 1919 bis 1921 einverleibt hatte (Friedensvertrag von Riga vom 18. März 1921).

Die Verlagerung des polnischen Staatsgebiets nach Westen ist von überragender Bedeutung. Mit der neuen Westgrenze an Oder und Neiße wurde das polnische Staatsgebiet um zirka 250 Kilometer nach Westen verschoben. Polen liegt nun nicht mehr in Osteuropa, sondern in Mitteleuropa.

Polen hat nun – vielleicht zum ersten Mal in seiner Geschichte – ein Staatsgebiet mit allseits anerkannten unbestrittenen Grenzen und ein homogenes Staatsvolk ohne große ethnische Minderheiten.

Für Polen ist diese neue Mittellage ein unschätzbarer, nicht mit Geld aufzuwiegender geopolitischer, militärstrategischer und ökonomischer Wert. Den Preis für den enormen Vorteil der Mittellage Polens hat Deutschland mit dem Verlust seiner Ostgebiete und der Vertreibung von zirka zehn Millionen und dem Tod von etwa 1,5 Millionen seiner dort ansäs-

sigen Staatsbürger bezahlt. Der Vorteil dieser Mittellage ist gerade in der aktuellen Situation des russischen Ukraine-Kriegs offensichtlich: Polen ist im Norden, Westen und Süden von NATO-Verbündeten umgeben; im Osten grenzt es an Belarus und an die Ukraine. Damit besitzt Polen gegen Russland eine strategische Pufferzone von 600 Kilometern Tiefe.

Wie wäre wohl die Stimmung in Polen, wäre es nicht von guten Verbündeten umgeben und hätte es neben der kurzen Grenze zum nördlichen Ostpreußen („Oblast Kaliningrad“, Königsberger Gebiet) noch eine unmittelbare lange Ostgrenze zu Russland?

Die polnischen Reparationsforderungen gegen Deutschland sind schlicht und einfach unvernünftig.

Rudolf Junger, Mannheim

POLNISCHE INTERESSEN ZU: WARSCHAU SPIELT MIT DEM FEUER (NR. 36)

Der Autor behauptet gleich in der Überschrift seines Artikels, die polnischen Entschädigungsforderungen an Deutschland hätten keine Aussicht auf Erfolg. Dass irgendeine Regierung in dieser Welt – ausgenommen die deutsche – etwas ohne Aussicht auf Erfolg unternimmt, halte ich für ausgeschlossen.

So wie Henry Kissinger einst für die USA konstatierte, Amerika hätte keine dauerhaften Freunde oder Feinde, nur Interessen, so hat auch Polen Interessen. In erster Linie gegenüber Deutschland. Und es setzt diese durch. Ob Schuldenerlass, Zwangsarbeiterentschädigung, Wirtschaftshilfe oder die Ersatzlieferung von High-Tech-Panzern im Ringtausch gegen die Lieferung veralteter Sowjetpanzer an die Ukraine (glaubt irgendjemand an deren Bezahlung?). Selbst Gas wurde trotz eigener Nöte bis zuletzt von Deutschland an Polen zurückgeleitet, sodass die polnischen Speicher aktuell voller sind als die deutschen.

Ich wage einen Blick in die Zukunft: Die EU wird ihre Zahlungen an Polen er-

höhen und Deutschland wird seine Zahlungen an die EU aufstocken.

Wilhelm Kreuer, Unkel

DEM KLIMAWANDEL ANPASSEN ZU: „ES GIBT KEINEN KLIMANOTSTAND“ (NR. 35)

Es war eine erfreuliche Nachricht, dass sich endlich eine stattliche Anzahl von Wissenschaftlern aufrafft, gegen die Klimahysterie anzugehen. Es ist ja längst erwiesen, dass die Temperaturkurve der Erdatmosphäre von Sonnenenergie und Meeresströmungen gesteuert wird. Den meisten Klimaaktivisten dürfte unbekannt sein, dass 96 Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen aus der Natur stammen (über 500 tätige und über 2000 ruhende, aber oft noch Gase wie CO₂ ausstoßende Vulkane, riesige wochenlange Waldbrände auf allen Kontinenten, Erwärmung des Oberflächenwassers der Ozeane im Frühjahr beziehungsweise auf der Südhalbkugel im Herbst, verrottendes organisches Material in den Urwäldern) und ganze vier Prozent vom Menschen.

Hoffentlich setzt sich die Vernunft allmählich durch, dass nicht sinnlose kostspielige Bekämpfung, sondern Anpassung an den Klimawandel der richtige Weg ist.

Prof. Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

REINE SPINNEREI DER GRÜNEN ZU: HABECKS PROBLEM IST GRÖßER ALS „HANDWERKLICHE FEHLER“ (NR. 35)

Durch die Verbannung von russischem Gas und Öl wird die Industrie lahmgelegt, siehe Stickstoffwerke Piesteritz oder die Raffinerie in Schwedt. Ich finde, die Politik der Ampel ist gemeingefährlich. Dass die Erneuerbaren Energien in Bälde zu 100 Prozent die Energieversorgung übernehmen können, wie die Grünen behaupten, ist reine Spinnerei. Es ist auch verückt, den Stromverbrauch durch Elektroautos oder Wasserstoffgewinnung

steigern zu wollen. Soll denn Windrad an Windrad stehen? Die nehmen sich gegenseitig den Wind weg. Muss Deutschland denn erst zugrunde gegangen sein, bis wir diese Politiker loswerden?

Gerhard Wagner, Ratingen

AUF SAND GEBAUT ZU: BEDINGUNGEN AUS POLEN (NR. 33)

Der Inhalt der Meldung lässt erkennen, auf welchen Paradigmen die polnische Position, das politische Denken nach 1945, nach der Vertreibung der Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat, nach dem Genozid an ihnen, nach dem zweiten Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts beruht.

Erstens: Die besiegten Deutschen seien „ohne alle Rechte, ohne alle Ansprüche, ohne völkerrechtliche Grundausstattung“ – ohne wie das allen Völkern durch die UNO 1945 verbrieft Selbstbestimmungsrecht – nach der „Theorie über die Unterwerfung Deutschlands 1945“ des früheren polnischen Außenministers Krzysztof Skubiszewski.

Zweitens: Der deutsche Boden war 1945 herrenlos, deshalb „wird er Eigentum dessen, der es zuerst mit Aneignungswillen besetzt“. (Der Boden, das Land war nicht herrenlos, sondern seit 700 bis 800 Jahren im Besitz des deutschen Volkes); das ist die „physizistisch-materielle Begründung“ eines Menschheitsverbrechens, das keine ethische Verantwortung gegenüber dem Menschen und seiner Geschichte mehr kennt.

Die polnische Position, diese „Bedingungen aus Polen“ im Hinblick auf das ungelöste Problem des zweiten Menschheitsverbrechens gegenüber dem deutschen Volk lassen erkennen, wie unsicher die Polen sind und wie ihre historische Existenz auf Sand gebaut ist. Polen hat Angst vor einem Deutschland, das vor dem Krieg in gleicher Weise gedemütigt worden ist. Damals waren Frankreich und England die „Freunde“ Polens, heute sind es die USA. Klaus Fleischmann, Kaarst

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

WEST PIER

Ein „schmutziges Wochenende“ am Meer

Die ausgebrannte Seebrücke von Brighton – Der vor 60 Jahren gestorbene Autor Patrick Hamilton setzte ihr ein literarisches Denkmal

VON BETTINA MÜLLER

Still und einsam ruht das schwarze Stahl-Skelett im Wasser. Der Steg des „Piers“, wie so eine Seebrücke in der englischen Sprache heißt, existiert nicht mehr, die Verbindung zum Festland ist somit unwiderruflich gekappt.

Bis heute konnte der „West Pier“ von Brighton nicht mehr aufgebaut werden und vegetiert seitdem traurig vor sich hin. Zwei mutwillig gelegte Brände und mehrere Sturmfluten zerstörten Anfang der 2000er Jahre endgültig das wohl bedeutendste Wahrzeichen der südlich von London am Ärmelkanal gelegenen Stadt, das der Architekt Eugenius Birch entworfen hatte und das 1866 nach drei Jahren Bauzeit für die staunenden Besucher freigegeben worden war.

In gewisser Weise war das auch symbolhaft für den (moralischen) Verfall des einstigen Seebads, in dem im Jahr 1823 König George IV. den opulenten „Royal Pavillon“ hatte bauen lassen, ein Meisterwerk der englischen Exzentrik im damals populären orientalischen Stil. Denn dieser George hatte es faustdick hinter den royalen Ohren, er brachte nicht nur seinen Hofstaat mit ans Meer, sondern auch seine ständig wechselnden Geliebten.

Das „dirty weekend“, das „schmutzige Wochenende“ war geboren, das in den englischen Sprachgebrauch einging. Und sie folgten ihm: die Aristokraten, die Reichen und die Schönen, verlustierten sich in Brighton und Jahre später dann natürlich auch auf dem „West Pier“.

Wenn diese Seebrücke überfüllt war, ließ sie die ungezählten Menschen zu einer homogenen Masse werden, welche die Klassenunterschiede verdrängte, und erst wenn man wieder festen Boden unter den Füßen hatte, wurden sie sichtbar. Menschen mit reich gefüllter Brieftasche schlürften Cocktails im altherwürdigen Hotel Metropole, die anderen strömten in die Pubs und huldigten dem übermäßigen Biergenuss.

Der „Pier“ war Verlockung, Verheißung zugleich, und nahm man ihn in der Ferne wahr, wurde ganz automatisch auch



Einst ein „Traumsteg ins Meer“. Die Ruine des West Piers an der Kanalküste von Brighton

Foto: imago images/agefotostock

der Vergnügensmodus eingeschaltet. Das lockte auch Schriftsteller an.

So spielt der „West Pier“ in einigen Romanen des vor 60 Jahren gestorbenen Patrick Hamilton eine zentrale Rolle, vor allem in seinem gleichnamigen Werk, dem ersten Teil einer Trilogie über den sinistren Ernest Ralph Gorse, einen gefühlkalten Psychopathen, der darauf aus ist, zum persönlichen Nutzen seine Umwelt zu manipulieren. Seine Opfer lernt er auf dem Pier kennen.

Das Planieren auf dem „West Pier“ gehörte für den Urlauber zwingend zu den Höhepunkten von Brighton. Und auch für Hamilton war der „Pier“ ausschließlich vom Ritual des „getting off“ geprägt, was man in etwa mit „die Anbahnung von

Kontakten zwischen den Geschlechtern“ übersetzen könnte.

Diese Sichtweise entsprach in Teilen sicherlich der Realität, war aber in gewisser Weise auch den Traumata einer schweren Kindheit des 1904 in Hassocks bei Brighton geborenen Hamilton geschuldet, dessen Vater ein unzugänglicher Despot, Weiberheld und Alkoholiker gewesen sein soll. Hamilton konnte nicht anders, sein Brighton leuchtete nicht wie im Werbespektakel auf Hochglanzpapier, sondern enthielt auch zutiefst menschliche Abgründe.

Schonungslos demontierte er seine Protagonisten, bis sie fast satirische Züge annahmen, persiflierte den ewigen Lauf der Dinge am „West Pier“, der für ihn eher

ein Symbol des Lasters und der Lügen war. Und er zerstörte eben auch ganz bewusst den für Brighton ganz zentralen Mythos der Seebrücke, denn sein Bild davon war eben konsequent negativ besetzt.

Ein hedonistisches Vergnügen

Der Roman, der in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg angesiedelt ist, war dann auch für den Schriftsteller Graham Greene „der beste Roman, der je über Brighton geschrieben wurde“. Bekannt aber wurde Hamilton zuvor mit zwei Theaterstücken: „Gaslicht“, das als „Das Haus der Lady Alquist“ mit Ingrid Bergman verfilmt wurde, und „Party für eine Leiche“, aus dem Alfred Hitchcock seinen Filmklassiker „Cocktail für eine Leiche“ schuf.

Hamilton war in Hove aufgewachsen, das sich vielleicht immer ein wenig für etwas Besseres hielt. Gediegene viktorianische Bauten, die in hellstem Weiß jungfräulich strahlen, zeugen noch heute vom Reichtum des einst eigenständigen Stadtteils von Brighton, während in der Ferne eine Diskokugel grell leuchtet, heiße Rhythmen ertönen und über allem wie eine apokalyptische Vision die Ruine des „West Piers“ mahndend lodert.

Dessen Betrieb wurde bereits 1975 eingestellt, weil man den Koloss nicht mehr rentabel finanzieren konnte. Von der Zäsur durch den Zweiten Weltkrieg hat er sich nie wieder erholt, und schließlich rüstete die Stadt das mittlerweile nur noch geldfressende „Schlachtschiff“ sukzessive ab, bis man ihm seine Seele nahm.

Von der einstigen Pracht und den Urlauberscharen der vergangenen Glanzzeit – 600.000 Besucher allein im Jahr 1875 – war schließlich am Anfang der 1970er Jahre nur noch eine Teestube und eine kleine billige Kirmes übrig geblieben. Da war Hamilton schon lange tot. Am 23. September 1962 starb er vorzeitig an den Folgen seiner schweren Alkoholsucht in Sheringham in der Grafschaft Norfolk.

In seinem Roman „West Pier“, den der Schriftsteller 1952 veröffentlichte, lebt der „Traumsteg ins Meer“ zumindest literarisch weiter. Und für vergnügungssüchtige Londoner, mental sozusagen ein wenig die Nachfahren von George IV., ist Brighton auch heute noch eine ewige Partyeile, ein hedonistisches Vergnügen, das dem völligen Überfluss geschuldet ist. Immer ist alles ein wenig „too much“, zu viel, bis der Wecker klingelt und das lange und „schmutzige Wochenende“ vorbei ist, der Rausch aber noch nicht so ganz, den die „Party People“ manchmal vielleicht sogar am Strand ausschlafen. Das ist in Brighton jedoch eine eher ungemütliche Sache, weil er zumeist aus Kieselsteinen besteht.

An den zerstörten „West Pier“, wo die Lichter schon lange erloschen sind, haben sich die Bewohner mittlerweile gewöhnt. Irgendwie mag man sich noch nicht ganz von ihm trennen, bis das Meer ihn eines Tages ganz verschlingen wird.

SCHLAGERMUSIKER

Unvergessene Silvester-Partys

Erfolg mit „Zucker im Kaffee“ – Am 24. September wäre der aus dem Sudetenland stammende Sänger Erik Silvester 80 geworden

Er hatte schon 1971 einen „Skandal um Rosi“ besungen, zehn Jahre bevor die Münchener Musikgruppe Spider Murphy Gang ihren Hit „Skandal im Sperrbezirk“ herausbrachte. Inhaltlich sind es zwei völlig verschiedene Lieder. Den 1971er Schlager sang Erik Silvester, der vor 80 Jahren geboren wurde. Als Erik Herschmann kam er am 24. September 1942 in Briesen [Břežanky] im damaligen Landkreis Bilin im Sudetenland zur Welt.

Auf der Bühne zu stehen war wohl immer sein Wunsch. Daher absolvierte er eine dreijährige Schauspielausbildung. Bereits damals – im Jahr 1960 – nahm er die erste Single auf. Doch weder die A-Seite „Karina-Lu“ noch die B-Seite „Schön ist's, verliebt zu sein“ schafften den Sprung in die Charts. Ebenso nahm er – allerdings noch ohne Erfolg – am zum zweiten Mal durchgeführten Deutschen Schlagerfestival teil.

Daher vertiefte Erik Herschmann seine Musikkenntnisse mit einem Studium der Harmonie- und Kompositionslehre,

auch um mit eigenen Werken als Komponist, Texter und Produzent tätig zu werden. Instrumental war er sowieso topp – er spielte Gitarre, Bass, Klavier, Schlagzeug und Saxophon.

Einen neuen Anlauf nahm er – nun mit dem Künstlernamen Erik Silvester – im Jahr 1966. Bei Polydor spielte er die Titel „Weine nicht“ und „Verzeih“ sowie (erschienen im November) „Das kann nicht wahr sein“ mit „Das ist längst vorbei“ ein. Beim letztgenannten Lied war er auch Autor. Doch auch diese Singles zogen nicht.

Dieter Thomas Hecks Premierengast

Langsam aufwärts ging es nach dem Wechsel zu Electrola. Die im Sommer 1967 veröffentlichte Single „Dann fiel die Tür zu“ (B-Seite „Ich will – ich will“) erreichte im September Platz 26 in den deutschen Charts und Silvester größere Bekanntheit. Mit dem Rock-'n'-Roll-Lied „Susanna“ kletterte er am 15. Juli 1968 sogar auf Platz 17. Und mit „Oh la la, sie hat rotes Haar“ (15. Dezember 1968 – Platz

39) war er am 18. Januar 1969 Teil der deutschen TV-Geschichte. Damals wurde erstmals die ZDF-„Hitparade“ mit Dieter Thomas Heck ausgestrahlt – und Silvester war mit eben diesem Titel dabei.

Das erfolgreichste Jahr war 1969. „Ich seh' die Mädchen gern vorübergehen“



Silvesters größter Hit aus dem Jahr 1969: Plattencover von „Zucker im Kaffee“

kam im Juni auf Platz 16. Am 15. Oktober 1969 stieg er erneut in die Charts ein und blieb dort 22 Wochen lang mit dem größten Erfolg seiner Karriere: „Zucker im Kaffee“. Das Lied landete auf Platz 14 in den deutschen Charts und war zehn Wochen sogar auf Platz 1 in der brasilianischen Hitparade. Der Erfolg in Brasilien rührte daher, dass der Titel der deutsche Beitrag zum 4. Internationalen Schlagerfestival von Rio de Janeiro war.

In Radio-Hitparaden kletterte der ruhigere 1970er-Titel „Bleib nicht einsam heut Nacht“ an die Spitze. Die Komposition stammte von ihm, den Text schrieb Kollege Michael Holm. Die deutschen Charts notierten Platz 30, ebenso für den Nachfolger, den „Skandal um Rosi“. Danach bewegten sich die Platzierungen in den deutschen Charts in den 30er und 40er Rängen. Der letzte Top-Hit mit Platz 11 am 9. Februar 1976 war „Wenn die Trommel ruft“. Die letzten Platten waren 1997 die CD „Ein Koffer voller Träume“ und die von Silvester selbst geschriebene

„Te quiero, ich liebe dich“ und „Komm, tanz mit mir“ auf einem kleinen österreichischen Label.

In den 1980er und 1990er Jahren verlegte sich Silvester stärker aufs Komponieren und Produzieren für andere Sänger. Schon 1971 erschien der von ihm für Trompete komponierte „Lonesome Trumpet Blues“. Ausgerechnet dies wurde sein größter Hitparadenerfolg und landete sogar in Australien auf Platz 1. In der Ölkrise 1973 schrieb er für den aus Bünibingen im Saarland stammenden Eddy März den Titel „Es ist kein Benzin mehr da“.

Ein komplizierter Sprunggelenkbruch nach einem Auftritt, der ihn 2005 fast ein Jahr außer Gefecht setzte, führte zum Rückzug aus dem Musikgeschäft. Zwei Monate nach seinem 66. Geburtstag starb Silvester am 23. November 2008 nach kurzer Krankheit an Herzversagen. Seine Werke wurden über 25 Millionen-Mal auf Platten, Kassetten und CDs verkauft, heute können seine Lieder auch per Internet gehört werden. Markus Bauer

● FÜR SIE GELESEN

Vermögen
richtig anlegen

Eric Tyson ist ein international bekannter amerikanischer Finanzexperte, der nach einem Studium der Wirtschaftswissenschaften drei Jahrzehnte in verschiedenen Funktionen auf den Anlagemärkten tätig war.

In dem Wirtschafts-Ratgeber „Investieren für Dummies“ gibt er einen umfassenden Überblick über verschiedene Investitionsoptionen, Aktien, Immobilien oder auch Möglichkeiten, ein eigenes Unternehmen als Investition zu gründen.

Das Buch ist in sechs aufeinander aufbauende Teile gegliedert. Nach ersten Schritten, wie man seine Möglichkeiten zur Geldanlage ermittelt und ein persönliches Finanzkonzept erstellt, informiert Tyson über Aktien und Fonds, um im nächsten Schritt den Vermögensaufbau mit Immobilien zu erläutern. Schließlich geht er noch auf die Möglichkeit ein, die Kleinunternehmen bieten. In den beiden letzten Teilen geht es um Informationsquellen zum Thema und mögliche Hindernisse des Investierens. MRK



Eric Tyson: „Investieren für Dummies“, Wiley Verlag, Weinheim 2022, broschiert, 389 Seiten, 24 Euro

Kaffeesatz,
der
Alleskönner

250 Ideen, wie man nachhaltiger leben kann, ohne mit dem erhobenen Zeigefinger zu mahnen

FOTO: SHUTTERSTOCK



Kaffeesatz ist in dem Sachbuch „Kleine Schritte für eine bessere Welt“ nicht nur als Dünger gut, sondern wird auch erfolgreich als Kosmetik eingesetzt. Andere Bereiche wie Einkaufen, Küche, Hausapotheke, Haushalt oder Garten und Balkon werden ebenfalls betrachtet. Herausgeber ist das Internetportal smarticular.net, auf

dem sich die Leser noch weitere Ideen holen können, wie Müll vermieden, die Umwelt und der Geldbeutel geschont werden kann, ohne ein schlechtes Gefühl aufgebürdet zu bekommen, wenn die ein oder andere Idee im eigenen Alltag nicht umsetzbar ist.

Christiane Rinser-Schrut



smarticular.net (Hrsg.): „Kleine Schritte für eine bessere Welt. 250 Ideen, mit denen wir jeden Tag ein bisschen nachhaltiger leben können“, smarticular Verlag, Berlin 2021, gebunden, 221 Seiten, 14,95 Euro

MASUREN

Liebeserklärung an einen
„deutschen Sehnsuchtsort“

Der Historiker Andreas Kossert, selbst Nachfahre von vertriebenen Ostpreußen, hält in seinem neuen Buch Informationen zu Land, Leuten und Geschichte des heute zur Republik Polen gehörenden Landstrichs bereit

VON DIRK KLOSE

Endlich ist wieder ein schönes Ostpreußenbuch erschienen. Der 1970 geborene Historiker Andreas Kossert, dessen Urgroßeltern im Januar 1945 aus Ostpreußen flüchten mussten, ist in den vergangenen Jahren durch mehrere Sachbücher über Ostpreußen, über seine Geschichte, seine Bewohner und deren Flucht bekannt geworden.

Kossert war oft in Masuren, der Region seiner Vorfahren. Jetzt hat er mit dieser „Gebrauchsanweisung“ eine sehr persönliche, den Leser unmittelbar ansprechende Liebeserklärung an diesen „deutschen Sehnsuchtsort“ geschrieben. Seine Liebe zu dem Land überträgt sich unmittelbar auf den Leser. Lieber heute als morgen möchte man gleich selbst hinfahren.

Autor mehrerer Ostpreußen-Bücher

Kossert wäre nicht Historiker und Mitarbeiter der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, würde er nicht alle persönlichen Erinnerungen und Begegnungen, von denen er berichtet, um genaue Angaben zur bewegten Geschichte des Landes und seiner früher deutschen, jetzt polnischen Bevölkerung ergänzen.

Denn so traumhaft schön die Region mit ihren Hunderten von Seen, dichten Wäldern, verträumten Orten auch ist, historisch gesehen geriet sie immer wieder unter die Räder der großen Politik. Aus-

führlich erläutert Kossert die wichtigsten Daten: die schicksalhafte Schlacht von Tannenberg von 1410, die das Ende der Herrschaft des Deutschen Ordens einläutete, die polnischen Teilungen von 1772 und 1792, die endgültig das ferne Ostpreußen mit dem Gesamtstaat Preußen verbanden, die erneute Tannenbergsschlacht, diesmal im Ersten Weltkrieg, und dann der Zweite Weltkrieg mit dem Ende des deutschen Ostpreußen und der Vertreibung der Bevölkerung sowie dem Zuzug der ebenfalls aus dem Baltikum, aus der Ukraine und Weißrussland vertriebenen Polen.

Die „Gebrauchsanweisung“ dient dem Autor zum Glück nicht dazu, die Schrecken der Vergangenheit dominieren zu lassen, sondern er führt den Leser an mehrere der großen Seen (Spirdingsee, Mauersee), zum Paddelparadies an der Kruttinna oder zum Geburtshaus von Ernst Wiechert, für dessen Neuentdeckung er mit Nachdruck plädiert.

Masuren in der Literatur

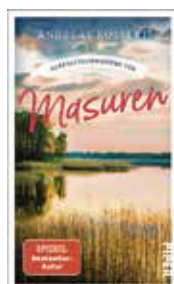
Er erinnert daran, wie Ostpreußen und damit auch Masuren in der Bundesrepublik nach und nach literarisch salonfähig wurden, erst durch die „gräflichen“ Erinnerungen etwa von Marion Gräfin Dönhoff, Hans Graf von Lehndorff oder Alexander Fürst von Dohna-Schlobitten, dann von Max Fürst („Gefüllte Fisch“), Arno Surminski oder Siegfried Lenz' großem Roman „Heimattmuseum“.

Manches bewahrt er vor dem endgültigen Vergessen, etwa die Philipponen (das waren Altgläubige aus dem polnischen Teil Russlands), die Hymne Ostpreußens „Land der dunklen Wälder“ und Masurens „Wild flutet die See“, zwei große Söhne der heutigen Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Allenstein: der USPD-Politiker Hugo Haase und der Architekt Erich Mendelsohn.

Genau zweisprachige Karte

Last but not least: Endlich einmal eine für ein solches Buch unerlässliche genaue Karte mit deutschen und polnischen Ortsnamen.

Das Urteil Kosserts über die „einseitige Sichtweise“ der gräflichen Erinnerungen erscheint etwas zu hart, auch ertappt man sich bei dem Wunsch, der Autor hätte noch mehr und ausführlicher einige „schöne Plätze“ nennen können, da das Buch ja eine Gebrauchsanweisung sein soll. Aber das sind Marginalien. Dem Buch sind viele Leser zu wünschen.



Andreas Kossert: „Gebrauchsanweisung für Masuren“, Piper Verlag, München 2022, Flexeinband mit Klappen, 224 Seiten, 16 Euro

ERINNERUNGEN

Eine Kindheit
im Kaukasus

Unter dem Künstlernamen Banine veröffentlichte die Tochter eines aserbaidischen Ölbarons im Exil ihre Erlebnisse um 1900 in Baku

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Als junges Mädchen träumt Banine – Pseudonym von Umm-El-Banine Assadoulaeff – davon, der rückständigen und von Widersprüchen geprägten Welt ihrer Heimatstadt Baku zu entfliehen und nach Paris auszuwandern.

„Wir alle kennen Familien, die zwar arm sind, aber als achtbar gelten. Meine hingegen war außerordentlich reich und alles andere als achtbar.“ Mit diesem Satz beginnt Banines Buch. Sie ist die Tochter eines Ölbarons, einer der reichsten Familien Aserbaidischans. Mit Witz und Humor erzählt sie im Folgenden von den ständigen Streitereien unter den Geschwistern des Vaters, unter Schwägern und Schwägerinnen oder Tanten sowie von ihrer stets aufs Übelste fluchenden streng muslimischen Großmutter. Die Heranwachsende liebt die Sommer auf dem Landsitz der Familie, wohin es aber auch die „verlaustete“ Verwandtschaft lockt, die es sich auf Kosten ihrer reichen Sippe bequem macht.

Ihr früh verwitweter Vater, Geschäftsmann und Lokalpolitiker, stellt eines Tages die selbstbewusste Russin Amina als seine neue Frau vor. Sie liebt den Luxus und unterstützt die älteren Töchter ihres Mannes darin, sich der traditionellen Fesseln zu entledigen. Von Banine, die ihre Stiefmutter still bewundert, nimmt sie jedoch keine Notiz. So muss Banine zurückbleiben, als ihr Vater seine Frau und die älteste

Tochter nach Paris ausreisen lässt. Die jüngeren Kinder bleiben zurück und erleben, wie in der Folge der Russischen Revolution die Familie ihren Reichtum verliert.

Banine verliebt sich ausgerechnet in einen Bolschewiken, der sie mit nach Russland nehmen will. Im letzten Moment entscheidet sich die 15-Jährige dagegen und heiratet einen 20 Jahre älteren, ihr verhassten Mann, den ihr Vater für sie als Gegenleistung für einen Pass, den dieser ihm besorgt hat, bestimmte. Diese Entscheidung ermöglichte ihr 1923 selbst die Auswanderung nach Paris und den Beginn eines Lebens in Freiheit ohne ihren Angetrauten.

Die Romanbiographie „Kaukasische Tage“ gibt auf lebendige, aber wenig spannende Weise Einblicke in die vorrevolutionäre Zeit in Baku. Die Autorin schreibt über Liebe, Emanzipation, Revolution und Emanzipation.

In Paris war die Autorin unter dem Namen Banine als Übersetzerin und Journalistin tätig. In Frankreich wurden ihre Memoiren bereits 1945 veröffentlicht. Nun liegen sie in deutscher Übersetzung vor.



Banine: „Kaukasische Tage“, dtv, München 2022, gebunden, 319 Seiten, 24 Euro

LITERATUR

Eine Sandwüste und die magere Herrlichkeit der östlichen Freiheit

Zur Wiederentdeckung von Ilse Molzahn und ihrem Roman „Der schwarze Storch“

VON WULF D. WAGNER

Die Wiederentdeckung der Schriftstellerin Ilse Molzahn und ihres 1936 erschienen Romans „Der schwarze Storch“ ist zugleich eine Wiederentdeckung der „Welt des Ostens“ – und damit eines ganz besonderen Verständnisses „der Freiheit“. Der Roman ruft neben seinen stark autobiographischen Zügen eine Welt hervor, die heute kaum noch verstanden wird.

Dabei ist die Geschichte – so scheint es – leicht erzählt: Ein Mädchen von sechs Jahren wächst um 1900 auf einem Gut in der Provinz Posen auf, zwischen Küchenpersonal, Kutscher, Inspektor, Gänsemagd und den Freunden des Vaters, dem Arzt, Regimentskameraden. Die Klischees poltern – so scheint es – nur so daher: Sei es die Peitsche des Inspektors, die faulen „Polacken“ (nur einmal so bezeichnet!), die Ärmlichkeit der für ein paar Pfennige Mäuse totschlagenden Leutekinder oder das uneheliche Kind des Hausmädchens Helene und ihr Tod. Alles auf dem Gutshof beobachtet das Mädchen Katharina, und da ihr vom Storch gebrachtes Schwesterlein noch winzig ist, erlebte sie die Erwachsenenwelt ohne andere Kinder immer wieder in ihrer kindlichen Fantasie und mit vielen unbeantworteten Fragen.

Glaukt man dem Klappentext dieses schön gestalteten Buches des Wallstein-Verlages so war es eine „kinderfeindliche Welt“ mit „Rohheit, Missbrauch, Gewalt“. Allein der Leser sollte diese Einordnung, hinter der mehr ein auf Spannung und soziale Probleme setzender Werbetext steht, vergessen. Denn die mittlerweile wahrzunehmende Kenntnislosigkeit über den deutschen Osten – hier auch den polnischen Westen –, die Ferne zur Landwirtschaft, zum Arbeits- und zum Zusammenleben von Deutschen und Polen in und mit der Natur verdeckt das Verständnis für die Weite und Freiheit und vor allem die bis an die Einsamkeit grenzende Freiheit und Individualität der hier in ihren Raum, ihre Zeit und ihre Landschaft eingebundenen Menschen.

Eine vergessene Erzählerin aus einer vergessenen Welt

Die fragende, beobachtende sowie immer wieder eigen und immer selbstbewusster in Haus und Küche, Hof und Feld, zwischen den Erwachsenen aufwachsende Katharina erschafft sich ihre Welt. In Ilse Molzahns bilderreicher, auch poetischer Sprache verbindet sich diese Welt mit den eigentümlichsten Personen, mit Naturerscheinungen, Wind und Schnee, Sonne und Hagel, den Alltäglichkeiten des Gutshofes, aber auch nächtlichen Gesprächen bei Schnaps oder der Johannisnacht.

Ilse Molzahn (1895–1981) war „groß, schön, indianisch, mit großen Ringen in den Ohren und bunten Stoffen umwickelt“. Oder sie saß im Breslauer „Café Fahrig in modisch kurzen Kleidern und Russenstiefeln [...], eine elegante, auffallende Erscheinung in diesem östlichen Paris“. Ihr Vater – so auch der Vater Katharinas im Buch – war aus der Enge des Westens „in die Weite des Ostens, in die Provinz Posen, die ihm billiges Land und Freiheit versprach“, gezogen, und so wuchs Ilse (geborene Schwollmann) auf dem Gut Kowalewo, auf magerem Sandboden auf. Ilse, die wie Katharina im Roman, eine enge Bindung an den Vater hatte, schrieb:



Ostelbische Allee: Zauber einer untergegangenen Welt

Foto: imago images/blickwinkel

„Zum ersten Male in seinem Leben hatte er dort oben im Osten [...] die Freiheit gekostet, und das Gefühl Herr zu sein.“

Die Freiheit des Ostens und ein besonderer Frauentyp

Diese Verbindung von Osten und Freiheit erscheint heute fremd, umso verdienstvoller ist, dass der Herausgeber des Buches, Thomas Ehrsam, für sein ausführliches Nachwort Teile des noch ungeordneten Nachlasses der Schriftstellerin verwendet und mit vielen Zitaten das oft verengte Bild, das vom Osten und den 1930er Jahren gezeichnet wird, geradezu aufreißt in die Vielfalt des wirklichen Lebens.

Eine moderne Frau war Ilse Molzahn. Ihr Leben pendelte inmitten moderner Literaten und Künstler, wie ihrem Mann, dem abstrakt-expressionistischen Maler Johannes Molzahn, zwischen Breslau und Berlin. Ilse Molzahn wurde Journalistin, schrieb für verschiedene Zeitungen etwa

über Kunstausstellungen oder zum Theater, eckte an, zweifelte immer wieder, doch „Glück [war es], in einer Zeit geboren zu sein, wo die geistig musischen Belange den Vorrang vor allen materiellen Belangen besaßen“, wie sie selbst es in einem ihrer Vorträge aussprach.

Ihre Ehe aber ist nur freundschaftlich, ihr Mann lebt ganz seiner Kunst, auch für sie ist die Arbeit „das große Ziel des Lebens“. „Der neue Weg, den wir zu gehen haben“, führt Ilse immer wieder in Liebesbeziehungen zu älteren intellektuellen Männern, während ihr Mann, dessen Werk der „Entarteten Kunst“ zugerechnet wurde, sie und die Familie 1938 verlässt, in die USA emigriert. Deutschland zu verlassen, war Ilse Molzahn unmöglich – „was soll ich [in Amerika], die ich an meiner HEIMAT hänge“ – und so schrieb sie in den dreißiger Jahren ihre sehr erfolgreichen Romane. In der Umgebung Ilse Molzahns taucht manch bekannter Name auf, verraten sei hier nur, dass sich der ost-

preußische Dichter Ernst Wiechert zu den begeisterten Lesern ihres Romanes „Nymphen“ zählte.

Wer diese Frauengeneration noch kennen lernen durfte, ihre den Wandel der Welt miterlebende und mitgestaltende Dynamik verbunden mit durchaus bodenständigem Ordnungdenken, ihre selbstbewusste weibliche Eigenständigkeit gepaart mit einem Wissen um die Bedeutung gesellschaftlicher Traditionen, sowie auch ihren neugierigen Drang nach freier Bildung in Fragen der Kunst und Philosophie, der wird auch in Ilse Molzahn ein bewegtes und bewegendes Leben finden. Erschütternd sind die Fotos von einer lebensfrohen, lustigen wie nachdenklichen, schönen Frau zu einer durch den Krieg, den Verlust ihrer beiden Söhne, die Flucht aus Schlesien und das Kriegsende in Berlin tief verwundeten Frau. Doch dann wird sie bei allem Leid und Elend wieder zu jenem Frauentyp ihrer Generation mit einer faszinierenden eigenständigen Kraft und Haltung, die wieder als Journalistin für so unterschiedliche Zeitungen wie „Die Zeit“, „Christ und Welt“ oder die „FAZ“ schrieb – eine Freiheit, die heute fast unmöglich scheint.

Ein Buch voll Rauheit, Einsamkeit und doch weiter Schönheit

In der Figur der Katharina des Romanes „Der schwarze Storch“ finden wir viel von Ilse Molzahn selbst. Doch steht das Mädchen überhaupt im Mittelpunkt? Der Roman pendelt zwischen dem Kinderblick und einer Erzählweise, die auch die Erwachsenen zu Wort kommen lässt, und plötzlich, die Geschichte nähert sich fast ihrem Ende, wird der Vater, der bis dahin schießend, schlagend (einmal!) und grummelig nur andeutungsweise beschrieben wurde, aus dem heutigen Klischeebild des Gutsherrn herausgerissen. Mit der freien Rede, die er auf den verwegenen Onkel Mak hält, horcht der Leser auf: Wer ist dieser Vater? Und dann, man hatte ihn doch schon eingeordnet, wird er erstmals beschrieben in seiner ganzen jugendlichen Schönheit.

Und so wendet sich mitten im Roman kurz der Blick: Es ist keine „kinderfeindliche Welt“, sondern es ist die den Vater, den Mann, feindlich umstehende Welt einer pietistischen Ehefrau, reicher und fordernder Schwiegereltern, einer von Wetterunbill – eine damals noch nicht „Klimawandel“ genannte Hitze zerstört erneut die Ernte – und Schulden geprägten Landwirtschaft: „Mein Vater hat Ställe gebaut, die Brennerei eingerichtet. Er hat in den Lehmhütten die Böden dielen lassen. Man riß sie heraus und feuerte damit den Herd. Man verstand es nicht. Nichts, nichts rentierte und belohnte sich!“ Die Flucht dieses Mannes aus dem engen Kreis seiner Umgebung in sein Zimmer und vielleicht in den befreienden Blick auf das lustige wie geheimnisvolle Küchenmädchen Hedwig, sie wird aus Kindersicht angedeutet.

Und in dem Moment, wo der Vater plötzlich als Rätsel im Raum des Romanes steht, setzt die Autorin Ilse Molzahn den Erzählfluss aus: Die Tante versucht sich an einem Märchen zur großen Storchenschlacht, sie kann aber nicht erzählen, verliert den Faden, so wie die Romanautorin ihn zu verlieren scheint. Das kleine Mädchen springt der Tante bei, der Erzählfluss kommt stockend, sozusagen noch unterbrochen durch neue Kindheitserfahrungen wie der ersten Hauslehrerin, wieder in Gang – auch durch Onkel Mak.

Hoffnung auf weitere Werke

Hier breche ich ab – genug ist verraten. Aber sicherlich kann das auch alles ganz anders gelesen werden, und so bleibt jedem Leser die eigene Spannung, dieses eben auch mit vielen lieben Menschen und vielen ganz dem deutschen Osten in seiner Rauheit, Einsamkeit und doch weiten Schönheit angefüllten Buches, das eine Wiederentdeckung einer seit über einem halben Jahrhundert vergessenen schlesischen Schriftstellerin ist.

Ilse Molzahn hat noch weitere Romane geschrieben, es ist also zu hoffen, dass sich Herausgeber und Verlag auch hier an die Wiederveröffentlichung wagen. „Der schwarze Storch“ führt uns in schwierigen Zeiten in eine Welt zurück, in der das Leben des Kindes, der Frau und des Mannes zwar auch von Schwere, Enge und Not umstellt waren, aber die wahre Individualität, die großen selbstgestellten Aufgaben und der geistig-kulturelle Reichtum gerade auch kargsten Heimat den Einzelnen seine Freiheit gewinnen ließ. Das zeigt uns das aus dem Fenster in den Schnee schauende kleine Mädchen, das zeigt uns der Vater, das zeigt uns Ilse Molzahn.



Besonderer Typ Frau: Die Entdeckung des Romanes „Der schwarze Storch“ bedeutet auch die Wiederentdeckung der Autorin Ilse Molzahn, hier in einem Porträt von 1940

FOTO: MADELINE WINKLER 1940 © STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN

Buch-Tipp



Ilse Molzahn

Der schwarze Storch. Roman

Herausgegeben und mit einem Nachwort von Thomas Ehrsam

Wallstein Verlag 2022, gebunden mit Schutzumschlag, 376 Seiten,

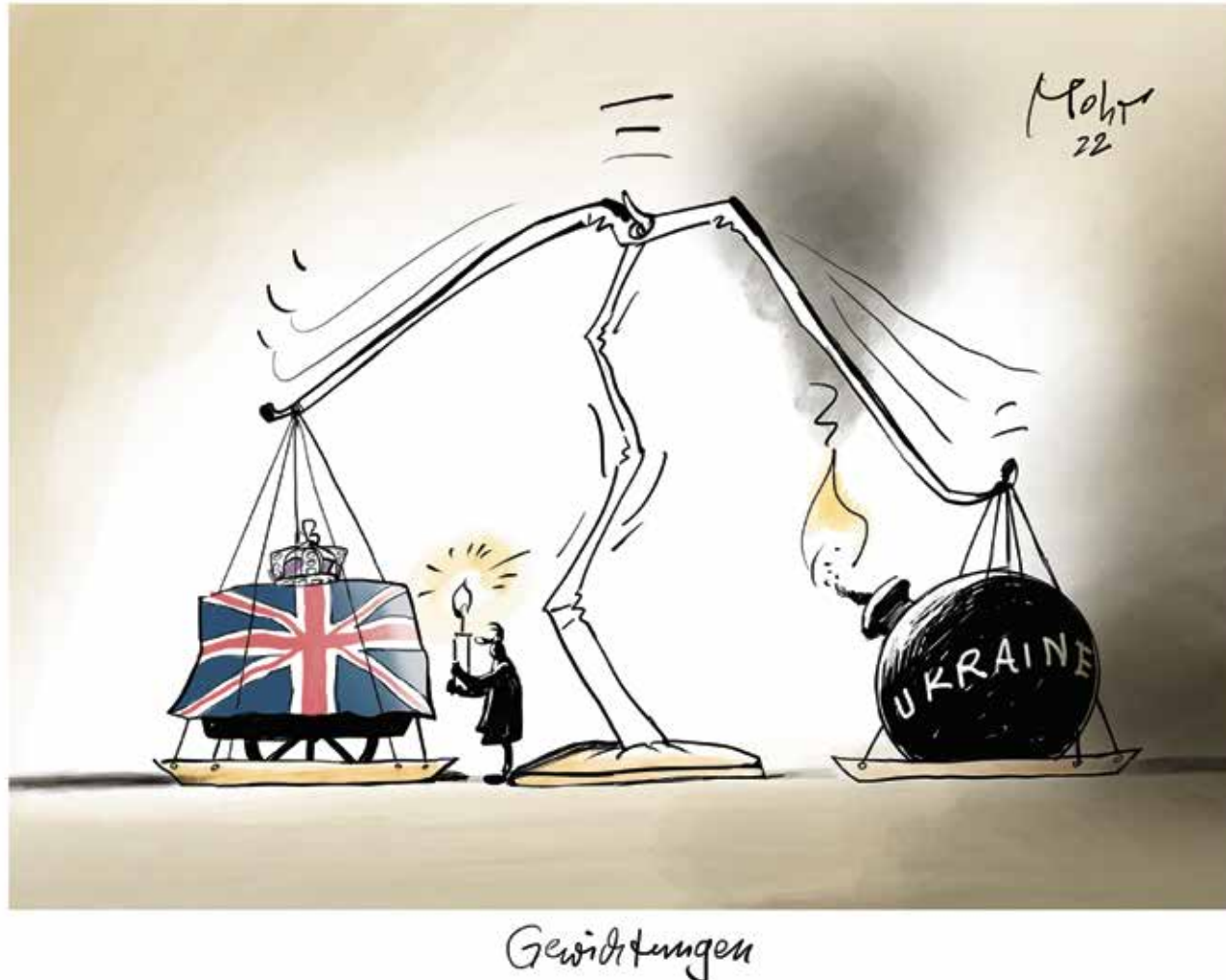
ISBN: 978-3-8353-5135-6

28 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Das Fernseheseignis der Woche war zweifellos die Beisetzung von Königin Elisabeth II. Nicht ganz davon begeistert war Bundesfinanzminister Christian Lindner. Zwar bezeichnete der FDP-Politiker auf Twitter den Tod der britischen Königin als einen „Verlust für uns alle“ und die Verstorbene für sich selbst als „Königin aller liberalen Demokratien“, doch störte es ihn gewaltig, in welchem Ausmaß insbesondere die öffentlich-rechtlichen Sender über die Trauerfeierlichkeiten berichteten: „Dass ARD, ZDF und Phoenix live und parallel vom Begräbnis der Queen aus London senden und mit jeweils eigenem Personal in London sind, belegt anschaulich, dass es erhebliches Einsparpotenzial gibt“, so Lindner gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Recht hat er!

Immerhin schalteten durchgehend rund drei Millionen bei der ARD ein, beim ZDF waren es ebenfalls zwischen zweieinhalb und dreieinhalb Millionen. So kann wenigstens niemand sagen, dass die „Öffis“ – wie so oft – am Interesse der Zuschauer vorbeigesendet hätten. *neh*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Kabarettist **Dieter Nuhr** spottete in seiner Sendung „Nuhr im Ersten“ (15. September) über den grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck in Anspielung auf dessen Pannen-Auftritt in der Talkrunde von Sandra Maischberger:

„Viele fragen: Kann jemand, der nicht weiß, was Insolvenz ist, kann der Wirtschaftsminister sein? Ja, sicher, kann er das sein. Wir haben Fachkräftemangel. Da muss man für den Job auch schon mal einen Kinderbuchautoren nehmen.“

Der Chef der Hamburger Kupferfabrik **Aurubis**, **Roland Haring**, kritisierte im „Hamburger Abendblatt“ (17. September) die Energiepolitik der Bundesregierung:

„Es ist doch geradezu ein Irrwitz, dass wir die Atomkraftwerke in der jetzigen Zeit abschalten, ohne wirklich eine Alternative zu haben. Die letzten drei Atomkraftwerke gehen Ende Dezember vom Netz. Ausgerechnet zu der Zeit, wenn selten die Sonne scheint und an vielen Tagen Windstille herrscht. Wie realitätsfern muss man denn sein, so etwas zu tun?“

Auch der Publizist **Jan Fleischhauer** widmet sich in seiner aktuellen „Focus“-Kolumne dem Energiemangel:

„Im Koalitionsvertrag ist der Bau weiterer Gaskraftwerke angekündigt. ‚Erdgas ist für eine Übergangszeit unverzichtbar‘, heißt es dort in einer raren Verbeugung vor der Wirklichkeit. Es wäre interessant zu wissen, ob sich die Koalition daran halten will oder ob sie darauf setzt, dass aus dem Nichts andere Energieträger auftauchen. Vielleicht verzichtet man auch einfach auf die sogenannte Grundlast, also Energielieferanten, die von den Launen des Wetters unabhängig sind. Das würde passen zu einer Welt, in der Wille und Vorstellung zählen und nicht die schnöden Gesetze der Physik. Sie halten das für einen Witz? Ich erinnere mich an einen Tweet, in dem das Bundesumweltministerium vor der Gaskrise erklärte: ‚Grundlast wird es im klassischen Sinn nicht mehr geben.‘ Statt auf Grundlast setzte man auf ein System von Erneuerbaren, Speichern und intelligenten Netzen. Im Umweltministerium war man immer schon weiter als in der normalen Politik. Jetzt muss nur noch die Wirklichkeit nachfolgen.“

Der Medienjournalist **Georg Altrogge** befasst sich auf „welt.de“ (20. September) mit den jüngsten Skandalen in der ARD und beleuchtet dabei auch die Rolle der Politik:

„Dass sich fast alle Parteien hier seit langem wegduckten, hat Konsequenzen – messbar in Affären und ausufernden Kosten. Zur Wahrheit gehört: Weite Teile der Politik haben von einem Rundfunksystem profitiert, gerade weil es sich vom eigentlichen Zweck entfremdete. Selbstbedienungsmentalität gab und gibt es nicht nur in den Chefetagen der Sender.“

● WORT DER WOCHE

„Der Weiterbetrieb der drei Kernkraftwerke ist nötig“

Bundesverkehrsminister **Volker Wissing** gegenüber der „Welt am Sonntag“ vom 18. September zur Frage einer Laufzeitverlängerung für die letzten drei deutschen Atomkraftwerke

DER WOCHENRÜCKBLICK

Wehrhaft und wendig wie die SPD

Welche Nachrichten wahr sind, und wofür ein Berliner Polizist in den Innendienst versetzt wurde

VON ERIK LOMMATZSCH

Inzwischen ist die britische Königin Elisabeth II. beigesetzt. Wladimir Putin, weißrussische Vertreter und Offizielle aus Myanmar waren nicht geladen. Immerhin kamen sie so nicht in die Verlegenheit, das „Park and Ride“-System zugemutet zu bekommen – die Briten hatten vorgesehen, dass die Staatshäupter und -oberhäupter ihre Dienstwagen stehenlassen und per Bus zu den Trauerfeierlichkeiten gebracht werden. Die Begeisterung hielt sich in Grenzen, die Fähigkeiten der Diplomaten waren gefragt. Im Zusammenhang mit dem Tod der Dauer-Monarchin, der Queen schlechthin, schien jedes Detail einer Meldung wert. So etwa durfte alle Welt erfahren, dass ein Wachmann am Sarg der in der Westminster Hall aufgebarten Königin kollabiert war.

Eines allerdings muss man dieser und ähnlich bedeutsamen Nachrichten zugutehalten: Sie sind wahr. Was man von den Verlautbarungen der deutschen Qualitätsmedien in verstärktem Maße nicht mehr behaupten kann. So wusste Jana Genth, die aus dem ARD-Studio im südafrikanischen Johannesburg berichtet, letzte Woche mit einer Sensation aufzuwarten. Maxwell Chikumbutso, ein begnadeter Erfinder aus Simbabwe, „präsentiert einen Fernseher, der Energie generiert, statt sie zu verbrauchen“. Schule machen könne das Ganze, „aber für Innovationen aus dem südlichen Afrika gibt es wenig Aufmerksamkeit“. Bezüglich des ausgeschalteten Fernsehers, ohne Stromkabel, zitierte Genth den Erfinder: „Jetzt ist es ein Mikroschallgerät, das Energie generiert.“ Andere Elektrogeräte könnten angeschlossen werden, der Fernseher, oder besser der Generator werde „mit Funkwellen“ betrieben. „Kostenlose Energie“ – das begeisterte die ARD-Korrespondentinnen. Bald erfolgten erste zweifelnde Reaktionen, die wohl nicht einer von Chikumbutso im Gespräch mit Genth beklagten „großen Portion Rassismus“ zuzuschreiben waren, sondern natürlichen Gegebenheiten. Eine Wissenschaft, die als Physik bekannt ist, hat da über die Jahrhunderte so einiges an Erkenntnissen zusammengetragen.

In ihrer Begeisterung hatte Frau Genth auch übersehen, dass Chikumbutso nicht zum ersten Mal mit physikalischen Gesetzmäßigkeiten kollidiert ist, auch sein bereits vor einiger Zeit präsentiertes Elektroauto, das mit Magnetwellen und Radiofrequenzen und ent-

sprechend ohne Aufladung funktionieren sollte, überzeugte nicht. „Tagesschau“ und „Deutsche Welle“, wo es einen entsprechenden Hör-Beitrag gab, sahen sich nicht veranlasst, etwaige Richtigstellungen vorzunehmen, sondern löschten die Beiträge einfach. Der „ARD-Faktenfinder“, der so gern anprangert, um jede berechtigte oder unberechtigte Kritik an der Regierungspolitik der Lächerlichkeit preiszugeben, kam nicht zum Einsatz.

Oder man wollte tatsächlich nicht wieder Wasser auf die Mühlen der Falschen kippen. Und seltsame Auffassungen sind sogar bei unseren Ordnungshütern verbreitet. Immerhin hat ein Berliner Polizist einen Syrer gerade mit den Worten angefahren: „Du bist hier in unserem Land, ihr habt euch nach unseren Gesetzen zu verhalten.“ Dafür wurde der Beamte auch gleich in den Innendienst versetzt und muss mit weiteren dienstrechtlichen Folgen rechnen. Dabei hatte sich der Syrer, unterstützt von seiner Frau, nur gegen seine Festnahme wegen Erschleichens von Leistungen gewaltsam widersetzt. Da muss ein Polizist ja nicht so reagieren, Integration dauert eben manchmal.

Sicher ein böses Gerücht

Die vielen Falschen bereiten auch dem Kanzler ernsthafte Sorgen. Offenbar ohne Anlass äußerte Olaf Scholz auf Twitter: „Wenn Kundgebungen von Extremisten, Querdenkern und Verfassungsfeinden gekapert werden, nehmen wir das nicht hin. Denn unsere Demokratie ist wehrhaft.“ Bekanntlich passen in der Regel nahezu sämtliche Kritiker des Regierungskurses – seien es die nicht enden wollenden, sinnfreien Corona-Maßnahmen, sei es die Energie- oder sei es die Russland-Ukraine-Politik – in mindestens eine dieser Kategorien. Und falls die Rechtsextremisten irgendwann einmal verloren gehen sollten – der Verfassungsschutz sorgt schon dafür, sie wieder zu finden. Zu diesem Zweck betreibt er nach eigener Aussage Hunderte rechtsextreme „Fake-Accounts“ in den sozialen Medien, zur „Informationsbeschaffung“. Wäre auch schlecht, wenn es keinen Grund mehr gäbe, Maßnahmen „gegen Rechts“ in Gang zu setzen.

Derweil hat Scholz mit dem russischen Präsidenten telefoniert. Bei Putin, seit wir ihn hier nicht mehr so gut leiden können zunehmend auch gern als „Diktator“ bezeichnet, habe es „durchaus Bewegungen gegeben“, wie der Kanzler umfassend informier-

Kein Gerücht ist, dass die „Regensburger Domspatzen“, nach über 1000-jähriger Geschichte als renommierter Knabenchor zu einem neckischen, gemischten Kinderchor werden, die ersten Mädchen sind nun dabei. Die neue Zeit eben



Alle Beiträge aus der Rubrik „Wochenrückblick“ finden Sie auch auf der Webseite www.paz.de